

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Belastungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Anzeigenpreis: Auf 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2. **Mittwoch, den 10. November 1897.** Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

### Polizei und Arbeiterschutz.

Die Hamburger Nachrichten jammern in ihrer Mittwoch-Nummer in einem Telegramm aus Berlin darüber, daß die sozialdemokratische Presse bereits wieder an der Arbeit ist, die im Reichsamt des Innern angefertigte Zusammenstellung aus den Jahres-Berichten der Fabrikaufsichts-Beamten für ihre Zwecke auszunutzen. Nur die Verfehlungen einzelner würden von uns mitgeteilt, das den Arbeitern seitens der Arbeitgeber bewiesene Entgegenkommen verschwiegen. Gegen diesen sozialdemokratischen Sport anzulämpfen sei vergeblich; man müsse sich lediglich darauf beschränken, diejenigen Behauptungen zurückzuweisen, die auf Grund der Berichte auch von anderer als sozialdemokratischer Seite ausgesprochen werden, und dazu gehört die Anschauung von der Unzulänglichkeit des Aufsichtspersonals. Da die Polizei ein weitgehendes Recht der Inspektion habe und eine Polizei in jedem Orte vorhanden ist, so kann füglich, wenn man nicht etwa in jeden Betrieb einen kontrollierenden Staatskommissar einstellen will, nicht mehr Rücksicht verlangt werden. Daß die Polizei-Organen ihre Pflicht nicht thäten, sei nur in einzelnen Ausföhrungen der Aufsichtsbeamten gesagt. Gewiß werden auch einzelne Polizei-Organen nicht immer voll ihre Pflicht thun, im allgemeinen sind solche Klagen aber so selten, daß man aus diesem Umstande gerade den entgegengesetzten Schluß, nämlich den, daß die Polizei sich bei der Kontrolle der Betriebe eifrig betheiligt, ziehen muß. Man braucht sich nur mit Betriebsunternehmern über diesen Punkt zu unterhalten. — Es wird auch an den maßgebenden Stellen an eine Vermehrung des Aufsichtspersonals nicht gedacht.

Da der Draht zwischen den Hamburger Nachrichten und den Ministerien zerschnitten ist, gehört die letzte Behauptung nur zu den frommen Wünschen des Kapitalistenblattes. Wenn man freilich Unternehmer fragt, ob die vorhandene Aufsicht genügend ist oder nicht, so wird man stets die Antwort: „viel zu viel“ bekommen — auch die Spitzbuben klagen ja niemals über zu ungenügende Polizei-Aufsicht. Daß aber die Polizei-Organen nur vereinzelt, nicht immer voll ihre Pflicht thun, ist eine Unwahrheit, wie sie nur derjenige zu schreiben wagen kann, der keinen Blick in die amtlichen Berichte geworfen hat. Obwohl es den Gewerbe-Aufsichtsbeamten schwer genug fällt, die Polizei, diese Stütze des modernen Staates, gebührend zu kritisieren, bringen doch die allermeisten, nicht vereinzelt, Aufsichtsbeamten ein mitunter vernichtendes Urtheil über die Unfähigkeit wie den mangelnden Willen der Ortspolizeibehörden. Einmal das Verhalten derselben zu kennzeichnen, geben wir zum theil wörtlich wieder, was zunächst die preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die Revisionsfähigkeit der Ortspolizeibehörden aus dem Jahre 1896 berichten.

**Ostpreußen:** Im allgemeinen zufriedenstellend, jedenfalls gegen früher günstig entwickelt (Königsberg). Nur die städtischen Polizei-Organen befriedigen, die ländlichen entsprechen dagegen nur zum kleinen Theil den Erwartungen (Gumbinnen).

**Potsdam:** Hat sich gegen das Vorjahr zwar gehoben, läßt aber noch immer zu wünschen übrig.

**Frankfurt a. O.** Ein nennenswerther Fortschritt kann nicht festgestellt werden, namentlich auf dem Lande läßt die Revisionsfähigkeit viel zu wünschen übrig.

**Posen:** Volles Verständnis für die Ziele der sozialen Gesetzgebung und demnach eine eifrige Ueberwachung der Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen findet sich nur bei den Ortspolizei-Behörden der größeren Städte, bei einem Theil der Distriktskommissarien und nur ausnahmsweise bei Ortspolizeibehörden kleinerer Städte.

**Breslau:** Namentlich in den Landgemeinden läßt die Revisionsfähigkeit noch hier und da zu wünschen übrig.

**Doppel:** Mehrfach zu bemängeln; häufig VerstöÙe übersehen worden, deren Feststellung auch ohne technische Kenntnisse möglich war.

**Magdeburg:** In den meisten ländlichen Bezirken, sowie in einer Anzahl von Städten fanden die Ortspolizeibehörden nichts zu erinnern. Dies negative Ergebnis ist bei dem vielfachgehaltigen Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, deren Durchführung genaue Kenntnisse erfordert, wohl erklärlich. Von den Fabrikbesitzern werden die Revisionen durch die unteren Polizei-Organen als lästig empfunden; sie haben wohl das Gefühl, daß bei etwa mangelnder Sachkenntnis derartige Revisionen zwecklos sind.

**Merseburg:** hat sich in den größeren Städten erheblich gebessert, läßt jedoch in den ländlichen Bezirken noch immer zu wünschen übrig.

**Erfurt:** Die Aufsichtsfähigkeit insolge eigener Initiative bleibt meist gering.

**Hannover:** Ihre Hilfe versagt trotz des besten Willens dort, wo es sich um Sachen mehr technischer Natur handelt, so z. B. bei der Kontrolle der Bestimmungen über den Betrieb von Steinbrüchen oder bei Ueberwachung von Schutzvorrichtungen.

**Hildesheim:** Vereinzelt eine geringe Besserung, reicht aber noch immer nicht überall für die Durchführung der formellen Vorschriften aus. Gelegenlich der Unfalluntersuchungen hat der Gewerbe-Inspektor in Hildesheim die Beobachtung gemacht, daß in Fällen, wo ein strafbares Verschulden des Betriebsleiters sehr wahrscheinlich ist, sich nur schwerentschließen, die Unter-

suchungsverhandlungen an die Staatsanwaltschaft weiter zu reichen.“ (1)

**Arnberg:** Bilden nur in wenigen Aemtern und Städten eine wirksame Unterstützung für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Als ausreichend kann ihre Thätigkeit noch nicht bezeichnet werden.

**Wiesbaden:** Kommt nach und nach in die gesetzlichen Bahnen, immerhin muß aber hier und da noch nachgeholfen werden; im abgelaufenen Jahre war es sogar notwendig, die Hilfe des Herrn Regierungspräsidenten in Anspruch zu nehmen, um einzelne Ortspolizei-Behörden durch die Landräthe auf ihre Verpflichtungen hinweisen zu lassen.

**Koblenz:** Die Revisionen sind noch nicht durchweg mit der erforderlichen Sachkenntnis ausgeführt. Nur selten haben sie Verstöße aufgedeckt. In 30 gewerblichen Anlagen einer Bürgermeisterei wurden von dem Gewerbeamt Uebertretungen bezw. Vergehen betreffs Arbeitsbücher, Aushänge, Verzeichnisse und Arbeitszeit festgestellt und gegen die Unternehmer das Strafverfahren mit Erfolg eingeleitet, während der zuständige Polizeiverwalter keinerlei VerstöÙe gegen die gesetzlichen Bestimmungen gesunden hatte.“ (2)

**Düsseldorf:** In den Fällen, wo technische Kenntnisse zur Beurtheilung vorhanden Ungeföhlichkeiten und Mißstände und zur sachgemäÙen Abheilung derselben erforderlich sind, wird seitens der Aufsichtsbeamten die Unterstützung und Mitarbeit der Ortspolizeibehörden nur noch selten in Anspruch genommen. Insbesondere scheint die Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in gewerblichen Anlagen bei den Ortspolizeibehörden auf große Schwierigkeit zu stoßen. Meist erweist sich deshalb die von dieser Seite bis jetzt ausgeübte Ueberwachungsfähigkeit als wenig wirksam.

**Röln:** In den städtischen Bezirken im allgemeinen zufriedenstellend, in den ländlichen finden sich noch Mängel genug, namentlich eine allmähliche Besserung zu merken ist.

**Trier:** Der geringe Werth der polizeilichen Revisionsfähigkeit mag zum theil daraus zurückzuführen werden, daß meist Unterbeamte mit dieser Thätigkeit betraut sind.

**Nachen:** Im allgemeinen, auch in den ländlichen Bezirken etwas gebessert, obgleich an manchen Stellen noch immer sehr dürftig.

**Sigmaringen:** In den kleineren Ortschaften, deren Bürgermeister der Regel nach dem Stande der Kleinbauern angehören, wird der gewerblichen Gesetzgebung im allgemeinen nur ein geringes Verständnis entgegengebracht.

Demgegenüber sind die lobenden Urtheile ganz winzig; zum theil enthalten sie nur das Lob, daß der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit der Ortspolizei befriedigend war (so in Westpreußen), über die Thätigkeit der letzteren Schweigt sich der Beamte aus — vielleicht mit Rücksicht auf das befriedigende Einvernehmen, das sonst gestört werden könnte. Direkt anerkennend sind nur folgende Berichte.

**Berlin:** Eine sehr wesentliche Hilfe, namentlich bei der Ueberwachung derjenigen Betriebe, die Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter beschäftigen, haben die Gewerbeaufsichts-Beamten an den Beamten der Ortspolizeibehörden, welche sämtliche Fabriken monatlich mindestens einmal revidirten. Die Bäckereien wurden von den Polizeibeamten während des Jahres 1. Juli bis 31. Dezember je dreimal revidirt.

**Sommern:** Der Gewerbe-Inspektor in Stralsund will einen gewissen Fortschritt in der Durchführung der Formalitäten (Aushänge, Arbeitslisten etc.) beobachtet haben.

**Schleswig:** Die Thätigkeit hat zugenommen.

**Münster:** Mit einzelnen Ausnahmen reger und sachgemäß.

**Minden:** Im allgemeinen, namentlich in den Stadtbezirken, befriedigend.

Die Zusammenstellung, die im Reichsamt des Innern vorgenommen wurde, hat freilich die lobenden Stimmen vernichtet, indem sie ihnen einen Theil der von uns als tadelnd hier aufgeführten hinzufügte, so z. B. den von Wiesbaden, Nachen, Potsdam, Röln, Merseburg, Hildesheim, Koblenz! Solche, doch unstreitig die Polizei-Aufsicht verurtheilende Berichte — man lese sie oben nach — bringt das Reichsamt des Innern mit den einleitenden Worten: „Aus mehreren Bezirken werden günstigere Beobachtungen über die selbständige Revisionsfähigkeit der Ortspolizeibehörden mitgeteilt und dieselbe mehrfach ausdrücklich als durchweg befriedigend bezeichnet. In anderen Bezirken wird immerhin ein mehr oder minder erheblicher Fortschritt anerkannt.“

Es geht doch nichts über die tüchtige Färberei!

Außer den preussischen Beamten erklären auch solche in den anderen Bundesstaaten die Polizei als unfähig und unbrauchbar zur Ueberwachung des Arbeiterschutzes. So heißt es im bayerischen Berichte in der Einleitung:

„Meist nur in einzelnen größeren Städten ist eine Besserung wahrnehmbar, im großen ganzen aber läßt die Mitwirkung in dem Maße mehr zu wünschen übrig, als die Arbeiterschutz-Bestimmungen zahlreicher und komplizierter werden. Die Uebernahme der eigentlichen Kontrolle ausschließlich durch besondere, entsprechend vorgebildete Aufsichtsbeamte wird mehr und mehr zum Bedürfnis.“

Der Beamte für Oberstraßen sagt: „Die Thätigkeit ist in den Städten wie auf dem Lande vielfach ein schablonenhaftes und wird oft von Organen ausgeführt, denen entweder eine genaue Kenntniss der bezüglichen Vorschriften abgeht, oder welche mit anderen Geschäften zu sehr in Anspruch genommen werden, um eine intensive Revisionsfähigkeit entwickeln zu können.“

Der Beamte für Unterstraßen sagt, daß Ortspolizeibehörden, welche revidiren sollten, ob von ihm in Briefen angeordnete Einrichtungen getroffen wurden, dies erledigen mit unangebrachten Besprechungen (mit den Fabrikanten), welche einem gewissen passiven Widerstande gegen die Bestrebungen des Aufsichtsbeamten ähnlich sahen.“

Der Beamte für Schwaben weiß „über die selbständige Revisionsfähigkeit der Ortspolizeibehörden auch im Berichtsjahre wenig Erfreuliches zu berichten.“

Aus Württemberg II heißt es: „In den meisten Gemeinden ist die Aufsicht eine laue oder ganz ungenügende. Mangelhafte Kenntniss der gesetzlichen Bestimmungen ist wieder bei verschiedenen Ortspolizeibehörden zu Tage getreten. Das ungünstige Ergebnis hinsichtlich der Beachtung der Sonntagsruhe-Bestimmungen wird theilweise auf die mangelhaft ausgeübte Revision vieler Ortspolizeibehörden zurückzuführen sein.“

Gründlich geht auch Dr. Drischoffer im Berichte für Baden mit den Ortspolizeibehörden ins Gericht. „Sie dulden ihnen bekannte Mißstände. Wo die Bürgermeister unabhängig, intelligent und rührig sind, ist der Vollzug der gesetzlichen Vorschriften ein gerade so guter als in Städten mit Staatspolizei. Es kommen aber Fälle vor, bei denen das Uebersehen und Dulden von Mängeln auf einem pflichtwidrigen Verhalten der Ortspolizeibehörden beruht.“

Der Beamte für Neuss i. E. meldet: „Von der Thätigkeit der Ortspolizeibehörden ist in mehreren Theilen des Landes, soweit es sich um eine wirksame Ueberwachung der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen handelt, so gut wie gar nichts zu bemerken. — Die zum theil belanglosen Angaben der Ortspolizeibehörden beweisen, daß sie vornehmlich auf dem Lande den ihnen übertragenen Aufgaben und den an sie gestellten Anforderungen mit der fortschreitenden Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung sich immer weniger gewachsen zeigen.“

Der Aufsichtsbeamte für Unter-Elfaß sagt: Ueber das ungenügende der Revisionsfähigkeit von Ortspolizeibehörden habe ich mich in früheren Berichten ausgesprochen; dem dort gesagten ist hier kaum noch etwas hinzuzufügen.“

Ebenso schreibt der Beamte für Lothringen; er fügt hinzu, daß in den meisten ländlichen Bezirken die Revisionen nicht mit der erforderlichen Sachkenntnis und Gründlichkeit vorgenommen werden; es fehlen technische Kenntnisse.

Ähnlich äußern sich die Beamten für Ober-Elfaß, Schwarzburg-Rudolstadt und Sonderhausen, Lippe-Detmold.

Aud trotz alledem kommt das Bismarckblatt und erklärt: nur einzelne Polizeiorgane thäten nicht immer voll ihre Pflicht, eine Vermehrung des Aufsichtspersonals sei nicht nöthig.

Ja, wenn die Gewerbe-Aufsicht nur zum Schein bestehen soll, dann braucht sie nicht weiter ausgebaut zu werden; den Unternehmern wäre das gewiß recht. Die Arbeiter aber fordern mehr und dabei werden sie von gewissenhaftesten Aufsichtsbeamten, wie von allen ehrliehen Sozialpolitikern unterstützt.

### Politische Ueberblick.

Berlin, 9. November.

Herr Tirpitz hat, wie schon mitgeteilt wurde, an den süddeutschen Höfen Besuche abgefaßt. Ueber die Visite in München schreibt die offiziöse „Angsb. Abendztg.“:

„Wie uns von gut unterrichteter Seite bestätigt wird, war der Eindruck, den der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Konter-Admiral Tirpitz, auf die Mitglieder des Allerhöchsten Hofes machte, der denkbar beste. Seine Ausführungen waren ebenso eingehend als klar. Das Bedürfnis nach einer des Deutschen Reiches würdigen Flotte wurde vom Konter-Admiral eindringlich dargelegt und dabei betont, daß es nicht darauf ankomme, diese Flotte auf einmal zu beschaffen. Nach den feststehenden Plänen wünscht man einen allmählichen aber gesicherten Ausbau der Flotte, die nur auf deutschen Schiffswerften gebaut werde. Auch wüßte das notwendige Offizierskorps wie noch mehr die zahlreiche Mannschaft nach und nach gewonnen werden.“

Diese Mittheilung bestätigt, daß die Reise des Herrn Tirpitz nicht nur rein persönliche Höflichkeitsschwelgere verfolgte, sondern marinepolitischer Natur war. Wenn aber die Mitglieder des allerhöchsten Hofes in Bayern erst noch vom Herrn Tirpitz zu den Schiffsovermehrungen bekehrt werden müssen, wie glauben denn die Marineoffiziere das steuerzahlende, Kriegskräfte wenig holde Volk bekehren zu können? Dies wird ihnen um so schwerer gelingen, wenn Herr Tirpitz, wie das oben zitierte Blatt bestätigt, einen allmählichen, aber gesicherten Ausbau der Flotte, d. h. die Festlegung eines Flottenbauplans auf lange Jahre hinaus verlangt. —

Das Wahlergebnis in der Westpreignitz scheint ein Sieg des freisinnigen Kandidaten Schulz über den konserverativen Landrath v. Salder zu sein. Nach den letzten Meldungen hat Schulz bei 1176 abgegebenen Stimmen einen Vorsprung von über 2200 Stimmen, denn die noch fehlenden Ergebnisse aus einer Anzahl Landorte und Ortsbezirke können Herrn v. Salder nicht mehr auf die nöthige Zahl von mehr als 7000 Stimmen bringen. So geht nach Ruyppin-Templin auch die Westpreignitz aus der Hand eines agrarisch gesinnten Kandidaten in die der freisinnigen Volkspartei über.

Das sind schwere Schläge für die rechtsstehenden Parteien, und eine erfreuliche Vorbedeutung für die in nicht mehr ferner Zeit bevorstehenden allgemeinen Wahlen. Auch diese Wahl beweist wieder, wie sehr sich die Konserverativen dem Volke entfremdet haben, wie alle Parteien, die auf Volkthümlichkeit Werth legen, gegenwärtig in Gegensatz zu den Konserverativen stellen müssen. Wie weit ist es mit den Deutschen Konserverativen schon gekommen, wenn ein früher so überreicher Verfechter ihrer Interessen, wie der Abg. Liebermann v. Sonnenberg, ziemlich unverblümt seinen antisemitischen Parteigenossen die Unter-

Stellung des freisinnigen Kandidaten empfehlen konnte. Noch viel bedeutsamer ist es, daß die antisemitischen Wähler dieser Parole wirklich gefolgt sind und fast ausnahmslos die Unterstützung des so sehr der Hilfe bedürftigen Landvolkes von Calbern unterließen.

Herr v. Calbern hat sich bei der Vorbereitung der Wahl als Verfechter aller agrarischen Forderungen erwiesen, Herr Schulz dagegen ist seiner politischen Stellung nach ein entschiedener Gegner der meisten kleinen und aller großen Mittel, die der Bund der Landwirthe vorschlägt; und doch erklärt sich dieser überwiegend ländliche Wahlkreis für den schroffen Gegner der Agrarier und nicht für den Mann, der bereit ist, alles zu befürworten, was die eifrigsten Wähler fordern! Die „Kreuz-Zeitung“ trägt mit Unerschrockener Stimme, daß die Antisemiten die deutsch-konservativen Wahlkreise ruinieren; die „Deutsche Tageszeitung“ nennt in ihrer bekannten Gegnerschaft gegen Landratskandidaturen, die konservative Kandidatur keine glückliche, sie meinte, daß der Ausgang der weisprognostischen Wahl nach verschiedenen Richtungen hin eine eindringliche Lehre sein müßte und die „National-liberale Korrespondenz“ lautet den konservativen Vertretern brandenburgischer Wahlkreise schon das Todtenklöcklein. Sie schließt ihre Ausführungen über das Wahlergebnis folgendermaßen:

Die Antisemiten haben sich vorgenommen, es in allen märkischen Wahlkreisen so zu machen, wo die konservative Mehrheit gering ist, vor allem in der Ostprignitz, Potsdam-Osthavelland, Zanth-Belzig, Zülpich, Königsberg i. Pr., Jülichau-Krossen, Kottbus-Spremburg und Kalau-Landau; also in den Wahlkreisen der Abges. von Dalkwitz, Schall, Kropatschek, v. Lewehom, Udden, v. Werder und Fehren v. Mantensfel. Und dieser und Herr v. Levetzow sind die Führer der Partei.

Man sieht hieraus, daß in allen Lagern dem Wahl-ergebnisse in diesem vom politischen Leben so fernabliegenden Kreise die größte Bedeutung beigemessen wird. Herr Schulz ist sicherlich nicht unser Mann, aber seine Wahl ist doch eine hoch erfreuliche Erscheinung, sie beweist, einen wie starken Ruck die Wählerschaft nach links gemacht hat.

Hoffentlich lassen es die Herren von den rechtsstehenden Parteien an weiteren Anstrengungen, die Wählerschaft auszuklären, nicht fehlen; erfüllen sie unsere Erwartungen, dann werden die nächsten allgemeinen Wahlen ein fürchterliches, aber auch wohlverdientes Strafgericht werden. —

### Deutsches Reich.

Herr Miquel scheint zwar rasend viel Geld für Kriegsschiffe, aber sehr wenig für die durch die Naturkatastrophen dieses Sommers furchtbar geschädigte Bevölkerung übrig zu haben. Dies scheint ziemlich klar aus den freilich möglichst unklaren Ausführungen der Herrn v. Miquel sehr nahe liegenden „Berl. Pol. Nachr.“ hervorzugehen, welche folgendermaßen lauten:

Die Vorschläge der Provinzialbehörden betreffs derjenigen Summen, welche außer den aus bereiten Mitteln des Staates und durch private Wohlthätigkeit gewährten Beihilfen für die bei der letzten Hochwasserkatastrophe geschädigten Landesbeile noch von Staats wegen notwendig sein werden, um die Betroffenen im Nahrungszustande zu erhalten und die Wiederherstellung der beschädigten öffentlichen Anlagen zu sichern, lassen erkennen, daß zwar auf diesem Gebiete noch manches zu thun bleibt, daß aber der Gesamtbedarf der Summen, welche auch bei liberalster Sachbehandlung für die bezeichneten Zwecke erforderlich sein wird, sich nicht so hoch beläuft, wie nach den Angaben der Presse anzunehmen war. Wird daher die Erledigung dieser Seite der Sache keinerlei Schwierigkeiten bereiten, so dürfte sich jetzt noch nicht mit aller Sicherheit übersehen lassen, was zu geschehen haben wird, um der Wiederkehr ähnlicher Katastrophen nach Kräften vorzubeugen. Es handelt sich hierbei um technische und gesetzgeberische Fragen schwieriger Natur, deren Vorbereitung nach beiden Seiten noch nicht ganz abgeschlossen ist.

Zu Finanzministeren dürfte man sich wünschen, wenn man annimmt, daß der Besuch des Kaisers im Uberschwemmungsgebiete die Sorgen und die Unzufriedenheit der nothleidenden Bevölkerung hinweggeschickt habe. —

Der frühere Stellvertreter des Reichs-Lanzlers und ehemalige Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr v. Boetticher, wird, entgegen allen Demittis, Oberpräsident der Provinz Sachsen. Der bisherige Inhaber dieses Postens, Herr v. Pommer-Esche, muß gegen seinen ausgesprochenen Willen dem versorgungsbefürchteten Herrn v. Boetticher am 1. Januar n. J. Platz machen. —

Zur Affäre Gaebel-Halle erhält die „Frankf. Ztg.“ von Herrn Professor Krieg, dem Vorsitzenden der südwestdeutschen Konferenz für innere Mission, folgende Berichtigung:

Bei dem Kongress für innere Mission in Bremen ist von der Unterschrift des Herrn Direktors, jetzigen Präsidenten des Reichs-Berichtungsamtes, unter dem bekannten Ersatz und von seiner Empfehlung der Halle'schen Blätter weder in Sitzungen noch in einem Privatgespräch mit mir oder einem Vorstandmitglied der südwestdeutschen Konferenz für innere Mission die Rede gewesen. Was ich in der vertraulichen geschlossenen Sitzung der Delegirten im Namen unserer Konferenz bezüglich Halle vortrug, war lediglich die Klage der Süddeutschen gegen den Halle'schen Zeitungsverein, gegen den wir seit längerer Zeit Stellung genommen haben. Herr Gaebel als Vorsitzender dieser vertraulichen Sitzung hat mich dann, diese Sache ruhen zu lassen, weil sie nicht auf der Tagesordnung stehe und darum nicht verhandelt werden könne. Nur hierauf bezogen sich auch die weiteren privaten Besprechungen zwischen Herrn Gaebel und mir. Alles andere sind nur Kombinationen.

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: Wir können uns zunächst mit dieser Erklärung natürlich nicht zufrieden geben und haben unseren Gewährsmann aufgefordert, sich sogleich zur Sache zu äußern.

Zum konservativen Parteitage schreibt die „Konf. Korresp.“: Für den nächsten konservativen Parteitag ist bekanntlich als Tagungsort Dresden bestimmt. Dasselbe wird unter Leitung des Herrn Hofrath Dr. Mehnert ein Lokalkomitee eingeleitet werden, dem u. a. auch die Ausgabe der Legitimationskarten, ohne die die Theilnahme an den Verhandlungen unstatthaft ist, obliegen wird. Wie zum letzten Parteitage, so wird auch diesmal die Annahme der Delegirten durch die Herren Vertrauensmänner zu erfolgen haben. Es ist daher erwünscht, daß diejenigen Herren Parteimitglieder, die an dem Parteitage Theil nehmen wollen bezw. dazu delegiert werden, rechtzeitig dies dem betreffenden Vertrauensmann mittheilen. Hinsichtlich der Tagesordnung für den Parteitag, der voraussichtlich Ende Januar zusammentreten wird, soll demnächst im geschäftsführenden (Eler-) Ausschusse beraten werden. Etwaige Anträge würden also rechtzeitig dem Bureau des Wahlvereins der Deutschen Konservativen einzureichen sein.

Die Lage der konservativen Partei ist überaus schwierig, wir zweifeln aber, daß diese Thatsache auf einem so eigenartig zusammengesetzten Kongress, wie dem der deutsch-konservativen Partei, zum vollen und ehelichen Ausdruck kommen wird. Wie ein dieser Partei nicht gerade feindlich gesinntes Blatt über die Lage der Deutsch-Konservativen urtheilt, geht aus den folgenden dem „Hamb. Corr.“ entnommenen Sätzen hervor:

Das Gesamtbild, das die konservative Partei seit ihrer Rekonstruktion auf der Grundlage des Livoliprogramms von 1892 gewährt, ist das einer starken Rückbildung. Mehr

und mehr sind diejenigen Glieder, die sich damals besonders breit gemacht hatten, als theils lästige, theils schädliche Anwärter erkannt und nach Kräften wieder befeitigt worden, und zwar, obwohl man ihnen gerade eine besondere populäre Jugkraft beimaß, und in ihnen das Weiblich erlöschte, durch das die konservative Partei zu einer konservativen Volkspartei sich entwickeln konnte. Die Beurteilung dieses Vorganges wird davon abhängen, ob anzunehmen ist, daß die reinliche Scheidung von jenen Elementen die konservative Partei innerlich wesentlich gestärkt habe oder nicht, ob es sich um eine Konzentration zum Zwecke einheitlicher und um so kräftigerer Aktion oder lediglich um Akte der Rathwehr gehandelt hat, die durch Rückfichten des Selbstbehaltens diktiert wurden. Das aber wird man mit einiger Sicherheit erst nach den nächsten allgemeinen Wahlen erkennen können. —

Wiederum hat die Verlustliste der Konservativen durch die Weisprognostie eine Verlängerung erfahren. Die Konservativen und Freikonservativen haben nach einer Zusammenstellung der „Freisinnigen Zeitung“ seit den Hauptwahlen von 1893 verloren:

- Einshorn-Pinneberg an die Sozialdemokraten.
- Wlauen an die Sozialdemokraten,
- Hersford-Halle an die Nationalliberalen,
- Mühl-Rees an das Zentrum,
- Schellhahn an die Kaiserpartei,
- Kolberg-Röllin an die Freisinnige Vereinigung,
- Westhaveland an die Sozialdemokraten,
- Löwenberg an die Freisinnige Volkspartei,
- Schwab an die Polen.
- Lörgan-Viehwenda an die Freisinnige Volkspartei.
- Westprignitz an die Freisinnige Volkspartei.

Das sind sehr verlorene Kreise. Gewonnen haben die Konservativen nach keiner Richtung hin etwas. —

Selbst die „Kreuz-Zeitung“ tadelt die ungleichmäßige Anwendung des § 108 R.-Str.-G.-B. in den Fällen Stumm und Naumann. Das Blatt schreibt:

Das schöffengerichtliche Erkenntnis im Prozeß Stöder-Stumm liegt nunmehr im Vorlauf vor, und kann mit dem im Prozeß Naumann-Schubert verglichen werden. Die Sachlage ist in beiden Fällen insofern dieselbe, als den Angeklagten, Freiherrn von Stumm und Naumann, die Vertretung berechtigter Interessen auf Grundlage des § 108 des R.-Str.-G.-B. zugestanden worden ist. Während aber Naumann trotzdem zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt wird, weil schwere formale Beleidigungen vorliegen, die als solche nicht ungeahndet bleiben können, spricht das Schöffengericht zu Saarbrücken gegen v. Stumm frei, obwohl es nicht umhin kann, dessen objektive Verschuldung ausdrücklich zu betonen. Das dies Befremden erregt und erregen muß, kann nicht geleugnet werden.

Internationale Lotterie. Die Loose der Thüringisch-Anhaltischen Lotterie sollen bald ausgegeben werden. Diese Loose weisen die Merkwürdigkeit auf, daß der Text derselben auf der Rückseite auch in französischer, englischer und russischer Sprache wiedergegeben ist. Man spekulirt damit auf die Spiellust der zahlreichen Ausländer, die während der Sommermonate in Thüringen leben. Die „Freier Zeitung“ verleiht patriotische Thränen und meint, „ganz Thüringen werde der Meinung sein, daß dies absofut nicht notwendig war“. Dem guten Blatt postet es nicht, daß die Gewinne auch außer Landes gehen könnten. So hat die staatliche Lotterie-Verwaltung sich zur Lobfunde des Internationalismus bekannt. Schredlich! —

Die Eisenbahn-Direktion zu Kassel ersucht um Verichtigung einiger Angaben, welche wir in der Nummer vom 23. v. M. gemacht hatten. Es ist unrichtig, so fährt sie aus, daß in den letzten drei Jahren im Direktionsbezirk Kassel über fünfzehn Stationen II und III Klasse zu Haltestellen umgewandelt und wiederum etwa 5000 M. Ersparnisse jährlich erzielt worden sind. Die Einklassigkeit der Bahnhöfe in Stationen I. und II. Klasse, III. Klasse und Haltestellen und dem entsprechend die Befehung mit Beamten- und Arbeiterpersonal erfolgt nach Maßgabe der örtlichen örtlich wechselnden Verkehrs- und Betriebsverhältnisse, und ist daher fortwährend den Änderungen nach unten wie nach oben unterworfen. Stationen II. Klasse sind nun in dem betreffenden Zeitraum überhaupt nicht zu Haltestellen herabgesetzt; lediglich sechs Stationen III. Klasse sind seit dem 1. April 1895 zu Haltestellen herabgesetzt worden, wodurch eine Ersparnis an Gehalt und Löhnen von jährlich 11 300 M. herbeigeführt ist. Dagegen sind eine Anzahl Haltestellen seitdem zu Stationen III. Klasse zum Theil bereits heraufgesetzt, zum Theil ist die Umwandlung derselben zu Stationen III. Klasse, sowie einer Station III. Klasse zur Station II. Klasse in Vorbereitung, wodurch eine Erhöhung der Kosten um nahezu 12 000 M. herbeigeführt, also obige Ersparnis mehr als ausgeglichen wird.

Speziell die vormalsige Station Beverungen anlangend, so waren im Etatsjahre 1894/95 daselbst beschäftigt fünf Beamte und Arbeiter mit zusammen 4730 M. Einkommen, jetzt sind daselbst thätig vier Beamte und Arbeiter mit 4780 M. Einkommen. Es ist nur ein vorwiegend zur Ausbildung beschäftigter jugendlicher Stationsgehilfe ausgeschieden, dagegen statt eines Hilfsweichenstellers ein etatmäßiger Weichensteller eingestellt. Ebenso unrichtig ist es, wenn der Artikelschreiber behauptet, daß das Personal der Haltestelle Beverungen überlastet sei. Wir nehmen gern Kenntnis von diesen Mittheilungen der Kasseler Eisenbahn-Direktion, welche allerdings den uns von privater Seite zugekommenen Darlegungen in einiger Hinsicht zuwiderlaufen. Was den Schlusssatz der Inschrift betrifft, so steht da Behauptung gegen Behauptung; es wäre wohl angemessen gewesen, wenn die Eisenbahn-Direktion ihre Behauptung mit Thatsachenmaterial hätte erweisen wollen. —

Elberfeld, 9. November. Der Volksschullehrer Langheit wurde vom Disziplinathe in Düsseldorf seines Amtes entsetzt wegen eines vor einer Versammlung der deutschen Volkspartei gehaltenen Vortrages, worin er erklärt haben soll, Heer und Marine müßten auf die Verfassung den Eid leisten.

Pfaff, 8. November. Die Berufung des Reichstags-Abgeordneten Radwainst. Wie wir S. 3. mittheilen, hat der wegen seiner Verurtheilung zu 3000 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurtheilte Reichstags-Abgeordnete, Rechtsanwalt Radwainst in Pfaff, Berufung eingelegt. Inzwischen hat, wie nach der „Kattow. Ztg.“ verläutet, die eingelegte Berufung zurückgezogen. Es handelt sich um ein ehrengerichtliches Verfahren gegen den der Zentrumspartei angehörenden Abgeordneten in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt. —

Der Fall Burkart wurde am Montag im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer besprochen. Auf gestellte Anfrage legte Finanzminister v. Nibel ausführlich dar, warum der Rentbeamte Burkart hätte pensionirt werden müssen. Derselbe habe sich früher schon zahlreiche Verschuldungen zu schulden kommen lassen und die Proschüre sei nicht der einzige Anlaß der Dienstentlassung gewesen. Der Ausschuss erklärte sich von den Ausführungen des Ministers befriedigt. —

Der Reichstags-Wahlkreis Nürnberg wird hart umkämpft. Außer einem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei sollen Genossen Dertel noch ein Konservativer und ein vorkonservativer Mandatsbewerber entgegengestellt werden. Drei sichere Durchfallkandidaturen! Das zeigt von viel Opfermuth unserer Gegner. Der Kreis Nürnberg-Altdorf ist unsicher, den entzieht man uns nicht! —

Politik in Kriegervereinen. Daß die Krieger- und Militärvereine königstreue Politik betreiben sollen, verlangte unlänglich des am 31. Oktober in Remmberg (Württemberg) stattgehabten Bezirkskongresses der Prinz v. Weimar. Dieser Agitator für den Württembergischen Kriegerbund sagte u. a.:

Wenn auch der König nur selten in Gefahr kommt, seine Unterthanen um Unterstützung mit der Waffe in der Hand aufzurufen, so giebt es für jedes einzelne Mitglied des Kriegerbundes bei den Wahlen Gelegenheit genug, seiner königstreuen Bestimmung Ausdruck zu verleihen.

Wir bezweifeln, bemerkt dazu die „Schwab. Tagwacht“, daß der Prinz mit diesen Worten ein nennenswerthes Resultat erzielt. Die vorkonservativ-königstreue Stimmung greift selbst in den Militärvereinen immer mehr um sich und wird sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen schon zeigen. Also abwarten! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Landgericht Münster (Westf.) hat am 16. Juni den Dolmetscher Johann Düren wegen Beleidigung des Kaisers zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Die inkriminierte Äußerung bezog sich auf die Reisen des Kaisers und die Kosten derselben. Als Zeuge in dieser Strafsache ist unter anderem der Sohn des Angeklagten vernommen worden. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, sein Sohn sei nicht auf sein Recht, das Zeugniß zu verweigern, auszusagen gemacht worden. Das Protokoll der Hauptverhandlung gab hierüber keine genaue Auskunft. In dem Passus „Nach Bezeichnung sagte der Zeuge“ u. dgl. war das Wort Bezeichnung, wenn es überhaupt so geheißen hat, weggelassen, so daß man es nicht mehr entziffern konnte. Dasselbe fand sich am Rande des Protokolls ein Vermerk, welcher nicht von der Hand des Gerichtsschreibers oder Vorstehenden herrührte und in keiner Weise beglaubigt war. Das Protokoll konnte deshalb nicht als Beweismittel angesehen werden und die Behauptung der Revision, daß eine Verletzung über das Recht der Zeugnisverweigerung überhaupt nicht stattgefunden habe, war nicht zu widerlegen. Aus diesem Grunde hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Koloniales. Auch die Gegner der Kolonialpolitik, wie sie sich für das Deutsche Reich gestaltet hat, werden mit Interesse eine Arbeit einsehen, welche Franz Giesebrecht, der sich bekanntlich schon mehrfach auf dem Gebiete der kolonialpolitischen Literatur hervorgethan hat, über „Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien“ (Verlag von S. Fischer in Berlin) gerade die schwersten Verfehlungen, die in den deutschen Kolonien gemacht worden sind, die abschaltlichen Vorurtheile, die sich an die Namen Leist, Mehlman, Peters, Schröder knüpfen, haben es besonders wünschenswert gemacht, daß Klärung geschaffen werde, welche Prinzipien in der Behandlung der eingeborenen Stämme Afrika's anzuwenden seien. Giesebrecht hat eine stattliche Anzahl von Urtheilen über diese Frage gesammelt, die ihm von Kolonialleuten aller Art, Theoretikern und Praktikern, Missionären, Kolonialbeamten, Schutztruppen-Offizieren, Kaufleuten zur Verfügung gestellt haben. Da finden sich Beiträge von Major v. Wisniewski, Major Deutwein, Mohlf, Ernst Hädel, Prof. Frisch, Dr. Busch, Graf Pfeil, Dr. Ballentin, Prof. Hübner-Schleiden u. c. So treten die mannigfaltigsten Anschauungen über die gestellte Frage, deren große Tragweite auf der Hand liegt, hervor. Die Wölfer und Hasen verschiedenster Art, alle auf niederer Kulturstufe, denen der Weiße jedenfalls als Eroberer und Herr gegenübertritt, am besten zu behandeln seien, darüber gehen die Meinungen weit auseinander; die ganze Weltanschauung, der Beruf, der Grad der praktischen Erfahrungen, die Empfindungsart, die individuelle Eigenart jedes einzelnen Beurtheilers führen zu weit von einander abweichenden Meinungen. Da stehen sich Ansichten schroff gegenüber wie die des Majors Boshart, der sich gegen alle „pflanzlichen Schwindler“ wendet, allen Negerstämmen ohne Ausnahme „Kulturunsfähigkeit, Grausamkeit und namentlich Faulheit“ nachsagt und „die völlige Ausrottung der schwarzen Rasse“ verlangt und andererseits die Auffassungen von Männern wie Clemens Dehhardt und zahlreicher anderer, die vor herrischer und harter Behandlung warnen und eine streng humane Behandlung der Schwarzen fordern.

Eine völlige Lösung des gestellten Problems bis in alle Einzelheiten bringt die vorliegende Schrift noch nicht, insbesondere sind ja die Erfahrungen anderer Völker hier nicht herangezogen worden. Doch ist vieles geklärt und dem Resultat, zu dem Herr Giesebrecht im Schlußwort seiner Schrift gelangt, ist im allgemeinen nur beizupflichten. Die Eingeborenen in den Kolonien sind deren „werthvollster Schatz“ und sie müssen dementsprechend behandelt werden. Das gebietet schon der eigene Vortheil. Wenn man nicht wolle, daß die Behauptung, Kolonisation solle in erster Linie der Verbreitung von Kultur und Zivilisation dienen, als Fiktion betrachtet werde, so müssen wir das europäische Sittengesetz zur Richtschnur unseres Verhaltens für die Behandlung der Eingeborenen machen. Von diesem Standpunkt spricht sich Giesebrecht scharf gegen die Fehler und Sünden der deutschen Kolonialpolitik aus. „Die Mehrzahl der deutschen Kolonialgesellschaften hat auf moralisch höchst ansehnliche Weise ihren Besitz erworben. Für Fasel und werthlosen Land haben die Emigranten des heimathlichen Ausbenters den Eingeborenen weite und reiche Landstrecken abgenommen. Es ist die Pflicht jeder Kolonialregierung, einem derartigen Treiben bei Zeiten Einhalt zu gebieten und nöthigenfalls auch Aemter zu schaffen.“

Auch der Gegner einer kolonialen Experimentalpolitik kann in den Wunsch mit einstimmen, mit dem Giesebrecht seine Veröffentlichung beschließt: „In absehbarer Zeit, so dürfen wir hoffen, wird die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien nicht mehr zu denjenigen Kapiteln aus unserer Kolonisationsgeschichte gehören, deren wir uns zu schämen haben.“ —

### Cefterreich.

Wien, 8. November. Bei der heutigen Ergänzungswahl für den Reichsrath im Landgemeinde-Bezirk Arenus wurde an Stelle von Vergani der christlich-soziale Dajchl mit 4068 von 6968 Stimmen gewählt. — Herr Vergani, der von dem Wiener Schwurgerichte wegen verjährter Veruntreuungen von Amtsgebern und Beiträgen gebrandmarkt wurde, hatte nicht mehr den Muth, sich den Wählern zu stellen. —

Wien, 9. November. Finanzminister Bilinski erklärte im Budgetausschuß, daß seine letzte Rede, welche von der ungarischen Presse ungünstig aufgenommen wurde, nichts enthalten habe, was bei der ungarischen Regierung Anstoß erregen könnte. Im übrigen müsse die Regierung, wenn das Ausgleichsprovisorium nicht verfassungsmäßig zu stande bringe, die Regierung hoffe jedoch, daß dies nicht notwendig sein werde, und appellire daher auf das dringendste an den guten Willen der Abgeordneten.

Aus Budapest wird wieder das Bevorstehen der Demission Waden's als sicher gemeldet.

Heute wird die parlamentarische Kommission der Rechten über eine Abänderung der Geschäfts-Ordnung des Abgeordnetenhauses beschließen. Es wird angekreut: 1. Die Abschaffung der Zehnminuten-Pausen, 2. die Ausschließung solcher Abgeordneten, welche sich gegen den parlamentarischen Anstand vergehen, 3. die Einschränkung der namentlichen Abstimmungen.

Die gestrige sechsstündige Obstruktionsrede des deutsch-liberalen Abg. Junke hat ihren Zweck, die Sitzung des Budgetausschusses über das Ausgleichsprovisorium zu hintertreiben, erzielt. Es kommt den Obstruktionsparteiern darauf an, das Zustandekommen des Ausgleichsprovisoriums vor dem 31. Dezember dieses Jahres zu verhindern. Jeder Tag Gewinn spielt da eine große Rolle. —

Ein weiterer Erfolg der Obstruktionspartei ist die Verteilung des Projektes der Rechten, den verfallenen Abgeordneten Ebenhoch, der als rüchichtsloser Gegner aller linksstehenden Parteien bekannt ist, den ersten Präsidentensitz des Abgeordnetenhauses zu übertragen. —

Gegen den Zeitungssystem, diese ungerechteste Verstärkung auf das geistige Brot der breiten Massen, fanden am letzten

Sonntag in ganz Oesterreich zahlreiche, überaus stark besuchte Versammlungen statt. Selbstverständlich wurde auch Aufhebung der unwürdigen Prezensur und Freigebung der Kolportage gefordert. Unser Prager Korrespondent schreibt uns hierüber:

Wie in den anderen Städten der Monarchie fand auch hier gestern eine große Manifestation der Arbeiterklasse gegen den Zeitungsstempel und das Verbot der Kolportage statt. An der Versammlung auf der Schützeninsel, in der Genosse Remec, Redakteur des Tagesblattes der tschechischen Partei „Pravo Lidu“, referierte, nahmen über 8000 Personen teil. Die Resolution, die die Abschaffung jener Hindernisse der Entwicklung einer unabhängigen Presse fordert, fand einstimmige Annahme. — Auf dem „weißen Berge“ bei Prag fand gestern wie alljährlich eine Kundgebung anlässlich der Wiederkehr des Tages der bekannten Schlacht, die der Selbständigkeit des böhmischen Staates ein Ende machte, statt. Allerdings trug die heutige Feier einen von den Demonstrationen früherer Jahre erheblich abweichenden Charakter. Es waren an tausend Arbeiter, die sich in einer Versammlung sammelten, um gegen den eben beschriebenen Antrag, die Volksverdummung und ihre jugendgeheulichen Anwälte, zu protestieren. — Beim Rückmarsch der Massen nach Prag kam es zu Konflikten mit der Wache, die jedoch ohne ernstlichen Zwischenfall verliefen. —

### Frankreich.

Paris, 7. November. (Eig. Ber.) Der Bericht des sozialistischen Abg. Viviani über die Rettungsbewegung Ouesnays de Beaurepaire's, des ehemaligen Oberstaatsanwalts und derzeitigen Mitgliedes des Kassationshofes, in der Panama-Affäre ist von der Kammer mit 18 gegen 6 Stimmen genehmigt worden. Es sind die schon vor einigen Monaten bekannt gewordenen, einander widersprechenden Berichte O. de Beaurepaire's, die Viviani das erdrückendste Belastungsmaterial gegen den pflichtvergessenen Gesehswächter lieferten. Im September 1892 begründete der Oberstaatsanwalt die Notwendigkeit der gerichtlichen Verfolgung der Administratoren der Panamagesellschaft, Lesseps und Konforten, in einem langen Bericht, voll belastender Thatsachen und brandmarkender Urtheile. Im November des gleichen Jahres, nachdem der damalige Justizminister Ricard den Verfolgungsantrag genehmigt hatte, verfasste dasselbe O. de Beaurepaire einen zweiten Bericht, worin die Nichtverfolgung in lafonischer Kürze damit begründet wird, daß das Gericht möglicherweise die Administratoren freisprechen könnte! — Noch mehr, in Verantwortung einer Anfrage des erstaunten Justizministers über seinen lächerlichen Gefinnungswandel schrieb O. de Beaurepaire einen dritten Bericht, in welchem er die Administratoren, die er selber zwei Monate vorher gebrandmarkt, reinzuwaschen sucht.

Eine Erklärung dieser Widersprüche liefert die Thatsache, daß zur Zeit im Ministerium hervorragende Panamisten saßen, wie Burdeau, Rouvier und Jules Roche. —

Ferner geht aus Viviani's Bericht hervor, daß die von O. de Beaurepaire im Juni 1891 eingeleitete Untersuchung von vorn herein infolge eines großen Rechtsirrtums die Verjährung herbeiführen mußte. Daß die Untersuchung nicht früher eröffnet wurde, daran sind neben O. de Beaurepaire die Justizminister Thorens und Fallières (1889—1891) schuld. Thorens gebührt übrigens außerdem zu den Panamisten, die durch eine „Non lieu“-Erklärung gerettet wurden. Inwiefern jener Rechtsirrtum unabsichtlich war, darüber lassen die „Widersprüche“ des Ober-Staatsanwalts keinen Zweifel zu.

Der Kammerausschuß vollzieht denn auch die von Viviani vorgeschlagene Resolution, die der Kammer zur Annahme empfohlen werden soll: „Die Kammer bedauert, daß die Pflichtvergessenheiten (défaillances) gewisser Gerichtsbeamten von den Anfängen der Panama-Affäre an die Strafflosigkeit der Schuldigen geführt haben.“ Angesichts der unwiderleglichen Thatsachen hatte die ministerielle Minderheit des Ausschusses lediglich die Ersetzung des Wortes: „Pflichtvergessenheiten“ durch „Irthümer“ beantragt; aber, wie gesagt, nur sechs Mitglieder stimmten gegen die Resolution. —

Paris, 9. November. In dem Ministerrath, welcher heute im Elysee abgehalten wurde, berichteten Ministerpräsident Meline und Kriegsminister Villot über die Angelegenheit Dreyfus. Beide erklärten, Dreyfus sei in ordnungsmäßiger und gerechter Weise vom Kriegsgerichte verurtheilt worden und die Verurtheilung bestehe mit allen ihren Folgen fort. Da dem Justizminister weder eine neue Thatsache noch ein bisher unbekanntes Schriftstück unterbreitet worden sei, könne die Regierung nur auch weiter für die Vollstreckung des Urtheils Sorge tragen. —

Paris, 9. November. In einer heute ausgegebenen offiziellen Note wird betont, daß die Verurtheilung des Hauptmanns Dreyfus rechtmäßig erfolgt und dem Justizminister keine Thatsache bekannt geworden sei, die eine Revision des Urtheils veranlassen könnte.

### Belgien.

— Die Kammer beginnt am Dienstag ihre Session von 1897/98. Gleich in den ersten Sitzungen werden einige von unseren Parteifreunden eingebrachte Interpellationen zur Verhandlung kommen. Die Minister werden Auskunft zu ertheilen haben, warum Louise Michel aus Belgien ausgewiesen wurde, sobald aber die Maßnahmen, die gegen den Jungstarken Ahmed Riza ergriffen wurden. An sozialen Gesetzen wird der Rinderschutz und das Gesetz über die Berufsvereine zur Verhandlung kommen. Auch eine kleine Sprachendebatte wird das belgische Parlament in der nächsten Session zeitigen; die vlämische Bevölkerung verlangt, daß offizielle Publikationen in beiden Sprachen (französisch und vlämisch) abgefaßt werden. Ferner werden der Kammer einige Abänderungsanträge zum Militär-Strafprozeß zugehen. —

### England.

London, 7. November. (Eig. Ber.) Aus den Berichten der jetzt vorliegenden sozialistischen Wochenblätter geht hervor, daß die am 1. November stattgehabten städtischen Gemeindevahlen an verschiedenen Orten sehr viel günstiger für die Sozialisten verlaufen sind, als die nur die Wandlungen in der Vertreterzahl anzeigenden Zählkammern der großen Presse vermuten ließen. Sowohl die Unabhängigen Arbeiterpartei, wie die Sozialdemokratische Föderation haben großen Stimmenzuwachs und bedeutsame Wahlsiege zu verzeichnen. An erster Stelle ist in dieser Hinsicht South West Ham bei London zu nennen, wo neben Will Thorne zwei weitere Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation und ein von dieser gemeinsam mit der Unabhängigen Arbeiterpartei aufgestellter Kandidat gewählt wurden. Thorne, der schon vorher im dortigen Stadtrath saß, erhielt nicht weniger als 2171 Stimmen, mehr als eine Verdoppelung gegen seine erste Wahl. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß mit ihm oder einem ebenso tüchtigen Kandidaten dieser Kreis, der von 1892 bis 1895 im Parlament sozialistisch vertreten war, bei der nächsten Parlamentswahl für den Sozialismus zurückerobert werden wird. In Manchester siegte im Bezirk Harpurden das bei den Besuchern des Londoner Internationalen Kongresses sicher in guter Erinnerung stehende Vorstandsmitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei Fred. Brocklehurst mit 2965 Stimmen über einen sehr einflussreichen Konservativen, der nur 2906 Stimmen erhielt. In einem anderen Bezirk Manchesters siegte Raben von der Föderation mit 1798 gegen 1375 Stimmen über einen Konservativen. Sehr große Erfolge wurden ferner in Glasgow und Umgebung erzielt, ebenso in Leicester, Bristol, Colne, Halifax, Gateshead, Hull, Rochdale, Stockton, Wolverhampton, während an anderen Orten die Sozialisten zwar unterlagen, aber bedeutende Minoritäten erzielten. Unzweifelhaft prägt sich in diesen Resultaten die Rückwirkung des Maschinenbauerkampfes aus, doch liegt es in der Natur der englischen Parteiverhältnisse, daß diese Rückwirkung nicht überall gleichmäßig den Sozialisten zu gute kommt. In Orten, die so hervorragend an diesem Kampf theilgenommen sind wie Leeds, Middlesbrough, Newcastle, Sheffield scheint kein einziger Sozialist durchgedrungen, und sind die sozialistischen Kandidaten verschiedentlich sehr in der Minderheit

geblieben. Da kommt es nun ganz darauf an, wie die „Liberalen“ oder „Radikalen“ auscheiden, die ihnen entgegenstanden, und auf was für Forderungen dieselben sich verpflichteten, bevor sich über die Intenstivität, mit der der Maschinenbauerkampf auf die Gemüther der Arbeiter zurückgewirkt hat, ein Urtheil fällen läßt. Der Reine oder die Firma ist hier durchaus kein unteiliger Stadtwähler. Programm und Phrasologie gar mancher der liberalen Kandidaten unterscheiden sich nur wenig von denen der Sozialisten.

### Dänemark.

— Weitere Verhandlung der Arbeiter-Unfallversicherung im dänischen Landesthing. Von den 28 Änderungsanträgen der Herren Stilling, Schulz und Sørensen wurde nur einer angenommen. Von den 24 fassunglichen Anträgen wurden 6 angenommen, doch ist von diesen nur einer von Bedeutung, der das Versicherungsgesetz auch auf die Erdarbeiter ausdehnt. Diesen Antrag unterstützte auch der Parteigenosse Strubben, sowie einige Anträge, die Erweiterungsziele verfolgten. Leider wurden die anderen trotzdem nicht angenommen. Das ganze Gesetz gelangte dann in zweiter Lesung zur Annahme.

Im Folkething kam der von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachte Antrag auf Aenderung und Verlängerung des Gesetzes vom 29. März 1887 betreffs einer Anleihe zum Umbau von verfallenen und ungenutzten Stadttheilen in Kopenhagen und den Provinzstädten und Ausführung von Arbeiterwohnungen zur Verathung.

Vor 11 Jahren kam diese Frage zum ersten Mal im Reichstage vor, damals stellten einige liberale Abgeordnete einen ähnlichen Antrag, der im Folkething mehrfachen Aenderungen unterworfen wurde, so daß er hätte großen Nutzen stiften können, aber der Sanctionsbeschränkung dann das Gesetz so, daß es der Absicht der Antragsteller gar nicht mehr entsprach. Die Ausführung der Gesetzesparagrafen wurde nämlich davon abhängig gemacht, daß die Kommunalbehörden innerhalb ein paar Jahren die Anleihen nachsuchten, um die Niederreife ungesunder Stadttheile vorzunehmen und Arbeiterwohnungen zu errichten. In den ersten Jahren berichteten aber in allen Kommunalverwaltungen die Konservativen, und diese machten keinen Gebrauch von dem Gesetze.

Unter Hinweis auf diese Vorgänge empfahl der Genosse Holm den Antrag, der früher im Folkething solche Zustimmung gefunden hätte. Finanzminister Göring meint, daß bisher keine Gemeinde von dem Gesetze Gebrauch gemacht hat, beweist, daß kein Bedürfnis dafür vorhanden sei. Er hält es überhaupt für unmöglich, daß alle Stadttheile niedergegriffen und dafür Arbeiterwohnungen erbaut werden können, da das nicht rentabel sei. Er hat aber nichts dagegen, daß der Theil des Gesetzes, der Vereinen, die Arbeiterwohnungen errichten wollen, Staatsanleihen zusichert, angenommen werde, hält aber auch diesen für überflüssig. Solch arbeiterfreundlichen Reden des „Reform-Ministers“ trat selbst Bramsen, ein konservativer, entgegen, der fand, daß der zweite Theil des Gesetzes großen Nutzen stiften könnte und es auch in vier Fällen schon gethan hätte. Man könne das ganze Gesetz annehmen. Wenn es auch nicht benutzt würde, machte es ja nichts, wenn es bestände. Auch andere Redner widersprachen dem Minister und wiesen darauf hin, daß die Kommunalverwaltungen jetzt reformfreundlicher, als vor 11 Jahren seien. In einem Schlusswort verpflichtete Genosse Holm die haltlosen Behauptungen des Ministers. Er zeigt an einer Reihe von Beispielen, wohin es führt, wenn man solche Aufgaben dem Privatkapital überlassen will. Der Antrag wird dem Finanzausschuß überwiesen. —

### Spanien.

— Ueber die Anarchisten von Barcelona wird aus Madrid geschrieben: Die 113 vermeintlichen Anarchisten, welche 17 Monate lang in den Kafematten des Forts Montjuich eingekerkert waren, ohne daß man ihnen irgend ein nach den strengen spanischen Anarchistengesetzen solches Vergehen nachweisen konnte, beendeten sich zwar seit dem 1. November auf freiem Fuße, doch ist damit ihre Erdbühnenzeit noch nicht erschöpft. Es von ihnen, die thatsächlich früher einige anarchische Versammlungen besucht hatten, haben an grund des Ausnahmegesetzes zur Verhütung der anarchischen Propaganda den Befehl erhalten, bis zum 15. November das spanische Staatsgebiet zu verlassen, widrigenfalls sie durch die Polizei über die nächste Landesgrenze gebracht würden. Sollten aber die Polizeibehörden des betreffenden Nachbarlandes sie nicht aufnehmen, so müßten sie nach einer überseeischen spanischen Kolonie gebracht werden. Sodann wurden 78 der Freigelassenen, welche sich anarchischer Gesinnungen verdächtig gemacht hatten, die Verpflichtung auferlegt, sich am 1. und 15. Tage des Monats bei der Polizeibehörde ihres Aufenthaltsortes zu melden, während den übrigen 29 eine scharfe Ermahnung ertheilt und erklärt wurde, daß die Polizei sie andauernd auf das gewissenhafteste überwachen werde. —

### Rußland.

— Die jüngsten Arbeiterunruhen. Aus Petersburg wird der „Intern. Corresp.“ berichtet: Ueber die Vorgänge in Oreschlowo liegen nunmehr ausführliche Berichte vor, so daß es möglich ist, ein sicheres Urtheil abzugeben. Danach ist es festzustellen, daß die Besitzer der großen Spinneret-Anlagen, Gebrüder Moroschow, schon seit mehreren Wochen den Gouverneur von Moskau um Schutz gegen ihre Arbeiter angegangen hatten, und daß dieser ohne Wissen des zuständigen Gouverneurs von Wladimir mehrere hundert Gendarmen nach den Nachbarorten von Oreschlowo entsandte. Die Arbeiter, sowie auch viele unbedeutende Einwohner der Stadt aber erklären, daß nicht die geringste Absicht zu Unruhestörungen vorgelegen habe. Die Fabrikbesitzer hätten dennoch die Gendarme nur holen lassen, um unter deren Schutz die ganz unerwartete Lohnherabsetzung durchzuführen zu können. Aber auch gegen diese hatten sich die Arbeiter keineswegs mit Gewalt aufgelehnt, sondern es war der Zusammenstoß durch das Verhalten einiger Werkmeister absichtlich herbeigeführt worden. Das Verbalthe die Sympathie der Bürgerchaft auf Seiten der Arbeiter fand, beweist am besten die Thatsache, daß sich unter den 120 Verhafteten nur 90 Arbeiter der Fabrik befanden; die übrigen sind theilweise gut gestellte Bürger, sowie ein Geistlicher und ein Reserve-Offizier, welche zu gunsten der Arbeiter vermitteln wollten. Was aber dem Vorgange eine höchst eigentümliche Färbung verleiht, ist die Thatsache, daß die bei Moskau gelegenen großen Baumwollen-Spinnereien von Proforow ganz die gleichen Lohnherabsetzungen vornahmen und sich ebenfalls mit starker Gendarmarie versehen hatten; doch kam es hier zu keinerlei Unruhestörungen. Es wird daher in den hiesigen Zeitungen der Verdacht ausgesprochen, daß die genannten Spinneretbesitzer gemeinsam eine Kundgebung veranstalten wollten, um die Regierung zur Zurücknahme der neuen Bestimmungen, betreffend die Beschränkung der Arbeitszeit in der Webindustrie zu veranlassen. —

Aus Warschau berichtet das „Bureau Perold“: Nach aus Petersburg hier eingetroffenen Meldungen steht der Rücktritt des Oberprokurators der heiligen Synode Pobjedonozew und die Ersetzung desselben durch den Generalgouverneur von Kiew Grafen Ignatiew bevor.

Es ist sehr auffallend, daß eine Mittheilung von solcher Wichtigkeit nicht auch von anderer Seite überbracht wird, und man wird ihre Befähigung abwarten müssen. In Ignatiew der Nachfolger Pobjedonozew's, so wird er kaum einen so starken Einfluß auf die gesamte innere Politik Rußlands ausüben wie der lange, überaus verhängnisvolle Pobjedonozew. Sicher ist aber, daß Ignatiew, dessen schließliches Polizeiregiment in Kiew bekannt genug ist, ein „wirriger“ Nachfolger Pobjedonozew's sein wird. —

### Griechenland.

Athen, 8. November. Das Protokoll, betreffend die Rückkehr der Theßalier, ist heute unterzeichnet worden. Mehr als 16 000 gefährdete Theßalier sind bereits zurückgekehrt. — Die hiesigen Blätter sprechen ihre Zustimmung zu den von der kretischen Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen aus. —

— Zur Lage auf Kreta liegt der „Intern. Corresp.“ aus Athen unterm 8. November folgender Drahtbericht vor: Das Urtheil des internationalen Gerichtshofes, durch welches zwei an den Norden von Tzialaria betheiligte Muhamedaner zu lebenslänglichen Kerker verurtheilt wurden, hat unter der gesamten muhamedanischen Bevölkerung der Insel die größte Erregung hervorgerufen. In Kanae finden täglich Zusammenrottungen statt, und der türkische Gouverneur antwortete auf die Vorstellung der Admiraie, daß er die türkischen Soldaten nicht zu Gewaltmaßregeln gegen ihre Glaubensgenossen verwenden könne. Die muhamedanischen Quartiere werden daher ständlich durch starke Abtheilungen der europäischen Truppen und der internationalen Gendarmen durchzogen. Die Muhamedaner drohen, sämtliche christlichen Häuser in Brand zu stecken, falls die Bewrtheilten nicht freigegeben würden. In Kethymio, wo die Haltung der Muhamedaner ebenfalls eine sehr bedrohliche ist, hat der russische Befehlshaber alle öffentlichen Gebäude und die meisten christlichen Geschäfte mit starken Wachen besetzt. In Heraklion dagegen, wo die Gewaltthaten der Muhamedaner in verstärkter Masse fortgesetzt werden, bewahrt Oberst Chermiside trotz aller Vorstellungen der Christen seine bisherige gleichgültige Haltung, ohne die geringsten Maßnahmen zur Verhütung der Ausschreitungen zu treffen. —

### Amerika.

— Ueber die Situation auf Kuba wird der „Frankfurter Zeitung“ aus New-York berichtet: Präsident Mac Klen instruirte den Generalkonsul Bee, die amerikanischen Interessen auf Kuba sorgsam zu wahren und alle Schritten zu vermeiden. Havana-Meldungen besagen, daß General Blanco's Mission als ein vollständiger Misserfolg zu betrachten sei, da das Mißtrauen der Kubaner fortbauere. —

Rio de Janeiro, 8. November. („Times“.) Hier sind die Redaktionen dreier oppositioneller Blätter von einer Volksmenge am Sonntag zerstört worden. Man glaube nämlich, daß das Verbrechen vom vergangenen Freitag das Ergebnis heftiger Angriffe dieser Blätter auf die Regierung gewesen sei. Der Präsident habe erklärt, er beabsichtige, den Kongreß zu ersuchen, auf 30 Tage das Kriegsrecht zu proklamieren.

Da will man wohl mit allen Gegnern der brasilianischen Miswirtschaft kurzen Prozeß machen? —

### Partei-Nachrichten.

„Unsere Bethätigung an den preussischen Landtagswahlen“ behandelt jetzt Genosse Bebel in der „Neuen Zeit“. Bebel bespricht die Erörterungen innerhalb der Partei, die sich an den Beschluß des Hamburger Parteitages knüpfen. Er hält an der von ihm eingebrachten Resolution fest und will darlegen, daß der Beschluß, so wie er gefaßt ist, verthlos sei und womöglich der Reaktion, die er verwunden solle, günstige Folgen eintragen werde. Genosse Bebel kommt zu dem Schluss, daß es nicht angehe, daß unsere Partei mit so schweren Meinungsverschiedenheiten über die innerhaltende Taktik in den Wahlkampf eintrete, es müsse eine neue Verständigung erfolgen. Als praktischen Weg hierzu schlägt er vor:

Die Reichstagsfraktion mache die Angelegenheit zum Gegenstand einer Erörterung in ihrer Mitte, sie verständige sich über einen passenden Vorschlag und lege denselben der Gesamtpartei zur Entscheidung vor. Erkläre sich die Mehrheit der Wahlkreise für denselben, so sei er die Basis für die Wahltaktik und der nächste regelmäßige Parteitag hätte ihn nachträglich zu sanktionieren. Das sei ein ungewöhnliches Vorgehen, aber ungewöhnliche Verhältnisse erforderten ungewöhnliches Handeln. Die Hauptsache ist, daß die Partei aus einem unmöglichen Zustande herauskomme, in den sie sich selbst durch einen unangenehm erzwungenen Beschluß gestürzt habe.

Eine Parteikonferenz für Nordwest-Deutschland ist von der hiesigen Agitationskommission im Einverständnis mit den betheiligten hannoverschen und obersächsischen Wahlkreisen auf Sonntag, den 21. November, Vormittag 10 Uhr nach Bremen in das Vereinshaus einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Die Lage in den einzelnen Wahlkreisen und wie organisiren wir unsere Agitation? —

Von der Wasserkrante. In Bremerhaven und Sant-Wilhelms-hafen hielt Reichstags-Abgeordneter Bebel in den letzten Tagen der verfloffenen Woche sehr gut besuchte Volksversammlungen ab, mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Versammlungen waren auch von Gegnern stark besucht, doch gab es keine Debatte.

In Wilhelmshafen hatte Bebel bei einem beabsichtigten Besuch der kaiserlichen Werft ein Zwischenworte, daß im Reichstag noch ein Nachspiel finden dürfte. Genosse Morisse in Wank hatte die Anmeldung zum Besuch übernommen, die bereitwillig von einem der auf dem Anmeldebureau anwesenden Polizeibeamten für den Besuch der Werft, der Werkstätten und eines Schiffs („Deutschland“) ertheilt wurde. Als aber der hinzukommende Polizeiwachmeister erfuhr, daß der eine der Besucher Bebel sei, gab er seinem Untergebenen den Befehl, die Erlaubnis zum Besuch der Werkstätten auf dem Schein zu kreischen. Morisse fragte: ob dies geschehe, weil sein Begleiter Bebel sei, die Antwort lautete: Wir haben dafür unsere besonderen Gründe. Darauf erklärte Bebel, daß er unter solchen Umständen auch auf den Besuch der Werft und des Schiffs verzichte. Er betrachtete es als eine persönliche Beleidigung, daß man ihm, einem Mitglied des Reichstages, den Besuch der Werkstätte verbiete, den man jedem anderen gestatte. Die verdutzt dreinschauenden Beamten suchten sich zu entschuldigen; Bebel erklärte, daß er sie für das Vorgekommene nicht verantwortlich mache, sie handelten nur nach Ordres, und verließ mit Morisse das Bureau.

Als Vertrauensmann für Osterwieck am Harz wurde von der letzten Parteiversammlung einstimmig der Schuhmachermeister F. Schünke, Nikolaistraße 30, gewählt.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Eine Parteiversammlung im sechsten Reichstags-Wahlkreise (Plauen-scher Grund etc.) beschaftigte sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages. Es wurde nach lebhafter Diskussion die schon in Dresden-Mittstadt beschlossene Resolution angenommen, die sich gegen den Standpunkt Schuppel's in der Zollfrage und gegen die Anklagen richtete, die auf dem Parteitage von einigen Fraktionsmitgliedern in der Militärfrage geduldet worden sind. Als Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Höppler aus Gotta wiedergewählt. Zum Kandidaten für die bevorstehende Reichstags-Wahl bestimmte die Versammlung den bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Georg Horn, der gegenwärtig eine zehnmonatige Gefängnisstrafe verbüßt.

Eine öffentliche Versammlung, in welcher die hiesigen Genossen Stellung zu den im nächsten Monat stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen nehmen wollten, konnte nicht abgehalten werden, da nur einige 80 Personen erschienen waren. Diese Theilnahmslosigkeit ist darauf zurückzuführen, daß die Partei sich seit vielen Jahren wohl an diesen Wahlen betheiligte, Erfolge aber auch nicht im geringsten zu erzielen vermochte, was daher kommt, daß ein für die Arbeiter außerst ungünstiges Wahlsystem und Wahlverfahren, in Verbindung mit einer vielleicht einzig dastehenden Auslegung der revidirten Städte-Ordnung seitens der Behörde, wonach den Arbeitern das Bürgerrecht verweigert wird, einen Erfolg von vornherein fast zur Unmöglichkeit macht. Die Genossen in Dresden-Mittstadt kamen daher zu der Ansicht, sich nicht mehr zu betheiligen, während die Genossen in der Neustadt den entgegen-gesetzten Standpunkt einnehmen; sie hoffen infolge der Einverleibung zweier Vororte Erfolge erreichen zu können.

Der Sozialdemokratische Verein in Gera beantragte die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderaths, für Befreiung der Begräbnisse zu wirken.

In Offenburg wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, in der Nacht zum Dienstag unser wackerer Parteigenosse Adolf

Geht von dem Leiter des Maschinenbaues, einem gewissen Hoffmann, und einigen Spiegelgläsern überfallen und schwer verletzt, weil er vor dem Gewerbegericht die Interessen eines Arbeiters gegen diesen Unternehmer vertreten hatte. Der Staatsanwalt hat die Untersuchung eingeleitet. Wir können den Genossen Hoffmann die herzlichste Teilnahme der ganzen Arbeiterklasse versichern, deren Interessen er gegenüber der Brutalität von Angehörigen der herrschenden Klassen allezeit furchtlos und treu vertreten hat.

**Aus Dänemark.** In Gentofte in Dänemark sind drei Sozialdemokraten in den aus 11 Mitgliedern bestehenden Gemeinderath gewählt worden.

**Todesliste der Partei.** Karl Widmann, ein langjähriger Bureau-Arbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Stuttgart, ist am 5. d. M. im Alter von 37 Jahren an der Lungen- und Nierenkrankheit gestorben. In ihm verliert die Gewerkschaft wie auch die Partei einen eifrigen stillen Mitarbeiter, der in strengem Pflichtgefühl stets die Posten anfüllte, auf die ihn das Vertrauen seiner Freunde berief. Schon lange leidend, war er nicht zu bewegen, sich Ruhe zu gönnen, sondern er blieb bis 8 Tage vor seinem Tode in seiner Stellung, bis die schleichende Krankheit seiner Willenskraft ein Ziel setzte und ihn aufs Krankenlager warf, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Die Stuttgarter Genossen gaben ihm am letzten Sonntag ein ehrenvolles Geleit zu seiner letzten Ruhestätte, und seinem Wunsch gemäß widmete ihm der Vorsitzende des Verbandes der Holzarbeiter, Genosse Klotz einen Nachruf, der in warm empfundenen Worten die treue Mitarbeit des Kollegen schilderte. Die Arbeiterklasse wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

### Vollzeitliches, Gerichtliches etc.

Das „Vollzeitblatt für Halle“ hatte in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1896 bis 30. September 1897 zu registrieren: 2 Jahre 5 Monate 1 Woche Gefängnis und Haft, 2140 M. Geldstrafe, 37 Verurteilungen, 11 Hausstrafen. Freisprechungen wurden 10 erzielt, in 7 Fällen erfolgte Einstellung des Verfahrens, in 2 Fällen wurde die Klage zurückgezogen. Im Jahre vorher wurden über Redakteure des „Vollzeitblattes“ verhängt: 20 1/2 Monate Freiheitsstrafen und 1620 M. Geldstrafen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Achtung, Töpler!** Auf dem Bau Gartemann, Emannelkirchstraße (Kaban) legten 18 Kollegen der Fensterfrage halber am 9. d. M. die Arbeit nieder. Der Zentralvorstand.

**Achtung, Vergolder!** Sammellisten zur Unterstützung der englischen Maschinenbauer sind zu entnehmen bei Steidel, Friedrichsbergstr. 20 v. l. Die Agitationskommission.

Eine öffentliche Bananenschläger-Verammlung am Sonntag wählte eine Kommission von 5 Personen, welcher die Aufgabe zufällt, eine Einigung zwischen den zwei am Orte bestehenden Organisationen herbeizuführen.

Wegen Uebertretung des § 12 des Vereinsgesetzes wurden in der Schöffengerichtsitzung am 2. November Genosse Koblach aus Berlin, der in einer nicht angemeldeten Metallarbeiter-Verammlung einen Vortrag gehalten haben sollte, zu 30 M. Geldstrafe oder zehn Tagen Haft, der „Einberufer“ der Verammlung, Genosse Schmidt, und der Wirth des Lokals zu je 15 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Haft verurtheilt.

### Deutsches Reich.

**Zum Streik der Torgelower Metallarbeiter** wird uns folgendes berichtet. Seinen Anfang nahm der Streik wegen fortgesetzter Minderzahlung wegen Zugehörigkeit zur Organisation (Deutscher Metallarbeiter-Verband) bei dem Eisenwerk G. Mengel u. Komp. Alle Verhandlungen wurden zurückgewiesen, und brach demzufolge bei genannter Firma der Streik aus. Die Arbeiter hatten jedoch Kündigungsfrist von 14 Tagen laut Fabrikordnung, und war das Verlassen der Arbeit bedroht mit einer Strafe eines durchschnittlichen Wochenlohnes, der sich für Torgelow auf 12 M. stellen würde. Die Fabrikleitung verlagte denn auch die Arbeiter, 51 an der Zahl, beim Gewerbegericht. Am Freitag den 5. November wurde die Sache verhandelt, und ein Vergleich erzielt, derart, daß die Arbeiter statt der verurteilten 12 M. nur 6 M. und zwar in 3 Raten à 2 M. 14tägig zu zahlen hatten, die Kündigung von 7 Arbeitern zurückgezogen wurde und die Firma sich verpflichtete, die Vereinshätigkeit ihrer Arbeiter außerhalb der Fabrik nicht zu beanstanden. Die Arbeiter verpflichteten sich dagegen, auf die Wiedereinstellung von 4 bereits Entlassenen zu verzichten, und am Montag, den 8. November die Arbeit wieder aufzunehmen.

Daß der Vergleich zu Stande kam, war jedoch wesentlich in folgendem zu suchen: Die Firma Mengel hatte am Donnerstag ihre Arbeit bei anderen Fabriken aufsetzen zu lassen versucht. Die Arbeiter dieser (4) Fabriken verweigerten die Streikarbeit und verließen am Freitag zur selben Stunde, als ihre Kollegen zum Gewerbegericht nach Ueckermünde fuhren, in hellen Scharen die Arbeit. Am Freitag Abend fand sodann eine von circa 600 Mann besuchte Versammlung statt, in welcher Bericht erstattet wurde, und beschloß die Versammlung, vor Wiederaufnahme der Arbeit nochmals in Aussicht gestellt, wenn sie schriftlich den Nachweis führen, daß sie aus dem Fachverein ausgetreten sind, oder eine Bescheinigung vorlegen, daß sie dem Gewerbeverein angehören. Sodann wurde den Streikenden angekündigt, daß sie am Montag, den 8. d. M., die Arbeit aufnehmen müssen, im anderen Falle gegen sie die Klage wegen Kontraktbruch eingeleitet werde.

Unter diesen Umständen lehnten die Arbeiter in einer von 800 Personen besuchten Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit ab, und befanden sich nunmehr 218 Metallarbeiter im Ausstand. Davon gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 200, dem Zentralverein der Formner 18, dem Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein fünf an. Die dem Hirsch-Duncker'schen Verein gebotene Absolution ist von diesen in geheimer Abstimmung mit 26 gegen 6 Stimmen angenommen und werden sie die Arbeit aufnehmen. Wieder ein Beispiel, wie die Hirsch-Duncker'schen den Arbeiter bei ihren Kämpfen in den Rücken fallen.

Noch ein paar Worte über die Bedeutung des Torgelower Streiks. Torgelow ist ein „Dorf“, in welchem ca. 1200 Metallarbeiter beschäftigt sind. Die Industrie „geht auf Land“, mit der ausgeprochenen Absicht, billig zu produzieren. Torgelow ist deshalb für Berlin fortgesetzt die Ursache von Lohnrückgängen geworden. Alles, was in Berlin zu theuer wird, wandert nach Torgelow. Darum muß an die Berliner Arbeiter die dringende Bitte um Hilfe gerichtet werden; diese junge zahlreiche Organisation darf nicht zu Grunde gehen! Darum helfe uns materiell und moralisch durch Fernhalten des Zuguges. Zuschriften und Geldsendungen sind zu richten an: Karl Friede, Torgelow, Lindenstr. 25. Die materielle Hilfe thut noth, weil eine Anzahl Leute in Mitleidenschaft gezogen werden, welche noch keinen Anspruch auf die Hilfe der Organisation haben.

Die Kammacher werden gewarnt, in der Fabrik von Greidl in Gabelons (Wöhmen) Arbeit zu nehmen, da bei den überaus niedrigen Löhnen, die im Durchschnitt 8 Gulden betragen, kein Arbeiter bestehen kann. Die Firma sucht vielfach durch Inserate Arbeiter heranzuziehen, die dann zu spät erfahren, wie schlecht die Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik sind. Mögen deshalb die Kammacher auf diese Firma besonders acht geben.

**Achtung, Vergolder!** Die Kollegen in der Barockrahmenbranche Münchens, sowie die Kollegen der Goldbleisfabrik Gerdorf

u. Brandenburg in München-Pasing befinden sich im Streik. Wir ersuchen die Kollegen Deutschlands um strengste Fernhaltung des Zuguges. Ferner wurde in der Goldbleisfabrik von S. Denecke in Essen a. d. R. vor einiger Zeit für die Politurearbeiter die Akkordarbeit eingeführt und die Preise derartig niedrig festgesetzt, daß es den Arbeitern kaum möglich ist, zwei Drittel des bisherigen Lohnes zu verdienen. Dem Verlangen der Arbeiter, die Akkordpreise dem bisherigen Lohn entsprechend höher zu stellen, wurde von seiten des Unternehmers entsprochen und den Politurearbeitern der frühere Lohnsatz in Höhe von 3,50 bis 4 M. zugesagt. Die Arbeiter hegen die Befürchtung, daß die Firma Denecke dieser Lohn nur solange zahlen wird, bis sie Arbeiter bekommt, denen sie die niedrigen Akkordpreise bieten kann. Die Kollegen werden deshalb ersucht, diesen Zeilen Beachtung zu schenken, und erwarten wir, daß sich niemand als Lohndrücker anwerben läßt. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands, S. A.: Franz Nary, Vorsitzender, Berlin, Oppelnerstr. 43.

Zu einer sauberen Art Mittelstand fordert der Vorstand des Verbandes der deutschen Eisenbahn-Werkführer seine Mitglieder auf. Sie sollen dahin wirken, daß auch nicht ein einziger der ihnen unterstellten Arbeiter Mitglied des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands wird oder bleibt. Das Recht, das die Herren Werkführer für sich in Anspruch nehmen und ausüben, nämlich sich zu organisieren, dies Recht sollen die Werkführer den Arbeitern verwehren, weil der Hamburger Verband eine sozialdemokratische Gründung sei, mit dem eigentlichen Zweck, die zahlreichen Unterbeamten und Arbeiter der Eisenbahnen unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Bestrebungen den politischen vaterlandseindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie dienlich zu machen. Freilich ein Unterschied besteht zwischen dem Verband der Eisenbahner Deutschlands und dem der Eisenbahn-Werkführer. Ersterer sucht die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung seiner Mitglieder zu verbessern durch die Kraft der Vereinigung, letzterer durch die weit und wehmüthiges Witten um die Günst der Vorgesetzten. Wie weit es letzterer dabei gebracht hat, zeigt die letzte Nummer des Verbandsorganes, die „Werkführer-Zeitung“, in der jene häßliche Aufforderung enthalten ist. Sie schändert erareisendweise den Selbstmord der Ehefrau des Werkführers Welkin aus Tempelhof, die in den Tod ging, weil ihrem 71 Jahre alten kranken, im Dienste verunglückten und dann pensionirten Ehemann ein Ruhegehalt von 420 M. pro Jahr ausgesetzt und eine Eingabe um Erhöhung der Pension abschlägig beschieden worden war. Die Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten thun recht, wenn sie zur Erreichung ihrer Ziele andere Wege einschlagen als die Herren Werkführer.

Die außerordentliche Hauptversammlung des Bundes Schloffen des Verbandes deutscher Buchdrucker, die in Breslau tagte, beschloß, daß am Sonnabend, den 27. November, zur besseren Ein- und Durchführung des Tarifs allerorts ein energischer Vorstoß unternommen wird in der Weise, daß die Mitglieder verpflichtet sind, von ihren Prinzipalen am gedachten Tage die volle Anerkennung des Tarifs zu fordern und dafür einzutreten. In den Fällen, wo Bezahlung noch unter dem Minimum erfolgt, soll dieselbe mindestens auf 20 M. gebracht werden. Unter allen Umständen aber ist auf der Ortständigen Arbeitszeit zu bestehen.

Ein Streik der Handschuhmacher steht in der Breslauer Handschuhfabrik von W. Jungmann bevor. Die 80 dort beschäftigten Arbeiter haben ihre Kündigung eingereicht, da von der Firma eine bescheidene Lohnerhöhung abgelehnt wurde.

In der Spich'schen Schuhfabrik in Stuttgart (Stöck) ist wegen fortgesetzter Lohnabzüge ein Streik ausgebrochen.

### Ausland.

Der Schlichterandstand von La Willette dauert immer noch fort. Daß noch keine Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgeber erzielt werden konnte, scheint jetzt hauptsächlich an den Weisern der Charaktere zu liegen, die hinsichtlich der von den Gesellen verlangten Einschränkung der Nacharbeit nicht nachgeben wollen. Sie behaupten, dies im Interesse des Geschäftes nicht zu können. Vergeblich suchten die sozialistischen Deputirten Faberot und Toussaint in einer gestrigen Versammlung ein Einvernehmen herbeizuführen, indem sie erklärten, die Arbeiter seien zu den verschiedensten Zugeständnissen bereit, nur beständen sie auf der Verminderung der Arbeitsstunden.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Antworten auf die neuerlichen Einigungsvorschläge des Handelsamtes sind seitens der beiden streikenden Parteien an dieses abgegangen. Bestimmtes über den Inhalt ist noch nicht bekannt; dem „Observer“ vom vorigen Sonntag zufolge aber sollen die Unternehmer auf ihr früheres Verlangen, nur mit dem Komitee der Vereinigten Gewerkschaften in Unterhandlung treten zu wollen, fallen gelassen haben; sie hätten sich bereit erklärt, mit den Maschinenbauern direkt zu konferieren. Weiter haben die Unternehmer verlangt (immer nach „Observer“) die bedingungslose Aufhebung des Streikes bei den Londoner Firmen, bei denen der Ausstand zuerst ausbrach. Sie scheinen also nicht daran zu denken, auch ihrerseits die Ausperrungen zurückzunehmen zu wollen. Schließlich beharren sie dabei, daß jede Partei ihren eigenen Vorschlägen folge; ein Unparteiischer soll ausgeschlossen sein.

Die Unternehmer haben am Sonnabend eine lange Liste von allerhand Beschwerden gegen die Unionsleute veröffentlicht. Dieselben schädigten die Betriebsinhaber in jeder Weise, sie begrenzten die Ergiebigkeit der Produktion, hemmten die Maschinen und mischten sich in die inneren Betriebsangelegenheiten. Geo Barnes, der Sekretär der Maschinenbauer, antwortete darauf, daß die Unternehmer mit genauen Angaben einzelner Fälle, mit Beweisen dienen müßten; auf die allgemeinen Anschuldigungen könne er nur antworten, daß derartige von der Leitung der Gewerkschaft nie empfohlen worden sei, für jedes einzelne der 93000 Mitglieder des Verbandes könne er natürlich nicht einstehen.

Bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sind für die englischen Maschinenbauer in der letzten Woche 9380,55 M. eingegangen.

Aus Paris wird uns geschrieben: Zu gunsten der englischen Maschinenbauer fand am 6. November eine Versammlung in Paris statt. Neben den Vertretern des Mechaniker-Verbandes, des Organisations der Versammlung, sprachen die sozialistischen Abgg. Jaurès, Vallant, Gerault-Richard, Faberot u. m. a. Leider war die Versammlung schwach besetzt. Das große Lokal des Livoli-Pantheon, welches sonst bei wichtigen Anlässen bis auf den letzten Platz gefüllt ist, war diesmal kaum zum vierten Theil (mit 1 1/2 bis 2 tausend Personen) besetzt. Die meisten Redner beklagten offen und in bitteren Worten die Gleichgiltigkeit der Pariser Arbeiter gegenüber der Bewegung des Auslandes, sowie übrigens auch gegenüber der eigenen gewerkschaftlichen Organisation. — Die von der „Petite République“ zu gunsten der Maschinenbauer eröffnete Geldsammlung weist denn auch an Pariser Arbeiter-Beiträgen winzige Summen auf.

## Unternehmer-Verbände.

Im Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten bezeichnet der Vorsitzende auf der diesjährigen Generalversammlung die Lage des deutschen Maschinenbaues im abgelaufenen Jahre als durchaus befriedigend. Die befriedigende Beschäftigung sei ohne Zweifel in erster Linie dem einheimischen Bedarf zuzuschreiben, aber auch die Ausfuhr habe sich wesentlich gesteigert. Sie betrug in Prozenten gerechnet gegen die Vorjahre 1896 27, 1894 29,6, 1895 10,9, 1896 25,0 pCt. mehr. Andererseits sei auch die Maschinenimport nach Menge und Werth, nämlich von 26 Millionen auf 31 Millionen gestiegen. Die Maschinenimport aus den Vereinigten Staaten von Amerika habe sich gegen das Vorjahr verdoppelt, Anlaß genug für den Verein, sich den Vorgängen, die sich auf dem Gebiete des Maschinenbaues zwischen Amerika und hier abspielen, mit voller Aufmerksamkeit zuzuwenden. Redner

befragte sodann die gesteigerte Maschinenimport nach Russland und wies zugleich auf die Vorgänge in Russland selbst hin, wo die Regierung auf das zuvorkommendste die Gründung ausländischer Unternehmungen unterstütze, um Russland industriell unabhängig zu machen. Für Deutschland handele es sich darum, ob es den Belgiern, Engländern und Franzosen die Ausbeutung der russischen Bodenschätze allein überlassen oder sich rechtzeitig den seiner Bedeutung entsprechenden Antheil sichern will. Eine verhältnismäßig bedeutende Steigerung der deutschen Maschinenimport habe ferner nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Großbritannien, Argentinien und Japan stattgefunden. Für den Bau eines großen Hochsees- und Stahlwerkes in Japan trug die deutsche Maschinenindustrie mit ihren Lieferungen den Sieg davon. Kann man sich auch des ernstlichen Gedankens hierbei nicht erwehren, daß die genannte Anlage für die deutsche Eisenindustrie in Zukunft nachtheilig wirken könne, so müsse man doch berücksichtigen, daß bei einer abnehmenden Haltung diesen Anträgen gegenüber Industrielle aus anderen Staaten die Anträge sehr gern entgegengenommen hätten.

## Soziales.

Die Stadtverordneten von Kottbus beschloßen die Einigung der Vororte Brunswig und Sandow.

Arbeiter-Risiko. Auf der Grube Mariadorf im Rachen Revier sind vier Arbeiter in den Fahrenschacht gestürzt. Einer blieb sofort todt, die übrigen sind schwer verletzt.

Die unentgeltliche Verabreichung alkoholfreier Getränke an städtische Gaswerkfeuerarbeiter ist käuflich von dem Stadtrath in Freiburg i. B. beschloßen worden. Die Gaswerksverwaltung hat selbst den Antrag gestellt, in der Hoffnung, daß durch kostenlose Verabreichung durststillender, nicht alkoholkaltiger Getränke den Arbeitern eine Erleichterung verschafft und sie zum mindestens vor übermäßigem Alkoholgenuß bewahrt werden.

Ueber Wohnungsnoth in Stockholm wird uns geschrieben: Seit 1. November sind nicht weniger als 31 Familien mit 104 Kindern ohne Wohnung. Einer der gräuslichsten alten Quartiere Stockholms wird abgebrochen. Den Leuten, die dasselbe bewohnten, war erzählt worden, sie könnten noch bis 1. April dort bleiben. Nun finden sie keine andere Wohnung. Weder der Kommune noch dem Staat fällt es ein, helfend einzugreifen. Für Prachtbauten dagegen sind in Stockholm Millionen vorhanden.

Das Weiter-Erscheinen der russischen „Arbeiterstimme“, des geheimen Organs unserer jüdischen Genossen in Westrußland, hat durch die seinen Tag aufgehenden Massenverhaftungen nicht verhindert werden können. Die vierte Nummer dieses Blattes liegt vor. Sie enthält u. a. einen Bericht über die Entstehung des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes, der den Lesern des „Vorwärts“ durch das an den Hamburger Parteitag gerichtete Begrüßungsschreiben bekannt sein wird. Dieser Bund, gegründet aus einer Konferenz der Vertreter jüdischer sozialdemokratischer Gruppen, erklärte die Zeitschriften „Die Arbeiterstimme“ und „Der jüdische Arbeiter“ als seine Organe und erkannte den „Bund der russischen Sozialdemokraten“ (die Organisation, deren literarische Publikationen von Plechanow, Axelrod und Wjersa Saffulitsch redigirt werden) als die ihn im Auslande vertretende Organisation an.

Der Branntwein-Verbrauch im europäischen Rußland betrug im Jahre 1888 durchschnittlich 10,20 Liter pro Kopf, im Jahre 1895 noch 7,13 Liter. Diese Verminderung wird amtlicherseits dem seit zwei Jahren bestehenden Branntwein-Monopol mit zugeschrieben, das bis jetzt in 21 Regierungsbezirken durchgeföhrt sei und dort einen Rückgang der Zahl der Schnapshäfen zur Folge gehabt habe. Dagegen hätten sich die Theekäfen vermehrt.

Spanische Staatsschulden. Die Provinzen des unglücklichen spanischen Staatsweins schulden ihren Schullehrern zusammen nicht weniger als 8.965.579 Pesetas, mehr als 7 Millionen Mark. Nur die Provinzen Barcelona, Burgos, Guipuzcoa, Patencia und Vizcaya haben keine Schulden dieser Art. Die Gouvernements haben zwar wieder einmal die einzelnen Stadtverwaltungen aufgefordert, die Gehälter der Lehrer pünktlich auszusahlen, aber es dürfte bei der Aufforderung bleiben; denn die spanischen Städte haben nur Geld für Stiergefächte und ähnliche Volksbildungsinstitutionen, der Schullehrer aber kann betteln gehen — und das thut er auch.

Die britische Handelsflotte zählte im Jahre 1896 einschließlich aller Kapitäne, Offiziere, Sekretäre und sonstigen Bediensteten eine Besatzung von 242.000 Personen, unter denen sich nur 170.000 Engländer befanden. Die 63.000 Ausländer waren zu 85 pCt. Deutsche und Scandinavier, und zwar hatten diese zumeist die für den Dienst wichtigsten Posten der Steuer- und Bootleute inne. Seit dem Jahre 1894 ist die Gesamtbesatzung der Besatzung nur um 1000 gestiegen, die Zahl der Ausländer aber um 4200. Um diese Entwicklung aufzuhalten, bereitet die englische Regierung eine Gesetzesvorlage vor, die folgende drei Punkte enthalten wird: 1. Es soll eine bestimmte Bezahlzeit für Matrosen und Steuerleute eingeföhrt werden, deren Wählung die Mitgliedschaft zur königlichen Marine Reserve und eine kleine Staatspension verleiht; 2. Befähigungszeugnisse für die Kapitäne und Steuermannsstellen sollen nur noch für britische Staatsangehörige ausgestellt werden; 3. jeder Schiffsführer soll gezwungen werden, seine Besatzung zu Dreivierteln aus englischen Staatsangehörigen zusammenzusetzen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika war die Einwanderung in der Zeit vom 1. Juli 1896 bis zum 30. Juni 1897 fast um die Hälfte geringer als in dem vorigen Berichtsjahre. Es wanderten nur 230.832 Personen ein, 112.435 weniger als im Jahre 1895/96. Seit dem Jahre 1889 ist die Einwanderung nicht so gering gewesen als diesmal. Als Ursache des Sinkens der Einwanderung werden angeführt: größere Strenge der amerikanischen Behörden bei der Zulassung der eintreffenden Auswanderer und die allgemeine wirtschaftliche Krise in den Vereinigten Staaten.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 9. November. (W. T. B.) Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses setzte die Verhandlung über das Ausleihungsprovisorium fort. Das Mitglied Varnreither trat den jüngsten Neuerungen des Finanzministers, betreffend die Anwendung des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 auf das Ausgleichsprovisorium, entgegen und erklärte, diese Anwendung sei vollkommen ausgeschlossen; der Erlaß einer Nothverordnung, wie sie der Finanzminister in Aussicht stellte, wäre eine Verletzung der Verfassung. Redner beantragte eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen.

Zugenburg, 9. November. Die Kammer wählte in ihrer heutigen Sitzung zum Präsidenten wiederum Simons mit 32 von 44 Stimmen, zum Vizepräsidenten v. Tornaco.

Paris, 9. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Das Haus nahm die Vorlagen betreffend den Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden und den Handelsvertrag mit Bulgarien an und bewilligte sodann nach unerheblicher Debatte das Budget des Ministeriums des Innern.

Rom, 9. Nov. (Frankf. Ztg.) Heute Nachmittag ist nach achtstündiger Dauer der Prozeß betreffend die Ermordung der Dichterin Contessa Sara beendet worden. Der Mörder wurde zu 11 Jahren 6 Monaten Kerker verurtheilt. Demselben wurden milde Urtheile zugesprochen.

Saragosa, 8. November. (W. T. B.) Wegen der vorhandenen Schwierigkeiten wurden die Gehälter der Regierungsbeamten um 30 pCt. gekürzt. Die Carnera-Bahn- und Schiffahrts-Gesellschaft hat den Verkehr eingestellt und die Linie soll, wie verlautet, in einigen Monaten verkauft werden. Die Wiedereröffnung der Präsidentschaft durch den General Andade wird sehr wahrscheinlich erwartet.

Mog-Pading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Die Stadtverordneten - Stichwahlen der III. Abtheilung finden am Freitag, den 26. November statt. Für die sozialdemokratische Partei kommen der 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirk in Betracht. Pflicht eines jeden Genossen ist es, die Zeit bis zum 26. November zu einer energischen Agitation zu benutzen.

Kommunales.

Das Grund- und Lagerbuch der Stadt Berlin ergab bei Abschluß am 31. März 1897 einen Aktiobestand von 560 691 217 M., gegen das Vorjahr mehr 11 817 282 M. Die Passiva beliefen sich auf 278 538 625 M. und waren um 1 295 338 M. geringer als im Vorjahre; hiernach verblieb Ende März 1897 ein Vermögensbestand von 282 152 592 M., der somit 15 112 620 M. höher war als zu dem gleichen Zeitpunkte des Vorjahres. An den Aktiven sind beteiligt: der städtische Grundbesitz mit 20 764 346 M., der Werth der Natural-, Material- und Betriebsbestände mit 97 580 554 M., und der Werth des Mobilien-Inventars, der Bibliotheken, Sammlungen u. s. w. mit 35 517 683 M. Unter den Passiven nehmen die Hauptposten ein die städtischen Anleihe-Schulden im Betrage von 272 442 330 M. Das Stillschuldvermögen der Stadt betrug Ende März 1897: 37 826 002 M., es hat sich gegen das Vorjahr um 3 064 314 M. vermehrt. Dasselbe besteht in 12 347 517 M. Hypothekendarlehen, in 15 380 789 M. Werthpapieren und in 10 388 447 M. Grundstücksvertheben, den Rest bilden die Kassenbestände und Einzahlungen. Auf den Stillschuldgrundstücken lasten 842 624 M. Hypothekenschulden.

Lokales.

Das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahlen am Montag wird von einigen freisinnigen Blättern frisch und froh zu einem Siege der Liberalen umgedeutet. Die feindseligen Brüder, Freisinnsmänner und Antisemiten, haben sich mit lächerlichem Schwünge über die Klagen der Massenunterschiede hinweggesetzt und gemeinsam dem „inneren Feinde“, der Sozialdemokratie, den Krieg erklärt. Wirklich ist dadurch erreicht worden, daß ein Wahlbezirk, der uns vor sechs Jahren unter besonders günstiger Konstellation zufiel, von dem Reich-Rath-Kandidaten zurückerobert wurde. Dieser Umstand giebt dem „Berl. Tagebl.“ Anlaß, davon zu reden, daß die sozialdemokratische Fluth diesmal zum Stehen gekommen sei, und andere Blätter wissen zu subtilisieren, daß sich unter unseren Parteigenossen eine große Enttäuschung gelegentlich des „Mißerfolges“ geltend mache. Nun ist ja unbedenklich richtig, daß der Indifferentismus eines großen Theils der Kommunalwähler und auch ihre Furcht vor den etwa aus der öffentlichen Stimmabgabe erwachsenden Nachtheilen die Schuld daran trägt, daß unser Vorkreuzer sich nicht in einem Zuwachs an Mandaten kundgegeben hat. Wie es aber mit dem „Stillstand“ der sozialdemokratischen Fluth bestellt ist, das soll denn doch durch einige deutliche Zahlen unserer Gegner klar gemacht werden. Wer die Wahlergebnisse von 1891 und auch die von 1897 zusammenzählt, wird finden, daß vor sechs Jahren auf unsere Kandidaten 14 964 Stimmen fielen, während die Liberalen 10 959 und die Bürgerpartei 5483 Stimmen erhielten. Auf bürgerliche Kandidaten kamen damals 16 442 Stimmen, sie ragten also gemeinsam mit einem Mehr von 1478 Stimmen über uns hervor. Am Montag hingegen erhielten die Liberalen 16 462, die Bürgerpartei 3023, die Bürgerlichen insgesamt also 19 485 Stimmen, während auf die sozialdemokratischen Kandidaten 20 179 Stimmen fielen. Blieben wir vor sechs Jahren, wie vorhin erwähnt, mit 1478 Stimmen hinter den Ordnungsmännern zurück, so sind wir diesmal um 694 über sie hinausgewachsen. Wenn dies Ergebnis für die Sozialdemokratie einen Stillstand bedeutet, dann, ja dann sollten sich die liberalen Rechenkünster ihr Schulgeld wiedergeben lassen! Und sehen wir uns das Ergebnis der letzten Wahlen auf die Wirkung hin an, die es für die Freisinnsmänner hatte, so ist zu konstatieren, erstens, daß sie im achten und zehnten Bezirk nur aus den Kräften ihrer angeblichen Todfeinde, der Bürgerpartei, ins Rathhaus gelangt sind, und zweitens, daß sie in den vier Wahlkreisen, wo das Ergebnis noch kein endgiltiges war, um die Hilfe ihrer Gegner betteln gehen mußten. Eine Situation, die alles eher als beneidenswert ist. An der Energie unserer Parteigenossen wird es liegen, die lässlichen Hoffnungen der Freisinnigen auf die Stichwahlen zu schanden zu machen, und dazu ist allerdings eine Agitation von großer Anstrengung notwendig. Möge ein jeder, der auf den Ehrennamen eines Sozialdemokraten Anspruch macht, seine ganze Kraft darin setzen, zu den am 26. November stattfindenden Stichwahlen die Indifferenten aufzuklären, die Säumigen wahrzurütteln, damit auch äußerlich in der Zahl der Mandate unser Fortschreiten gebührend zum Ausdruck komme und der liberalen Wirthschaft im Rathen Hause ein neuer Stoß versetzt werde!

Bei den gestrigen Stadtverordneten-Wahlen der zweiten Wahlklasse wurden sämtliche liberale Kandidaten gewählt. Im ersten Bezirk wurden bei 295 eingeschriebenen Wählern 180 Stimmen, und im 14. Bezirk (als der größte) bei 1857 eingeschriebenen Wählern 470 Stimmen abgegeben. Ein herrliches Wahlsystem, wenn man bedenkt, daß der größte Wahlbezirk der III. Abtheilung, der 40. in Moabit, über 25 000 eingeschriebene Wähler hat. Selbstverständlich kommen bei einem solchen Wahlsystem nur Geldsack-Interessen einiger weniger zur Geltung.

Städtisches Obdach. Im Familien-Obdach wurden 1896/97 (bezw. 1895/96) neu aufgenommen: 1167 (1131) verschiedene Familien mit 3649 (3650) Köpfen, außerdem 2200 (2204) verschiedene Einzelpersonen, zusammen 5849 (5854) Personen. Einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Bestandes wurden überhaupt verpflegt: 1187 (1180) Familien mit 3716 (3801) Köpfen, außerdem 2235 (2313) Einzelpersonen, zusammen 5951 (6114) Personen. Im ganzen wurden 57 460 (56 421) Berpfligungstage gebraucht, so daß pro Tag durchschnittlich 157 (154) Personen verpflegt wurden. Es wurden also 1896/97 weniger Personen als im Vorjahre verpflegt, die Verpflegten aber länger im Obdach behalten. Am stärksten war die Besetzung des Obdachs naturgemäß am Ausgange des Winters, am schwächsten im Sommer: 1896/97 durchschnittlich pro Tag 110 im Mai 1896, aber 214 im März 1897. Ueber die persönlichen Verhältnisse der neu Aufgenommenen theilt der Bericht für 1896/97 folgendes mit. Die 1167 Familien bestanden aus 183 Männern mit Frauen und Kindern, 43 Männern (Witwern) mit Kindern, 41 Männern mit Frauen, aber ohne Kinder, 494 Frauen, deren Männer nicht mit aufgenommen waren, aber mit Kindern, 85 Wittwen und geschiedenen Frauen mit Kindern, 321 weiblichen Personen mit unehelichen Kindern. Von den 761 männlichen Familienhäuptern (einschließlich die 494 nicht mit aufgenommenen) waren 327 Arbeiter, 357 Handwerker (einschl. Gehilfen), 45 Kaufleute, 6 Beamte, 26 dienende Personen. Von den 1615 einzeln aufgenommenen Männern waren 530 Arbeiter, 804 Handwerker (einschl. Gehilfen), 127 Kaufleute, 40 Beamte, 114 dienende Personen. Der Nationalität nach waren unter den 5849 Aufgenommenen

5597 Preußen, unter diesen 2604 geborene Berliner. (Es wäre sachgemäßer, wenn der Bericht nur die Familienhäupter nach der Nationalität gruppirt.) Vertreten waren sämtliche Altersklassen, speziell die 20-30jährigen mit 708, die 30-40jährigen mit 1158 (I), die 40-50jährigen mit 942, ferner z. B. die Säuglinge mit 500, die über 70jährigen mit 38. (Hier wären nach Geschlechtern getrennte Angaben zu wünschen.) Ueber die Häufigkeit der Aufnahme sagt der Bericht, daß von den 1167 Familien 588 einmal, 231 zweimal, 42 dreimal, 8 öfter, von den 2200 Einzelpersonen 1751 einmal, 349 zweimal, 65 dreimal, 85 öfter aufgenommen wurden. (Das Jahr 1895/96 kann für alle diese Angaben leider nicht zur Vergleichung herangezogen werden, weil der Vorjahr-Bericht bei Besprechung der persönlichen Verhältnisse die Zahlen für alle überhaupt Verpflegten mittheilt.) Bei der Entlassung wurden 2457 (Vorjahr: 2632) Personen mit zusammen 22 200 (24 093) M. als Beihilfe zur ersten Miethe unterstützt.

Die 12 städtischen Realschulen (höhere Bürger-schulen) hatten, nach dem neuesten Schuldeputations-Bericht, Ende 1896 (bezw. 1895) eine Frequenz von 5235 (4874) Schülern. Von diesen hatten 1364 (1356) vorher eine höhere Lehranstalt, 665 (604) eine Privatschule, 8196 (2914) eine Gemeindeschule besucht. Die ehemaligen Gemeindeschüler sind deshalb unter den Realschülern so zahlreich — mit rund 61 (Vorjahr: 60) pCt. — vertreten, weil die Realschulen nicht wie die höheren Lehranstalten, ihre eigenen Vorschulen haben. Im Verhältnis zu der großen Zahl der Gemeindeschüler können aber doch nur ganz wenige aus den Gemeindeschulen auf die Realschulen übergehen. Ende 1896 (und ebenso 1895) standen je 100 die Gemeindeschule besuchenden Knaben des 10. bis 14. Lebensjahres nur 6-7 Realschüler desselben Alters gegenüber. Es ist also wieder nur eines der vielen Märgen, die über die Berliner Gemeindeschulen verstreut sind, wenn man behauptet, daß ein beträchtlicher Theil der Gemeindeschüler seine Bildung in den Realschulen vervollständigen dürfe. Daher ist auch die Bevölkerungsgeschichte, der die Mehrzahl der Realschüler angehört, nicht die Arbeiterklasse. Zu diesem Punkte geben die Angaben des Schuldeputations-Berichts über den Beruf der Eltern dankenswerthe Auskunft. Ende 1896 (bezw. 1895) waren von den Realschülern 69 (44) Söhne von höheren Beamten, 964 (1026) von Subalternbeamten, 279 (255) von Künstlern und Technikern, 81 (76) von Landwirthen, 327 (324) von Fabrikanten, 1685 (1592) von Kaufleuten, 907 (828) von Handwerkern, 237 (216) von unselbständigen Gewerbetreibenden, 16 (21) von Militärs, 79 (73) von Portiers und Dienern, 170 (177) von Rentiers, 390 (281) von Unterbeamten, 21 (21) ohne Angabe. Mit der Bezeichnung „unselbständige Gewerbetreibende“ sind die Arbeiter gemeint, deren Kinder also nur 4,1 pCt. (Vorjahr ebenso) aller Realschüler bildeten. Das Gros der Berliner Realschüler rekrutirt sich nicht aus dem Proletariat, sondern aus derjenigen Bevölkerungsschicht, die sich heute noch mit Vorliebe als Mittelstand bezeichnet, aus dem „freisinnigen“ Kleinbürgerthum. Daraus erklärt es sich vielleicht auch, daß selbst für die Realschüler immer noch erheblich mehr aufgewendet wird als für die Gemeindeschüler. 1896/97 leistete die Stadt pro Realschüler 106,96 M., pro Gemeindeschüler aber nur 56,60 M. Zuzusch. Auch sonst erstreckt sich diese Lieblingschöpfung des Stadtschulraths weitausgehendender Bevorzugung. Es ist mehrfach vorgekommen, daß Gemeindeschulen aus den Räumlichkeiten, in denen sie bisher gehaust hatten, in weniger brauchbare Mieträume verweisen wurden, weil eine neue Realschule, für die noch kein Schulgebäude errichtet war, die Räume der Gemeindeschule bekommen sollte. Die Gemeindeschule ist eben immer wieder das Stiefkind und Aschenbrödel, das hinter seinen nobleren Stiefgeschwister zurückbleiben muß.

Zum Achnuhr-Schlus. Die November-Nummer der monatlichen „Mittheilungen“ des hiesigen Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte theilt das endgiltige Ergebnis von diesem Verein veranstalteten Umfrage über den Achnuhr-Schlus mit. Es haben gesantwortet 2004 Geschäftsinhaber (= 12,12 pCt. aller Befragten). Davon haben sich 1428 für, 576 gegen 8 Uhr erklärt (also dafür: 71,26 pCt., dagegen: 28,74 pCt. aller Antwortenden). Es erklärten sich z. B. von den Geschäften für Kolonialwaaren 104 dafür, 63 dagegen, für Delikatessen, Konfituren zc. 116 dafür, 59 dagegen, für Zigarren aber nur 40 dafür, 110 dagegen, für Blumen zc. 8 dafür, 19 dagegen. Bei Geschäften für Artikel, die weniger zu sofortigem Verbrauch entnommen werden, überwiegt das „für“ überall das „wider“ sehr beträchtlich. So sind sogar von Geschäften für Drogen, Parfümerien, Seife, Licht, Petroleum zc. 96 Stimmen dafür, 52 dagegen, für Besamantier-, Tuch-, Weißwaaren u. s. w. 140 dafür, 57 dagegen, für Papier-, Spielwaaren u. s. w. 103 dafür, 39 dagegen abgegeben worden. Unter den Gegnern des Achnuhr-Schlusses waren viele wenigstens für den Neunuhr-Schlus. Andererseits wurden von der Mehrzahl der Anhänger des Achnuhr-Schlusses Ausnahmen gewünscht, z. B. längere Verkaufszeit für Lebensmittel, Kolonialwaaren und Zigarren; längere, zum theil unbeschränkte Verkaufszeit für Sonnabend; ähnliche Ausnahme für die Zeit vor Weihnachten, zum theil auch für die Woche vor Oheim und Pfingsten. (Diejenigen, welche für die ganze Saison weitergehende Ausnahmen forderten, sind den Gegnern des Achnuhr-Schlusses zugerechnet worden.) Unter den Gründen, die gegen den Achnuhr-Schlus aufgeführt wurden, sind die alten bekannnten: Zwang ist zu verwerfen, Berlin soll nicht den Charakter als Großstadt einbüßen, die Angestellten würden bei früherem Schlus auf Abwege geraten. Gehelt zu haben scheint der Hinweis auf die Arbeiter und Arbeiterfrauen, über die früher von Gegnern des 8 Uhr-Schlusses gesagt wurde, daß sie erst nach 8 einzukaufen pflegten. Gegen die Behauptung spricht der Umstand, daß in den Antworten das Verhältniß des „für“ zum „wider“ auch in den vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadttheilen sehr zu gunsten des „für“ ausgefallen ist. Auch hier erklärten sich fast überall über 2/3 der Antwortenden — im NO. und SO. etwas weniger als 2/3 — für den 8 Uhr-Schlus.

Dienststunden der städtischen Beamten. Die nächste Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit dem Bericht des Ausschusses zu beschäftigen haben, der über eine Aenderung oder gar Vermehrung der Dienststunden der städtischen Beamten zu berathen hat. Die Dienstzeit beträgt gegenwärtig 7 Stunden, von 8 bis 3 Uhr. Allerdings giebt es 11 der „Grundsätze“ dem Magistrat das Recht, eine achtstündige Dienstdauer einzuführen. Eine mehr als fünfjährige Praxis habe aber, wie Oberbürgermeister Jelle in der Ausschussung hervorhob, die jegliche Methode als die beste erscheinen lassen. Die Theilung der Dienststunden auf Vormittag und Nachmittag wurde von dem Stadtverordneten Singer gefordert, weil z. B. bei den Steuerannahme-Stellen und der Sparkasse die arbeitende Bevölkerung viel Zeit, die sie zur Arbeit benötigen könnte, verbringen müßte. Der Ausschus beschloß jedoch, eine Aenderung des bestehenden Zustandes nicht vorzuschlagen.

Für den Buhtag und Todtensonntag kommen für Berlin folgende Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 21. März 1895 und 10. Oktober 1896 über die Sonntagsruhe in betracht: Am Buhtag, der auf den 17. November fällt, sind alle öffentlichen und privaten Tanzbarkeiten mit Einschluß der Theater- und Circus-Vorstellungen und Proben verboten. Nur geistliche Musik-Aufführungen in Kirchen, Theatern und Konzertlokalen sind gestattet. Außerdem gelten bezüglich der äußeren Feiertagshaltung, also auch bezüglich des Ladenschlusses, des geträufelten Schankbetriebs, des Betriebes der Fischerei zc. die Bestimmungen für die Feiertage. Am Todtensonntag, der auf den 21. November fällt, sind verboten: Öffentliche und private Tanzbarkeiten und Bälle, Musik-Aufführungen und Vorstellungen in Cafés chantants (Zingel-Zangeln) und auf Marionettenbühnen, Musik-Aufführungen, Gesangs-

und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen und theatralische Vorstellungen in Schanklokalen, falls nicht der ernste, den Feiertagen entsprechende Charakter gewahrt wird, und die Nachmittags-Vorstellungen in Theatern und Zirkussen. An den Vorabenden des Buhtages und des Todtensonntages sind öffentliche und private Tanzbarkeiten und Bälle verboten. In Blumenbindereien dürfen am Todtensonntag Arbeiter mit dem Zusammenstellen und Binden von Blumen und Pflanzen, Binden von Kränzen und dergleichen in der Zeit von 7-10 Uhr vormittags und 12 bis 6 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Eine dritte Protestversammlung gegen die Art der Prämierung in der Nahrungsmittel-Ausstellung fand Montag Abend im Messpalast statt. Einige Stunden früher war dort die Preisjury ebenfalls zu einer Sitzung zusammengetreten, zwecks Nachprüfung der angebotenen Prämierung. Die Protestler erwarteten frundenlang vergebens das Ergebnis dieser Nachprüfung, und übermittelten der Preisjury um 10 Uhr eine Resolution, in der um sofortige Mittheilung über die Resultate gebeten wurde. Die eine halbe Stunde später eingehende Antwort war in entschiedenem Tone gehalten und lautete dahin, daß sorgfältig jede Reklamation geprüft und das Ergebnis schriftlich jedem einzelnen Aussteller zugesandt werden solle. Hiermit war jedoch die Versammlung nicht einverstanden und beschloß, zum Dienstag Nachmittags 3 Uhr eine weitere Versammlung abzuhalten, um die Prämierungsänderungen der Preisjury entgegenzunehmen. Die erregte Stimmung, die sich allmählig herausgebildet hatte, wurde etwas gemildert, als kurz vor Thoreschlus Herr Direktor Huster die Mittheilung überbrachte, daß das Preisgericht nachträglich noch 7 Ehrenpreise und 8 Anerkennungsdiplome an verschiedene Aussteller von kleinen Haus-haltungsgegenständen verliehen habe. Na, also!

Die Gesellschaft Urania hatte Montag Abend eine außerordentliche Generalversammlung nach der Urania, Taubenstraße, um Zwecke der Prüfung und Beschlußfassung, ob die Entlassung des bisherigen Direktors und die beabsichtigte Systemänderung den Interessen der Gesellschaft entspräche. Der Ausschus hob in seinem Bericht hervor, daß Herr Dr. Meyer unterm 24. Mai d. J. aus eigenem Willen sein Vertragsverhältniß zum Schlus dieses Jahres gekündigt, und daß der Ausschus unterm 1. Juli diese Kündigung mit dem ausdrücklichen Vorbehalte akzeptirt habe, daß man mit Herrn Dr. Meyer in Verhandlungen eintreten werde, um dessen schätzenswerthe Kraft auch fernerhin dem Gesellschaftsunternehmen zu sichern. Der Ausschus hat dann einstimmig am 22. September d. J. die sofortige Beurlaubung des Herrn Direktors, und als die Annahme der Beurlaubung verweigert wurde, dessen Suspendirung von allen seinen Amtsgeschäften ausgesprochen. Es sei hierbei die Ueberzeugung ausschlaggebend gewesen, daß auf ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen beiden Parteien nicht mehr zu rechnen sei. Vom Ausschusrathe, wie aus der Versammlung heraus worden wiederholt die großen Verdienste des Ausgeschiedenen um das Urania-Unternehmen hervorgehoben und dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß es gelingen möchte, die literarische Kraft des Herrn Dr. Meyer dem Institute auch ferner zu erhalten. In einem Beschluspartrage genehmigte die Versammlung die Maßnahmen des Ausschusrates.

Journalisten-Behandlung in Gefängnissen. Der Redakteur Knorr von den „Charlottenburger Nachrichten“ hatte wegen Preßbeleidigung in Pflöden eine zweimonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen, die am 28. Oktober 3 Uhr nachmittags ablie. Gerade an diesem Tage hatte er wegen einer anderen Strafe Termin beim Kammergericht, der um 11 Uhr morgens angesetzt war. Ihm so früh die Freiheit zu schenken, daß er seinen Termin wahrnehmen konnte, ging nach der strengen Gefängnis-Ordnung nicht an, man verweigerte ihm aber sogar einen Transporteur, obwohl er sofort zur Erlegung der 7,50 M. sich erbot. Dagegen wurde ihm, wenn er seinen Termin wahrnehmen wolle, der grüne Bogen für den Hin- und Rücktransport angeboten. Knorr lehnte dies ab und wurde um 3 Uhr nachmittags entlassen, für die Wahrnehmung seines Termins zu spät.

Das Programm des Kongresses für Volkserhaltung ist vorläufig folgendermaßen festgesetzt: Die erste Sitzung im Bürger-saal des Rathhauses wird Sonnabend, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, eröffnet. Den einleitenden Vortrag: „Was verstehen wir unter Volkserhaltung?“ hält der Direktor des Schiller-Theaters, Dr. H. Löwenfeld. Auf den Vortrag folgen Berichte aus mehreren Städten Deutschlands über die Erfahrungen auf dem Gebiete der Volkserhaltung. Bisher sind angemeldet: J. Tems, Generalsekretär der Gesellschaft für Volksbildung zu Berlin, Carl Siemon aus Demerthien bei Potsdam, Ludwig Sittenfeld aus Breslau, Margarethe Pöhlmann aus Tilsit, Dr. Georg Herfeld aus Berlin, der über den Verein für Volkserhaltung berichtet wird; Dr. Raphael Löwenfeld, der über die Dichter- und Ton-dichter-Abende des Schiller-Theaters, Herr v. Schöning, der über Volkserhaltungen aus dem Prihrer Weizacker sprechen wird. Sonntag, den 14. November, finden zwei Sitzungen statt, die erste beginnt mittags 12 Uhr, die zweite nachmittags 5 Uhr. In diesen Sitzungen werden Otto Ernst aus Hamburg und Fritz Mauthner aus Berlin über die Dichtung als Volkserhaltung, Professor D. Albrecht aus Berlin über die Musik als Volkserhaltung, Herr Dr. Albert Dresdner und Walter Otto Feld über die bildende Kunst als Volkserhaltung sprechen. Von weiteren Vorträgen sind angemeldet: Fritz Telman aus Bica über die Anstalten der Wiener Volkstheater-Bewegung und Fräulein Anna Henneberg über die Volkssoper. Theilnehmerkarten werden auf schriftliches Ersuchen bei dem Vorsitzenden des Kongresses, Dr. H. Löwenfeld, Berlin O., Schiller-Theater, den Bestellern zugesandt.

Die Charite-Direktion hat die besonderen Besuchsstunden für Gessickranke aufgehoben und für diese die allgemeine Stunde Sonntag nachmittags von 2 bis 3 Uhr eingeführt.

Anlieham überrascht wurde, wie die Egidy'sche „Ver-söhnung“ mittheilt, der bekannte Naturprediger Lieutenant a. D. Johannes Gutzzeit in Schmargendorf. Ihm wurde die Militär-pension, die er bisher erhielt, aus unbekanntem Gründen plötzlich entzogen. Gutzzeit hat gegen diese Verfügung an zuständiger Stelle Beschwerde erhoben. Wenn Herr Gutzzeit eine geistliche Pension bezieht, so kann ihm dieselbe nicht mit nichts dir nichts entzogen werden. Die Mittheilung bedarf also sehr der Aufklärung.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 29 Jahre alten Hilfsrangiers Otto Bach aus der Margarethenstraße 28 zu Neu-Vichenberg. Bach hatte am Sonntag auf dem Bahnhof Vichenberg-Friedrichsfelde beim Rangiren zwei Wagen mit einander zu verbinden. Als er damit fertig war, wollte er rasch von den Geleisen weg auf den Bahnsteig gehen, kam aber dabei zu Falle, indem er ausglitt. Im selben Augenblick schon lag die Maschine an und ein Rad des Wagens, den er angepöppelt hatte, ging dem Unglücklichen über den Unterleib. Man legte den Verunglückten in einen Tragekorb und brachte ihn mit der Bahn bis zum Schlesischen Bahnhof und von dort in das Krankenhaus „Bethanien“. Hier ist er seinen Verletzungen erlegen.

Ein Fehltritt auf der Kellertreppe hat dem 54 Jahre alten Rentierhelfer Karl Lüdicke aus der Winterfeldstraße Nr. 13 das Leben gekostet. Lüdicke ging am Montag Abend um 9 Uhr aus und kam erst zurück, nachdem das Gaslicht schon ausgeblüht war, etwa um 12 Uhr nachts. Beim Hinabsteigen in seine Kellerwohnung trat er fehl, fiel in den Kellerflur hinab und schlug mit dem Hinterkopf auf den asphaltirten Boden auf. Vorgestern erlag er seinen Verletzungen.

**Zusammenstoß.** Vor dem Hause Wasserthorstr. 22 fand am Montag Vormittag ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem aus dem Hause kommenden Kollwagen statt, bei dem der Führer des Kollwagens, Kutscher Johann Herzog, herabgeschleudert wurde. Er trug einen Bruch des rechten Unterschenkels davon und wurde in einem von der Unfallstation 1 herbeigeholten Krankenwagen in das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt. Den Zeugnisaussagen zufolge soll der Kutscher des Straßenbahnwagens die Schuld an dem Unfälle treffen, da er trotz des lauten Krusches des Kollwagens seinen Wagen nicht angehalten hat, sondern mit unverminderter Schnelligkeit weitergefahren ist.

**Verdorbene — gestorben!** Gestern früh um 5 Uhr wurde auf dem Wagenplatz Bergmannstr. 69 von dem Platzwächter der obdachlose Arbeiter Julius Herold mit einer schweren Verletzung am Kopf tot aufgefunden. Herold war früher ein Hausbesitzer und ist durch Trunk soweit heruntergekommen, daß er obdachlos war und auf den Holzplätzen nachtschlief. Der Kriminal-Kommissar konnte keine bestimmten Anhaltspunkte dafür ermitteln, daß hier ein Verbrechen vorliegt, wofür die Kopfwunde sprechen würde; es ist anzunehmen, daß Herold aus dem Wagen, in dem er genächtigt hatte, herabgefallen und auf die eisernen Nadeln gefallen ist. Spuren eines dort verübten Verbrechens waren nicht aufzufinden. Ein Raubmord ist ausgeschlossen, da Herold seit langer Zeit kein Geld besaß und sein Trauring noch an der Hand steckte.

**In dem Fahrstuhlunfall** in der Dresdenerstr. 97 theilt uns der gestern von uns erwähnte Herr D. F. Schäfer berichtend mit, daß auch er nur Miether in dem erwähnten Hause sei und keinerlei Verantwortungs- oder Eigentumsrecht an dem dem Hauswirth gehörigen Fahrstuhl besitze.

**Feuerbericht.** Sechs größere Brände hatte die Feuerwehr gestern (Dienstag) zu bekämpfen, wovon allein vier mit zwei Dampfkraftmaschinen auf Moabit erloschen. Früh 8 Uhr brannte Bredowstr. 16/17 ein Dachstuhl. Zwei Schlauchleitungen gaben fast eine Stunde Wasser, bevor die Flammen erstickt waren. Kurz nach 11 Uhr erfolgte Alarm nach Havelbergstr. 17, wo der Dachstuhl des neuen flussdichten Gebäudes bei Ankunft des 15. Böschungszuges einen großen Brandherd aufwies, sodaß die Züge 16, 14 und 16 als Verstärkungen herangezogen werden mußten. Um bei der beträchtlichen Höhe des Brandherdes den Wasserdruck zu verhärfen, wurde eine Dampfspritze mit zwei Druckspritzen verbunden. Ueber eine Stunde hatten vier Rohre Wasser zu geben, bevor das Feuer zum Stehen gebracht werden konnte. Der Dachstuhl ist vollständig eingestürzt. Während man noch mit dem Ablöschen beschäftigt war, erfolgte wiederholter Alarm nach Brücken-Allee 36. Der sofort abrückende Löschzug fand einen Kellerbrand vor, den er mit einem Rohre beseitigte. Nachmittags 4 Uhr kam Perlebergerstr. 5 ein Bodenbrand auf, der verschiedene Körbe und Kisten mit Inhalt zerstörte, aber noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. Ein schwerer Kellerbrand, bei dem Menschenleben in Gefahr waren, ereignete sich nachmittags 5 1/2 Uhr in der Herthastr. 13. Hier waren Stroh und Bretterverschläge in Brand gerathen, der nicht nur den Keller, sondern den anstehenden Treppenaufgang nach den oberen Stockwerken detart verqualmte, daß ein Vordringen ausgeschlossen schien und die Hausbewohner in großer Gefahr schwebten. Ihre Angst kam denn auch in lauten Hilferufen zum Ausdruck. Die erste Aufgabe der alarmirten Feuerwehr war denn auch, einen Weitergang herzustellen, auf dem verschiedene Feuer-männer bis in die obersten Etagen kletterten, um die Bewohner zu beruhigen. Der Brandherd konnte nur unter Anwendung des Rauchhelms erreicht werden, worauf man auch bald Herr des Feuers wurde. Abends 5 1/2 Uhr erfolgte endlich noch ein Alarm nach Schauffeestr. 54. Hier brannte ein Manufakturwaaren-Laden fast vollständig aus.

Mit Rücksicht auf die häufigen Dachstuhlbrände in Moabit, die seit einigen Tagen wieder zu verzeichnen sind, ist die Reserve-Dampfspritze seit Dienstag wieder nach Moabit verlegt.

**Die Direction der Projektions-Vorträge** über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stodmer, altes Urania-Theater, am Veitstr. 10) theilt uns mit, daß heute Abend 8 Uhr zum ersten Male: „Eine Wanderung durch das alte Pompeji“, von Dr. Alfred Köppen gegeben wird. Die malerische Bühnenbild mit ihren farbenprächtigen Bauwerken, Statuen und Gemälden nach naturgetreuen photographischen Aufnahmen werden, zumal in der Wiedergabe farbiger Lichtbilder, hochinteressant sein.

**Theater.** Im Schiller-Theater geht heute zur Feier von Schiller's Geburtstag „Wallenstein's Tod“ zum ersten Mal in Szene. Die im Wochenheftplan für Sonnabend angekündigte erste Aufführung von „Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“ findet übermorgen, Freitag, statt. — Da anderweitige kontraktliche Verbindlichkeiten die Direction des Strand-Theaters zwingen, die Aufführungen von „Am Altar“ abzugeben, so findet heute die vorletzte und Freitag die letzte Vorstellung von dem Schauspieler statt. — Der Gründer der Illusion „Das kommende Räthsel“ im Reichshallen-Theater, Herr Pietro Bianchi, feiert am Freitag, den 12. November d. J. sein 15-jähriges Künstler-Jubiläum. Aus diesem Anlaß hat die Direction dem Genannten für diesen Tag ein Benefiz bestimmt.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Lehrerbefordrungsfrage** ist auch in Charlottenburg noch nicht endgiltig erledigt. Ueber die von den dortigen hiesigen Körperschaften im März d. J. festgesetzte Befordrungsordnung hatten die Gemeindefachlehrer der Stadt in mehreren Petitionen an die Regierung ihrer völligen Unzufriedenheit Ausdruck gegeben. Die Regierung bestätigte denn auch im Juli d. J. die Befordrungsordnung nur mit Vorbehalt und erbob besonders Einwendungen gegen die allen niedrigen Miethsentschädigungen und die geringe Befoldung der einstweilig angestellten Lehrerinnen. Infolge dessen sah sich der Charlottenburger Magistrat genöthigt, eine Umarbeitung der Befoldungsordnung vorzunehmen und erhöhte nunmehr die Miethsentschädigung für verheiratete Lehrer von 400 auf 450 Mark, kürzte dagegen die Miethsentschädigung für unverheiratete Lehrer um 100 M., was nach dem neuen Lehrerbefordrungs-Gesetz zulässig ist. Weitere Änderungen wurden jedoch an der Befoldungsordnung nicht vorgenommen, weshalb sich die Unzufriedenheit in den dortigen Lehrerkreisen nun bis zur heftigsten Erbitterung gesteigert hat.

**Abermals ein Opfer der Prügelpädagogik?** In Charlottenburg ist die Leiche des 12-jährigen Schulknaben Max Giese, dessen Eltern in der Taubenstr. 23 wohnen, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden, weil wie gemeldet wird, der Polizeidirektion Anzeige gemacht sein soll, daß der Tod des Knaben infolge von Mißhandlung durch einen Lehrer eingetreten sei.

**Im Walde ausgeschossen** wurde am Montag im Wiesenthaler Forst der Handelsmann Virsch aus Berlin, der sich auf dem Wege nach dem Bahnhof Wiesenthal befand, und, um den Weg abzukürzen, den Forst quer durchschritt. V. geriet in die Schußlinie eines Jägers, der gerade eine Schrotpatrone nach einem Hasen absenkte, und wurde am Oberbauch erheblich verletzt. Der Verwundete wurde zunächst nach Wiesenthal gebracht, wo ihm ärztliche Hilfe zu Theil wurde, und sodann nach Berlin befördert. Der Jäger, einen hiesigen Bäckermeister, der mit verschiedenen Bekannten die Jagd eines befreundeten Pächters besucht hatte, trifft an dem Unfall keine Schuld.

**Die Erbauung einer dritten hiesigen Gaskanal bei dem Gaskanal 11 an der Gasse hat vorgestern der Magistrat von Charlottenburg beschlossen.**

**Die früheren Bureau-Büroarbeiter** der Charlottenburger Gemeindeverwaltung, welche, glücklicher als ihre Berliner Kollegen, als Bureauangestellten jüngst Gemeindebeamte geworden sind, haben einen Verein zur weiteren Verbesserung ihrer Lage gegründet.

**In erschrecken** versuchte sich am Montag Abend der Königl. Kammermusiker Grütner. Er bewohnte in Charlottenburg, Pestalozzi-Str. 64, ein möblirtes Zimmer, in welchem er aus noch nicht bekannt gewordenen Gründen die That beging. Er wurde in das Charlottenburger hiesige Krankenhaus gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

**Ein Patriot.** Ein mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse decorirter Mann hatte vor mehreren Jahren in der Königl. Munitionsfabrik zu Spandau Beschäftigung als Magazinarbeiter gefunden; er wies Papiere auf den Namen Niels lautend auf und niemand zweifelte daran, daß er ein alter Krieger aus dem Feldzuge 1870/71 war, der sich besonders dabei hervorgethan. Er war etwas leidend, wie er sagte, infolge der im Kriege ausgehenden Strapazen, und die Vorgesetzten in der Fabrik waren Willens, ihm einen leichteren Posten zu geben. Bevor es hierzu kam, sollte er, da es sich um eine Art Vertrauensstellung handelte, seine sämtlichen Militärpapiere und die Nachweise über den rechtmäßigen Besitz der Orden einreichen. Dies verzögerte sich aber in auffälliger Weise. Inzwischen war auch die Polizei auf den „alten Krieger“ aufmerksam geworden. Derselbe wohnte in einem benachbarten Dorf und hatte, um sich zu verheirathen, sein Aufgebot unter dem Namen Schröder angemeldet. Ermittlungen ergaben, daß der Mann kein Recht hatte, die erwähnten Kriegsauszeichnungen zu tragen, denn er war überhaupt nicht Soldat gewesen. Der verdächtige Mensch ist am Sonntag verhaftet worden.

### Gerichts-Beilage.

**Zum Prozeß Blumreich,** der erst in später Nachtstunde beendet wurde, tragen wir aus der Urtheilsbegründung noch folgendes nach. In einem Schuldgespräch — so führte der Vorsitzende aus — mußte der Gerichtshof gelangen, einerseits, weil der Zeuge Kaufmann einen Irrthum in seinen Bekundungen für ausgeschlossen erklärte, andererseits aber wegen der Aussagen der Herren Sehring und dessen Vertreter Wichmann. Wenn nun zwar der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Vergehungen — bis auf den Verdrüßlichen Fall, in welchem weder eine Unterschlagung, noch eine Untreue festgestellt werden konnte — für schuldig befunden werden mußte, so habe das Gericht doch zur Evidenz festgestellt, daß ihn in keinem Stadium seiner Wirksamkeit gewinnfuchtige oder gar ehrlose Absichten geleitet, daß er vielmehr lediglich um idealer Zwecke willen mit dem Gesell in Konflikt gekommen sei. Deshalb habe der Gerichtshof auch mildernde Umstände im weitgehendsten Maße gelten lassen. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein hat bereits die Revision gegen das Urtheil der Strafkammer angemeldet.

**Eine Revolveraffäre,** bei der ein junger Mann das Leben einbüßte, beschaltigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Der Arbeiter Wilhelm Ehler war der schweren Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange beschuldigt. Der Angeklagte hatte in der Hause Prinz Eugenstraße die Stelle eines Biegehilfs. Er hatte die zu ebener Erde gelegene Wohnung inne. In demselben Hause wohnte auch die Wittve Lange, deren beide 17-jährige Söhne Wilhelm und Karl Lange mehrfach Anheftungen im Hause verübten. Ehler führte hierüber Beschwerde beim Hauswirth, welcher der Wittve Lange mit Kündigung drohte, falls sie ihre Söhne nicht zur Ordnung anhalten würde. Seit dieser Zeit herrschte zwischen den Brüdern Lange und dem Biegehilf Ehler ein gespanntes Verhältnis, welches beim Zusammenreffen durch Wortfreit und Schimpereien zum Ausdruck kam. Am Abend des 9. Juni hatte Karl Lange seinen Geburtstag gefeiert, in angetrunkenem Zustande lehrte er nachts gegen 1 Uhr nach Hause zurück. Der Angeklagte machte über die nun folgenden Geschehnisse folgende Angaben. Er sei durch einen starken Lärm auf dem Hausflur aus dem Schlafe geweckt worden und aufgestanden, um die Lampe anzuzünden und den Arbeiter des Flurs hinauszutreiben. Er habe am Abend desselben Tages den Flurfließboden mit Oelfarbe gestrichen und einen kleinen Rohweg durch Bretter hergestellt, welche in der Mitte des Flurs lagen und bis zur Treppe führten. Der Angeklagte will gesehen haben, daß Karl Lange eines der Bretter aufgehoben hatte und es mit lautem Krach wieder auf den Boden warf, wobei er auf dem frischen Anstrich unbetrat. Er habe ihm über dieses Verhalten Vorstellungen gemacht und ihn zur Ruhe ermahnt. Lange habe ihn mit Schimpfworten und Drohungen überschüttet, weshalb er es vorgezogen habe, seine Wohnung zu schließen und den Värmenden sich selbst zu überlassen. Er sei kaum wieder eingeschlossen gewesen, als der Lärm sich in verhärfter Weise erneuerte. Er hat geglaubt, mehrere Stimmen zu vernehmen und es deshalb für rathsam gehalten, seinen Revolver hervorzuholen und denselben mit einer Kugel zu laden. Er will nur beobachtet haben, etwaige Angreifer damit einzuschüchtern. Als er sich, wieder mit der Lampe in der Linken, auf den Flur hinausbegab, habe er sich dem Karl Lange gegenüber befunden. Dieser sei sofort mit einem geöffneten Messer in der hochgehobenen Rechten auf ihn eingedrungen und habe mehrere Male nach ihm geschlagen. Nur durch ein jedesmaliges schnelles Zurückweichen habe er sich vor dem Getroffenenweiden schützen können. Er habe dabei den Revolver empor gehalten und gerufen: „Das Messer weg oder ich schieße!“ Lange habe sich dadurch aber nicht einschüchtern lassen, sondern sei fortgefahren, auf ihn einzudringen. In diesem Augenblick habe seine, des Angeklagten, Gattin, die hinter ihm stand und besürchtete, daß er schießen würde, ihn am Ellenbogen gepackt. Durch den plötzlichen Ruck sei der Schuß losgegangen und Lange getroffen worden. Der Verwundete sei auf den Flur geblieben und habe sich noch oben begeben. Der Angeklagte sei wieder in seine Wohnung gegangen, habe sich angezogen und nach der Polizei begeben, um von dem Vorfall Anzeige zu machen. Lange ist noch in derselben Nacht im Krankenhause, wovon man ihn hatte bringen müssen, verstorben. Die Kugel war ihm in die rechte Seite des Halses gedrungen und in der linken Schulter sitzen geblieben. Durch Bluterguß in die Lunge sei Erstickung eingetreten. Die Darstellung des Angeklagten von dem Vorfall steht in tristem Widerspruch zu den Aussagen einer Anzahl Zeugen. Diese haben den Geburtstag mit dem Verstorbenen gefeiert und ihn nach Hause gebracht. Vor der Thür hätten sie ihn verlassen. Sie seien etwa 150 Schritte entfernt gewesen, als sie das Klirren einer zerbrochenen Scheibe hörten. Sie seien zurückgeeil und hätten gesehen, daß Lange sich gegen die Hausflur stemmte, welche von einem Innensitzenden zugehalten wurde. Die Thürschwelle hatte Lange dabei mit dem Ellenbogen eingedrückt. Er hatte den Widerstand des Innensitzenden soweit gebrochen, daß er einen Theil des Oberkörpers durch den Spalt zwängen konnte. In diesem Augenblick fiel der Schuß. Die Zeugen sahen, daß Ehler sich darauf schnell in seine Wohnung zurückzog. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Darstellung der Beschuldigten einen weit größeren Grad von Glaubwürdigkeit für sich habe als die des Angeklagten. Er beantragte, die Schuldfrage im Sinne der Anklage zu bejahen und dem vielfach Vorbestraften mildernde Umstände zu versagen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Moller, plaidirte für Freisprechung mit der Begründung, daß der Angeklagte sich im Zustande der Nothwehr befunden habe. Schlimmstenfalls liege nur eine Fahrlässigkeit vor.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange unter Zuhilfenahme von mildernden Umständen schuldig, worauf der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren beantragte. Das Urtheil lautete auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, wovon 2 Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

**Wegen verweigerter Eidesleistung** verhaftet wurde in der letzten Sitzung des Schöffengerichts zu Strausberg der Hausvater der dortigen Herberge zur Heilmath, Albert Wagner. Derselbe hatte gegen einen aus der Wanderschaft befindlichen Tischlergesellen, der sich in der Herberge ungebührlich benahm, und diese auf erfolgte Aufforderung nicht verließ, Straf-

antrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. In dem dieserhalb anberaumten Termin, zu welchem Wagner als Zeuge geladen war, weigerte er sich nun trotz der eindringlichen Ermahnungen und Vorhaltungen des Vorhaltenden, den vorgeschriebenen Zeugeneid zu leisten und zwar erklärte er, er könne es mit seinem Gott und seinem Gewissen nicht verantworten, wegen einer solchen geringfügigen Sache einen Eid zu leisten. Infolge dessen wurde gemäß § 69 der Strafprozeß-Ordnung seine sofortige Verhaftung angeordnet.

### Versammlungen.

**Der Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hatte am Montag eine Mitgliederversammlung bei Stabernad, Inselstraße, einberufen, in der Genosse Dr. Bernstein einen interessanten Vortrag über die Berechtigung des Sozialismus und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung hielt. Hierauf erfolgte die Besanung des Wahlergebnisses, der sich eine Debatte über das Wahlsystem mit seinen reaktionären Bestimmungen und über das hieraus resultirende Ergebnis der Wahlen anschloß. Von einigen Rednern wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Agitation nicht genügend entfaltet worden sei, während andererseits auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die sich bei der Agitation im ganzen ersten Wahlkreise durch die eigenartige Zusammensetzung der hier in betracht kommenden Wähler geltend machen. Abgesehen davon, daß in diesem Kreise die Bourgeoisie ihren Sitz aufgeschlagen und die für die Sozialdemokratie einst in betracht kommenden Wähler in dem Stadtheil der Paläste, Hotels, Bankhäuser u. s. w. nur sehr schwer aufzufinden sind, um auf sie agitatorisch einzuwirken, kommt noch hinzu, daß sich eine sehr große Anzahl dieser Personen in einem Abhängigkeitsverhältnis befinden, das jedes selbständige Handeln, insbesondere jede öffentliche, freirechtliche Meinung ausschließt. Nach einer recht interessanten Debatte, wurde auch das Vorgehen der bürgerlichen Parteien, die trotz aller Sonderbestrebungen Hand in Hand gehen und sofort den Bruderzwist beenden, wenn es gilt, die Arbeiterklasse niederzuhalten, in treffender Weise gekennzeichnet. Im weiteren wurde auf die Reichstagswahlen hingewiesen, die nach all den Vorkommnissen der Sozialdemokratie außerordentliche Erfolge versprechen, aber auch die Theilnahme aller Gewissen schon an den Vorbereitungen hierzu erfordert. Nachdem noch mehrmals zum Anschluß an den Wahlverein, zur Theilnahme an der Flugblattverbreitung, die man nicht immer einzelnen Parteigenossen überlassen soll, und zur regen Agitation überhaupt aufgefordert worden war, wurde noch zum Schluß auf das am 27. d. M. in den „Kaminhallen“ stattfindende Familienfrühchen hingewiesen und zum zahlreichem Besuch eingeladen.

**Der Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis** hielt am Montag eine Versammlung ab. Genosse Brunz, der das Referat übernommen hatte, war nicht erschienen, es wurde daher nur das Resultat der Stadtverordneten-Wahlen verkündet. Am Schluß machte der Vorsitzende Sassenbach auf das am Sonnabend stattfindende erste Stiftungsfest des Vereins aufmerksam und ersuchte um rege Theilnahme an demselben. Ferner wies er auf die eben Sonntag Hofenthalerstraße 11/12 abgehaltenen geselligen Zusammenkünfte hin, deren zahlreicher Besuch gleichfalls erwünscht ist.

**Die öffentliche Kommunalwähler-Versammlung,** die am Montag bei Hensel, Invalidenstr. 230, tagte, beauftragte das bestehende Wahlkomitee für den 34. Kommunal-Wahlbezirk mit den weiteren Arbeiten für die Stichwahlen, die in diesem Bezirk sich nachwendig machen. Die Komiteemitglieder sind: Czichowski, Gartenstr. 44; Hoppe, Alsterstr. 145; Marten, Alsterstr. 123; Meyer, Alsterstr. 34.

**In einer öffentlichen Versammlung** der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 8. November in Marten's Lokal in der Friedrichstr. 230 tagte, referirte Genosse Wagner unter lebhaftem Beifall der Versammelten über „Industrielle Entwicklung“ im allgemeinen und speziell in der Schuhindustrie, wobei er zugleich das Lehrlingswesen beim rüstständigen Kleinmeister kritisirte und zur Bekämpfung dieser und vieler anderer Mißstände strikten Zusammenschluß in der Organisation empfahl. Den Thätigkeits- und Rechenschaftsbericht der Agitationskommission über das verfloßene Geschäftsjahr gab Hamacher. Ueber die agitatorische Thätigkeit der Kommission ließe sich neues nicht viel berichten, da darüber laufend in den öffentlichen Versammlungen gesprochen wurde. Die Klassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Die Gesamt-Jahreseinnahme einschließlich 46 M. Bestand betrug 785,25 M. gegenüber einer Ausgabe von 533,40 M., mithin bleiben 251,85 M. Bestand für das nächste Geschäftsjahr. Dem Kassirer wurden 2 pCt. Mantelgelber von der Gesamteinnahme zugespochen, auf Antrag der Revisoren wurde er entlassen. Nachdem wiederum eine siebengliedrige Agitationskommission gewählt worden, bestimmte die Versammlung einstimmig, von dem vorbandenen Bestand 100 M. den englischen Maschinenbauern zu übermitteln. In die Gewerkschaftskommission wurde als Vertreter Hamacher delegirt. Hierauf wurde bekannt gegeben, daß am 22. d. Mts. bei Genosse Stein die Neuwahl des Gesellenausschusses stattfinden; da viel daran liege, zielbewußte Leute dort hinein zu bekommen, seien alle bei Innungsgewerkschaften Beschäftigten verpflichtet, in der Versammlung anzuwelen zu sein. Dieser Versammlung eine halbe Stunde voraus gehe eine Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse, die dadurch notwendig wurde, daß die Innung eigenmächtig zwei Paragraphen abänderte. Das ohne Hinzuziehung der Arbeitervertreter veränderte Statut wurde aus diesem Grunde vom Magistrat nicht genehmigt. Nachdem darüber Klage geführt war, daß bei Freisprecher allsonntäglich gearbeitet werde, trat Schluß der Versammlung ein.

**Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Filiale Berlin II,** hielt am Sonntag, den 7. November seine regelmäßige Mitgliederversammlung in der Reuthstr. 20 bei Cohn ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom dritten Quartal, machte der Kassirer folgendes bekannt: Die neuen Aufnahmen betragen in diesem Quartal 673, der Kassenbestand vom zweiten Quartal betrug 150,16 M., Einnahme vom dritten Quartal 4058 M., ergibt die Summe von 4208,16 M.; demgegenüber steht eine Ausgabe von 3957,30 M., verbleibt ein Bestand von 250,86 M. Die Abrechnung vom Monat Oktober ergab 152 Aufnahmen, eine Einnahme von 1325 M., Bestand vom dritten Quartal 250,86 M., ergibt die Summe von 1575,86 M.; eine Ausgabe von 1252,40 M., verbleibt ein Bestand von 323,46 M. Der frühere Hilfskassirer vom Wedding, Friß Mewz, wurde einstimmig aus der Organisation ausgeschlossen. Dem Kassirer wurde einstimmig der Charge ertheilt. Silberfchmidt stellte dann einen Antrag, dahingehend, daß der Vorstand beauftragt wird, die Hilfskassirer jeden Monat durch ein Mitglied des Vorstandes zu kontrolliren, welcher auch angenommen wurde. Ebenfalls sollte Kollege Häbner einen Antrag, der dahin ging, daß ein Hilfskassirer nicht die Stelle eines Vortragssammlers bekleiden darf, da er sich sonst mit den Geldern gegenseitig ausbilden kann; derselbe wurde ebenfalls angenommen. Als Schriftführer wurde sodann Winkel und als Hilfskassirer für Wedding Pasche gewählt. Ausgeschlossen wurden wegen Vergehens gegen das Statut: Gutschow, Koch, Walter und Kraus. Ins Vergütungskomitee wurden gewählt: Henkel, Kraus, Funf, Seefeld, Linke, Hoffmann, Strauß, Gimpel und Peltzerhof.

**Die Glaser** hielten am Sonnabend eine öffentliche Versammlung ab, wo der Verhandlungs-Vorsitzende Groll-Wiesbaden in einem zweistündigen Vortrage den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation darlegte und den Zentralverband als die für das Glasergewerbe zweckmäßigste Organisation bezeichnete. Silberfchmidt machte die Beschlüsse der Versammlung bekannt, welche der Referent der Lokalorganisation angeheben ließ, entgegen. Die

Stundenlange Debatte drehte sich vorwiegend um Vorkommnisse in der Bleisergewerkschaft, um den Gegensatz zwischen Zentral- und Lokalorganisation.

Der Verband der Töpfer hielt am 2. November seine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des kürzlich verstorbenen Mitgliedes Hildebrand in der üblichen Weise. Nach einem Vortrage des Herrn Dr. Joel giebt der Kassierer den Kassensbericht über das 8. Quartal. Einnahme und Ausgabe balanciren auf 980,01 M. Von den Ausgaben wurden 558 M. an die Zentralkasse abgeführt. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 700. Dem Kassierer wird Becharge erteilt. — Nach einer langen Diskussion über die derzeitigen Arbeitsverhältnisse nimmt die Versammlung eine Resolution an, durch welche sich die Anwesenden verpflichten, mit Energie für die Stärkung der Organisation einzutreten, damit bei günstiger Konjunktur im nächsten Frühjahr eine Lohnbewegung eingeleitet und durchgeführt werden kann. Der Vorstand wird beauftragt, die nötigen Vorbereitungen dazu zu treffen. Die Anwesenden verpflichten sich ferner, den Vorstand in jeder Hinsicht thätig zu unterstützen und zwar hauptsächlich durch guten Besuch der stattfindenden Versammlungen, durch regelmäßige Beitragsleistungen u. s. w.

Der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin) hielt am 4. d. M. seine Mitglieder-Versammlung ab. Herr W. Hoffmann hielt einen Vortrag über: „Modernes Raubritterthum.“ Hierauf giebt Wille den Geschäfts- und Kassensbericht pro III. Quartal. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli cr. 199; ausgenommen 7 = 200 Mitglieder. Ausgetreten sind 12 und ausgeschlossen wurden 31, sodas 156 verbleiben. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 78,86 M., die Ausgabe 19,72 M., Ueberschuß 57,14 M., die Einnahme der Zentralkasse 166 M., die Ausgabe 19,88 M., Ueberschuß 146,12 M., hierzu kommt der Ueberschuß der Lokalkasse, sodas im ganzen 203,31 M. an die Zentralkasse abgeführt werden konnten. Als Erfahrungsfragen wurden gewählt: Casper, Frommold und Wasser; zum Vergütungskomitee Conrad, Derodder, Ebersbach, Frommold II und Ohse II. Unter Verschiedenem wurde auf die am 10. d. M. stattfindende Generalversammlung der Anwaltskassen aufmerksam gemacht und um rege Theilnahme ersucht. Zu Vorstandsmitgliedern wurden Bauer und Wilde, zur Revisionskommission Ohse II, Casper und Wasser in Vorschlag gebracht.

In der Oktoberversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter (Zentrale Berlin) wurden zunächst die Quartals-Kassensberichte erstattet. 1. Vereinskasse: Einnahmen und Ausgaben (unter letzteren 674,10 M. an die Hauptkasse) 1476,35 M., Mitgliederbestand 648. 2. Mainarten: Einnahmen 202,75 M., Ausgaben 98 M., Bestand 104,75 M. 3. Sommerfest: Einnahme 260,60 M., Ausgabe 259,40 M. 4. Arbeitslohn-Unterstützungskasse: Vortrag 470,55 M., Beiträge 189,15 M., Ausgabe 67,75 M., Bestand 592,25 M. Auf Antrag der Revisoren wurde den Kassieren Entlohnung erteilt. — Danach hielt Tischendorf einen Vortrag über den internationalen Arbeiterschuttskongress in Zürich, dem derselbe persönlich beigewohnt hat. Der Vorsitzende Schöpke machte nun noch Mittheilungen über vorgekommene Differenzen bei der Firma Enderweit, wo etliche Kollegen die Arbeit ohne vorherige Berathung mit der Verwaltung eingestellt hatten. Unter denselben war nur ein Kollege organisiert; derselbe verlangte die Anerkennung der Arbeitsniederlegung, welche jedoch von der Verwaltung und der Versammlung verweigert wurde. Schließlich ersuchte der Vorsitzende, ihm den Aufenthalt des Kollegen Bödig mittheilen zu wollen.

In der Parteiversammlung für Treptow-Baumhauerschule wurde der Bericht des Vertrauensmannes gegeben. Nach demselben betragen die Einnahmen 289,30 M. und die Ausgaben 203,95 M., mithin bleibt ein Ueberschuß von 85,35 M. Von den Ausgaben wurden 86,20 M. für Agitation verwendet und 143,60 M. an den Kreis abgeliefert. Es fanden statt im Laufe des Jahres: 1 Agitationstour, 4 Flugblattvertheilungen, 4 öffentliche Versammlungen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug 1896 63, 1897 72. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig und wurde daraufhin der Vertrauensmann entlassen. Zum Vertrauensmann wurde Ulrich wiedergewählt. Es wurden ferner gewählt: Als Delegirte zur Kreisversammlung: Ulrich, Pietsch und Krohne; zur Lokalkommission: Beutler, Gumbach und Wollschläger; zur Zeitungskommission: Krebs, Bär und Wollschläger. Beim Bericht der Lokalkommission erwähnt Pietsch die Parteigenossen, das eine Lokal von Speer, welches für die Arbeiter nur allein noch gesperrt ist, auch streng zu meiden. Alsdann gab Eberhardt einen kurzen Bericht über die Verhandlungen vom Hamburger Parteitag, welchem eine kurze Diskussion folgte.

Arbeiter-Gewerkschaften. In der 10. d. M. Mittwochs: Nationalitäten-Gewerkschaft der Nationalitäten; Dr. Conr. Schmid; Tenneson; Geschichte (die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen); Dr. Georg Seppeler; Preußen; Gewerkschaften (Arbeitsvertrag, die sozialpolitische Organisation, Erwerbslos, gewerbliches Konjunktionswesen, Ueberrecht, Mietrecht, Erb- und Vormundschaftsrecht, öffentliches Recht; Rechtsanwaltschaft Wolfgang Heine). Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Antritt (10 Uebende) 1 M. pro Jahr. 25 Uebende werden aufgenommen in der Schule und in folg. Stellen: Wollsch. Schulz, Schulz, 20; Reud, Bornstr. 43; Schiller, Hofenholzerstr. 27; Götter, Wollsch. 20; Faust Wäde, Montesselfstr. 129; G. König, Tiefenbühlstr. 20. Wie Aufstellungen sind an den Vorständen: Wäde, 1. SO, Montesselfstr. 128, Wollschungen an den Kassieren: G. König, S. Tiefenbühlstr. 20, zu lesen.

### Soziales.

**Unternehmergewinne.** Welch reicher Goldregen fortgesetzt in die Taschen der glücklichen Aktionäre fließt und ihnen als Lohn für ihr früheres Nichtstun die Früchte vom Fleiß der Arbeiter zuführt, zeigt folgende Blüthenlese aus neueren Geschäftsberichten von Aktiengesellschaften. Da sind zunächst eine Anzahl von Brauereien, die ganz hübsche Dividenden abwerfen, nämlich „Schwarz“ in Speyer mit 7 pCt., „Schärdel“ und „Kleinlein“, beide in Heidelberg mit je 8 pCt., „Rheinheimer Aktien-Brauerei“ und „Durlacher Hof“ mit je 10 pCt., die „Brauerei Eichbaum“ mit 12 pCt. und die „Klosterbrauerei Haderhof“ bei Halberstadt mit 17 pCt. Eine Dividende von 9 pCt. vertheilte die „Deutsche Verlagsgesellschaft“. Die „Chemischen Fabriken Harburg, „Stahlfabrik“ klagen über ein schlechtes Geschäftsjahr, trotzdem konnten sie ihren Aktionären 8 pCt. in den Schooß werfen. Eine ebenso hohe Dividende zahlte der „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“. Derselbe verwandte aber von dem erzielten Ueberschuß in Höhe von annähernd 4 1/2 Millionen Mark mehr als 2 Millionen für Abschreibungen, so daß also nur etwas über die Hälfte des Gewinnes als Dividende zur Vertheilung kam. Die „Chemische Papierfabrik“ in Eintracht zahlte 9 pCt. Eine Dividende von 10 pCt. zahlten: Der „Siegen-Solinger Gießerei-Aktien-Verein“, die „Vereinigte Königs- und Laurabütte“, die „Diabsteinbrüche“ bei Neuwert a. S., die „Kumulatorenfabrik Aktiengesellschaft“ in Berlin, die Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie „Archemedes“ in Breslau, die „Scheidendorfer Porzellanmanufaktur vormalig Gebr. Vogel“, die „Zuchfabrik Lörrach“, das „Salzwerk Heilbrunn“, die „Königsberger Pferde-Eisenbahn“ und die „Vereinigte Zinkfabriken“ in Nürnberg, die sich bekanntlich fräuden, ihr Material, durch welches nicht selten Mißbrand, und andere Krankheiten auf die Arbeiter übertragen werden, einer gründlichen Desinfektion zu unterziehen und zwar mit Rücksicht auf die Kosten, die die Industrie nicht tragen könne. Die bekannte „Wölbberger Mühle“ zahlte 11 1/2 pCt. und die „Wittener Dampf- mühle“ zu Witten a. d. Ruhr 12 pCt. Dividende. Einen Gewinn von der gleichen Höhe konnten die Aktionäre der „Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft“ und der „Wittener Bergwerke und Hütten“ einstecken. Der „Schweizer Bergwerksverein“ warf 14 pCt. Dividende ab, während die Arbeiter dieses Betriebes unter Tage mit 3,50 M., über Tage mit 2,80 M. entlohnt werden. Ein recht gutes Geschäft macht auch die „Pfälzische Bank“ in Ludwigshafen, die 14 1/2 pCt. zahlte. Dividenden von 15 pCt. vertheilten: die „Sächsische Webstuhlfabrik“ in Chemnitz, die „Stahlwerke zu Weidrich“ bei Müritz und die „Braunschweigische Aktiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie“. Mit einer Dividende von 16 pCt. wurden die Aktionäre der „Deutschen Spinnfabrik“ zu Lindenau beglückt. Die „Sächsische Oen- und Chamottewarenfabrik vorm. Ernst Leichter“ in Eßlin giebt gelegentlich ihres Jubiläums bekannt, daß sie während der 25 Jahre ihres Bestehens durchschnittlich 16 1/2 pCt. vertheilt hat. Die „Sächsische Zementfabrik“ in Dresden zahlte 18 pCt. und die „Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-Aktiengesellschaft“, sowie die „Hannoversche Portland-Zementfabrik“ sogar 20 pCt. Dividende. Aber diese horrenden Geschäftsgewinne sind noch nicht die höchsten. Es giebt einige Gesellschaften, aus deren Kassen sich der Goldregen geradezu in Strömen in die Taschen der Aktionäre ergießt. Die „Maschinenfabrik Augsburg“ konnte 23 1/2 pCt. vertheilen; die „Königsberger Papierfabrik“ erzielte bei einem Aktienkapital von 1350 000 Mark einen Bruttogewinn von 638 908 Mark, also nahezu 47 pCt. des 2 1/2 pCt. Kapital. Als Dividende kamen 24 pCt. zur Vertheilung. Die „Vereinigte Gummiwaren-Fabrik“ in Harburg zahlte 29 pCt. Die Aktionäre des Eisenwerkes „Maximilianshütte“ in Bodenberg konnten 35 pCt. einstecken und die „Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft“ warf den statlichen Profit in Gestalt einer Dividende von 80 pCt. ab. Das heißt ein Geschäft! Die Arbeiter, die diese fetten Dividenden erarbeiten, sind nach Ansicht der „Berren“ natürlich unzufrieden, begehrlische Gesellen, wenn sie eine höhere Bezahlung, längere Arbeitszeit, überhaupt Verbesserung ihrer Lage verlangen!

**Ueber das Frauen- und Familienrecht auf der Insel Manru,** die zu den unter deutscher Verwaltung stehenden Marshall-Inseln gehört, macht der dortige Bezirksamts-Vorsteher Jung interessante Mittheilungen. Die zur polynesischen Rasse gehörende Bevölkerung dieser Insel räumt der Frau fast in allen verwandtschaftlichen, erb- und besitzrechtlichen Fragen eine vor dem Manne bevorzugte Stellung ein. Die Bevölkerung ist kreuz in zehn Stämme eingetheilt, wobei Ehen zwischen Angehörigen desselben Stammes als schweres Vergehen gegen das Gesetz der Blutsverwandtschaft angesehen werden. Kommen dennoch solche Ehen zu Stande, so werden die denselben entstehenden Kinder männlichen Geschlechts getödtet. Nach dem gleichen Grundsatz gilt die Geburt von Zwillingen verschiedenen Geschlechts als ein Unglück, da sich solche nach der Volksgeschauung schon vor der Geburt vererblichen; man tödtet deshalb den männlichen Zwilling, worauf der weibliche Zwilling von dem vermeintlichen Vergehen entfährt ist. In der Erbfolge nehmen die Kinder stets die Stammezugehörigkeit der Mutter an. Zwischen den Eheleuten herrscht Gütergemeinschaft; aber nach dem Tode des Mannes erbt die Frau das gesamte Vermögen, ohne vor ihrem Tode den Kindern etwas antzuleihen zu müssen, während beim Tode der Frau deren bewegliche Habe sowie ihre Schmuckgegenstände sofort an die Töchter übergehen, oder wenn solche nicht vorhanden sind, vergraben oder feierlich ins Meer geworfen werden müssen. Eine Schwierigkeit entsteht nun aber durch dieses Frauenrecht hinsichtlich der Erbfolge in der Hauptlingswürde. Um diese dem einzelnen Stamme zu erhalten, ist dem Hauptling die

Berechtigung mit einer Frau desselben Stammes vorgeschrieben; da aber auch der Sohn des Hauptlings nicht erbberichtig ist, so geht die Hauptlingswürde an den Enkel über, bis zu dessen Großjährigkeit nötigenfalls dessen Mutter die Stellvertretung ausübt. — Keltische Reisende berichten von einer unter den Stämmen jener Inseln fortlebenden Ueberlieferung, wonach vor vielen Jahrhunderten dort eine mächtige Königin herrschte, die von einem fremden Weisen Gesehe zur Beseitigung der Frauenstlaverei und der Vielweiberei habe anstellen lassen. —

**Deutscher Mädchenhandel im Orient.** Die Frauengruppe des deutschen Turnvereins Teutonia in Konstantinopel verlangt von der deutschen Regierung wirksamere Maßregeln zur Verhinderung des deutschen Mädchenhandels im Orient. Die in dem deutschen Auswanderungsgesetze erlassene Strafbestimmung gegen die Mädchenhändler habe bis jetzt noch keinerlei Einschränkung dieses schändlichen Gewerbes innerhalb des türkischen Reiches zur Folge gehabt. Unter den nach den Hafenplätzen des Orients verschleppten Mädchen seien die überwiegende Mehrheit Deutsche, theils aus Oesterreich, theils aus dem Deutschen Reich, und gerade in diesem Herbst, wo der deutsche Handel in der Türkei einen ganz ungewöhnlichen Aufschwung genommen habe, sei der Handel mit deutschen Mädchen im Orient in hohem Maße gestiegen. Die Mädchenhändler seien so schlau, sich nicht unmittelbar in die Gewalt der deutschen Behörden zu begeben; sondern sie würden die Mädchen von außerdeutschen Grenzstädten und Hafenplätzen aus an. Viele nach Smyrna, Beirut und Konstantinopel kommende deutsche Mädchen würden brieflich für angeblich gut bezahlte Stellen nach holländischen und belgischen Hafenstädten gelockt und von dort zu Schiff nach dem Orient befördert. Viele Mädchenhändler arbeiteten von russisch-Polen, Galizien und Rumänien aus, wo sie sich leicht den Schutz ihrer Ortsbehörden gegen etwaige Nachforschungen von deutscher Seite verschaffen könnten. Im Orient ständen die Inhaber öffentlicher Häuser überall mit einander in Verbindung; dadurch werde ein ständiger Austausch der Mädchen zwischen den einzelnen Städten ermöglicht und die Vermittler, die das ganze Getriebe geschäftsmäßig leiten, erzielten dadurch ganz bedeutende Gewinne. Das wirksamste Mittel gegen solchen Mädchenhandel erblickt man in der Begründung von deutschen Mädchenheimen und Rettungshäusern in den Hafenplätzen des Orients, wo die verlockten Mädchen Aufnahme und Schutz erhalten könnten. Würde man staatlicherseits einer für diesen Zweck zu bildenden Gesellschaft einige Geldmittel zur Verfügung stellen, so könnten der geeigneter Leitung solche Anstalten zugleich weibliche Industrieschulen werden, deren Errichtung man im Orient schon längst als ein dringendes Bedürfnis erkannt habe.

Das wirksamste Mittel gegen den Mädchenhandel ist bessere Bezahlung der weiblichen Arbeit, Förderung der beruflichen Organisation der Arbeiterinnen, Aufhebung der für unsere Zeit absolut nicht mehr passenden Gesinde-Ordnungen, kurz die soziale Hebung des weiblichen Geschlechts.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.  
Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr abends statt.  
E. M. 100. Wie sollen wir das wissen? Fragen Sie doch bei dem Herrn selber an.  
E. M. Der Betreffende kann nur den wirklichen Werth der Kaune erzieht verlangen. Den Anspruch auf Vergütung wollen Sie einlassen. — Reize. Das Erkenntnis ist zur gelegentlichen Berichtigung zu übergeben. In einer eingehenden Besprechung eignete es sich nicht. Es wird herabgesetzt und Ihnen dann zurückgeschickt werden. — E. M. 23. Sie müssen nur Ihren Gewürtschmerz und die Strafe - Urkunden Ihrer Eltern zwecks Trauung sich beschaffen. — E. M. 63. Einen Anspruch auf Stundung hat man nicht; man kann aber einen dahin gerichteten Antrag stellen.

### Witterungsübersicht vom 9. November 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm. rekurirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50° F. = 9° C.).
Swinemünde . . .	777	SW	—	bedeckt	4
Damberg . . .	777	OEO	2	wolkenlos	1
Berlin . . .	776	SW	—	Nebel	0
Miedebaden . . .	775	NO	2	bedeckt	1
München . . .	774	D	3	Nebel	-2
Wien . . .	773	WB	2	wolkenlos	-1
Bayreuth . . .	780	SW	—	wolfig	-2
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	786	S	4	Regen	13
Aberdeen . . .	771	SE	3	bedeckt	10
Paris . . .	770	NO	1	wolfig	8

**Wetter-Prognose für Mittwoch, 10. November 1897.**  
Ruhig, zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig und ein wenig kälter ohne wesentliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).  
Mittwoch, den 10. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rautenberg, Craniensstraße 180:

### Bezirks-Versammlung für Süden und Süd-Osten.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Koboldspitze“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände und Beschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Zimmerer. Achtung!

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Eingetragene Hilfskassa Nr. 2, Hamburg). Vertikale Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 11. November 1897, abends 8 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

In den Armnhallen, Rommandantenstraße 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1897. 2. Vortrag des Genossen Zähne über: Das Unfallversicherungsgesetz in der Praxis. 3. Berichterstattung des Bevollmächtigten Döring über während seiner Thätigkeit vollzogene Unfälle. 25/17  
Der Vorstand. S. A.: August Grube, Bornstr. 41a.

### Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

## Große öffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 13. November, abends 1/9 Uhr, in Feind's Salon, Weinstanke 11.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassensbericht über den Dispositionsfonds. 2. Bericht des Gewerkschafts-Delegirten. 3. Beschiedenes. 99/19  
Der wichtigste Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.  
Der Einberufer.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zentrale Berlin).  
Donnerstag, den 11. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstraße 23:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen R. Millarg über: „Das Unfallversicherungsgesetz mit besonderer Berücksichtigung der einzelnen Branchen.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände und Beschiedenes. 64/17  
Kollegen und Kolleginnen, erscheint zahlreich und pünktlich. — Gäste willkommen.  
NB. Die Zentrale von G. Kerstin, Poststraße 32b, ist nach Poststraße 32d bei G. Löhrich verlegt worden.

### Achtung! Achtung!

## Drucker und Gürtler.

Donnerstag, den 11. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Mörschel, Nützenstraße 30:

### Berlin'sche Vertrauensmänner-Konferenz.

Es ist Pflicht der Kollegen, aus allen Werkstätten einen Vertreter zu der Konferenz zu entsenden.  
Der Vertrauensmann.

## Donnerstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr:

### Öffentliche Volksversammlung

in Keller's großem Saal, Köpenickerstraße 20.  
**Zehnjahr-Feier**  
der gefeierten Ermordung von Spies, Parsons, Lingg, Engels, Fischer in Chicago. 175/96  
Referentin: Frau Agnes Reinhold.  
Arbeiter-Verein, zeigt durch zahlreiches Besuch, daß ihr der Todten nicht verachtet!  
Der Einberufer: Albert Weidner.

## Orts-Krankenkasse für das Buchdruck-Gewerbe zu Berlin.

### Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 21. November 1897, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal (grosser Saal), Bouthstr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Antrag des Vorstandes, die Kontrollen betreffend. 2. Besprechung und Beschlußfassung über eine geplante Zentralisation der Berliner Orts-Krankenkassen, auf Anregung der Aufsichtsbörde. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 4. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für 1898. 5. Einzelne Vorträge der Mitglieder der General-Versammlung.  
Der Vorstand.  
Gustav Günther, Vorsitzender. Robert Thiele, Schriftführer.

## Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

### General-Versammlung

der Vertreter der Kassen-Mitglieder und der Arbeitgeber  
am Donnerstag, den 18. November cr., abends 8 Uhr, im großen Saale der Armnhallen, Rommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl eines Kassiers. 3. Wahl von fünf Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer. 4. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber. 5. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 6. Antrag betreffend Regelung der Beiträge. 175/96  
Der Vorstand.

## Homöopath.

Arzt Dr. Hoesch, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten  
Poliklinik Liosenstr. 17, 2-3 Uhr. 3000/L\*



**Die „Quelle des Meineids“**  
in der Praxis eines konservativen Richters.

Die in der letzten Reichstags-Session abgelehnte Strafprozess-Ordnung-Novelle enthält unter anderem eine von allen Parteien, auch von konservativer Seite, begrüßte Aenderung in dem die Abnahme von Eiden betreffenden Verfahren. Es sollten danach die Zeugen nicht mehr wie jetzt in der Regel vor ihrer Vernehmung, sondern stets erst nach derselben befragt werden, oder wie es juristisch-technisch heißt: an stelle des Vorzeides sollte der Nacheid treten. Zur Begründung wurde in der Regierungsvorlage u. a. angeführt, daß die jetzige Regel des Vorzeides geradezu als eine Quelle des Meineids bezeichnet werden müßte. Der Vorzeid erschwere die Gegenüberstellung mit anderen Zeugen, hindere oft eine Zurechtfindung unwahrer Angaben, zumal sehr viele Zeugen durch die ihnen neue Eigenartigkeit einer Gerichtsverhandlung in eine Unruhe versetzt werden, die selbst ein richtiges Verhältniß und eine hinreichende Würdigung der vom Richter oder von Parteiparteien gemachten Fragen und Vorhaltungen unmöglich macht. Im Reichstag und auch im preussischen Abgeordnetenhaus ist wiederholt auch auf den rein mechanischen, notwendigen Zusammenhang der richterlichen Thätigkeit mit der Meineidsleistung eines Zeugen hingewiesen — kann doch kein Meineid geleistet werden, ohne daß der Richter den Eid abnimmt. Die „Heiligkeit des Eides“, hieß es insbesondere von konservativer Seite, erfordere, daß schon jetzt von der Befugnis der Abnahme eines Nachzeides statt eines Vorzeides häufiger Gebrauch gemacht werde. Auch sei insbesondere bei Pappalien die Eidesleistung eng auf die zur Auflage gestellte That zu beschränken und Fragen zu vermeiden, deren Beantwortung eine jeiliche Tortur des Zeugen hervorzurufen geeignet sind.

Wie wenig Erfolg alle diese Verhandlungen im Parlament und ähnliche auf kirchlichen Versammlungen erdohenen Vorhaltungen in der Praxis haben, zeigt schlagend eine Bagatellsache, die am 25. Oktober vor dem Schöffengericht zu Osterburg unter Vorsitz des konservativen Abgeordneten, Premier-Lieutenant a. D., Ritterguts-Besitzer und Amtsgerichtsraths H. imburg zur Verhandlung gelangte. Dort war eine Frau Voigt angeklagt: 1. Wasser aus einem Fenster nach der Straße zu gießen, ferner sollte sie eine Schmittlerin Plösch durch die Anrede „schwarze Heze“ beleidigt haben. Die Angeklagte wurde wegen der Uebertretung zu einer Haft, wegen der Beleidigung zu drei Mark verurteilt. In der Verhandlung wurden als Zeugen die Beleidigte und ein Arbeiter Held vernommen. Beide schilderten den zur Auflage gedachten Verfall im Sinne der Anklage. Am Schluß der Verhandlung wurde jedoch der Arbeiter Held wegen dringenden Verdachtes des Meineids durch das Gericht verhaftet. Und das kam so. Der Vorsitzende vernahm zunächst die ledige Schmittlerin Plösch. Nach ihrer Beerdigung schilderte diese den Sachverhalt und theilte auf Befragen mit, daß sie auf demselben Gut wie der gleichfalls ledige Held arbeite und mit

diesem eine nur aus Stube und Küche bestehende Wohnung theile. Der Vorsitzende fragte die Zeugin, ob sie mit Held in wilder Ehe lebe. Die Zeugin verstand diese Frage nicht. Sie wurde dann befragt, ob sie in intimen Verkehr mit Held lebe. Auch diese Frage schien das Mädchen nicht zu verstehen. Auf die dann vom Vorsitzenden an sie gerichtete Frage, ob sie in geschlechtlicher Beziehung zu Held lebe, erwiderte die Schmittlerin: „Das kann mir keiner beweisen“. Der Vorsitzende versuchte der Zeugin klar zu machen, daß er nicht wissen wollte, ob ihr jemand das beweisen könne, sondern ob sie thätlich in geschlechtlichem Verkehr zu Held lebe. Die Zeugin verneinte diese Frage. Auf den Vorhalt, daß eine falsche Aussage sie eventuell ins Zuchthaus wegen Meineids bringen könne, beantwortete sie die abermals an sie gerichtete Frage mit ja. Nunmehr wurde der Arbeiter Held als Zeuge aufgerufen und vom Vorsitzenden befragt. Auch auf diesen Zeugen richtete der Vorsitzende die Frage, ob er in wilder Ehe lebe, und als der Zeuge diese Frage nicht verstand, ob er geschlechtlichen Verkehr zu der Plösch habe. Auch dieser Zeuge erwiderte zunächst: „Das kann mir keiner beweisen“. Die dann wiederholt gestellte Frage verneinte er. Der Vorsitzende macht dem Zeugen auf die Folgen einer falschen Behauptung aufmerksam, ohne ihm vorzuhalten, was die Plösch über den Verkehr bereits bekundet hatte. Der Zeuge verblieb bei seiner Verneinung. Die Schmittlerin Plösch wurde nunmehr vom Richter befragt, ob der Verkehr häufiger gewesen sei. Diese Frage wurde bejaht. Das Gericht beschloß sodann die Verhaftung des Zeugen Held wegen dringenden Verdachtes des vorsätzlichen Meineids.

Diese Verhandlung drängt die Frage auf die Lippen: mußte denn nach dem heutigen Gesetz so, wie hier geschehen, verhandelt werden? Die Antwort ist: Nein!

Zunächst bestimmt § 60 der Strafprozess-Ordnung, daß schon jetzt „aus besonderen Gründen“ die Beerdigung eines Zeugen bis nach Abschluß der Vernehmung ausgesetzt werden kann. Von dieser Befugnis hätten sicherlich in einem Falle, wie dem vorliegenden, 99 pCt aller preussischen Richter Gebrauch zu machen sich veranlaßt gesehen. Ferner aber: war denn die Frage nöthig? Auch dies möchten wir unbedingt verneinen. Wir halten die Frage geradezu für unzulässig. Es kann dahingestellt bleiben, ob die intimen Beziehungen zwischen den beiden Zeugen überhaupt mit dem Gegenstande der Anklage in irgend einer Beziehung standen; und ist ein solcher nicht ersichtlich. Nämlich aber das Gericht an, es läme für das Urtheil nach irgend einer Richtung auf die Erforschung eines geschlechtlichen Verkehrs zwischen den Zeugen an, so genügte die bereits erfolgte Bekundung, daß die gemeinschaftliche Wohnung beider Zeugen aus Stube und Küche bestehe. Vollends war die Frage an Held überflüssig, nachdem sie bereits von der Schmittlerin bejaht war. Es ist unverständlich, was der Richter denn eigentlich mit seiner Frage erforschen wollte, nachdem ihm die Wohnungsverhältnisse der beiden bereits geschildert waren. Die Antworten beider machen es klar, daß sie den Sinn der Frage des Richters unter diesen Umständen nicht verstanden, ja nicht ver-

stehen konnten. Sie mochten beide annehmen, daß doch wohl der Richter unmöglich von ihnen wiederholt wissen wollte, was sie bereits aus ihrer Schilderung der Wohnungsverhältnisse ergab. Sie mögen angenommen haben, es solle sich um die Frage handeln, ob ihr Verkehr Folgen gehabt habe oder dergleichen. Aber mag dem sein wie ihm wolle, wie konnte der Vorsitzende es unterlassen, dem Zeugen Held mitzutheilen, daß die Frage von der Schmittlerin bereits bejaht war?

Die referirte Verhandlung erweist klar, daß die beabsichtigte Aenderung der Regel des Vorzeides in einem solchen des Nachzeides nicht zur Verringerung der „Quelle des Meineids“ genügen würde. Es wäre notwendig, überdies ausdrücklich dem Gericht die Befragung über überflüssige oder unzulässige Fragen zu unterlassen, ihm die Vorhaltung entgegenstehender Aussagen vor der Beerdigung zur Pflicht zu machen.

**Eingelaufene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. Ditz' Verlag) ist toeben das 7. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Akademisches — Unsere Selbstthätigkeit an den preussischen Landtagswahlen. Von August Hebel. — Die ökonomischen Grundlagen der Mutterpflicht. Von Heinrich Cunow. Fortsetzung. — Die Briefe von Karl Marx über den Krieg und die Orientfrage. Von Eduard Bernstein. — Literarische Rundschau. — Heftelchen Der gelbe Domino. Roman von Marcel Schwob. (Hochzeitung.) Von der Gleichheit. Beilage für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart) 2. Heft. (Verlag) ist und toeben die Nr. 23 des 7. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Weibliche Partei. Inspektoren — Der Kongress der gemäßigten Frauenvereine in Stuttgart. — Aus der Bewegung. — Heftelchen Krieg. (Hochzeitung) von Maria. — Die Schwelle. Von Zargenoff. — Heftelchen von Frau und Maria. — Die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeiterarbeit. — Wirtschaftliche Kämpfe. — Soziale Bewegung.

**Briefkasten der Redaktion.**

H. G. Gräner Weg. Die Höhe der Erbschaftsteuer in Preußen richtet sich danach, an wen die Erbschaft gefallen ist. Der Erblasser wird vertheilt: mit 1 pCt, wenn er an Personen gelangt, welche dem Erblasser des Erblassers angehört und in demselben in einem Dienstverhältnis gestanden haben, sofern der Anfall in Pensionen, Renten oder anderen auf die Lebenszeit der Bedachten beschrankten Ausgaben besteht, die ihnen mit Rücksicht auf dem Erblasser geleistete Dienste zugewendet werden, mit 2 pCt, wenn der Erblasser ein adoptirter Kinder oder deren Descendenten (Nachkommen), voll- und halbblütige Geschwister und deren Descendenten, mit 4 pCt, an Stiefkinder und deren Descendenten und Stiefeltern, an Schwiegerkinder und Schwiegereltern, auhereliche vom Erzeuger erweislich anerkannte Kinder; mit 8 pCt, wenn er an weitere Verwandte gelangt. In Ihrem Fall scheint demnach der Steuerfuß 8 pCt zu betragen. Bei der Höhe der Erbschaftsteuer ist im allgemeinen jeder Anfall, dessen Betrag 150 M nicht erreicht, jeder Anfall an Abzendenten (Eltern, Großeltern u. s. w.), an eheliche Descendenten, uneheliche Kinder der Ehegatten (Mütter), an Ehegatten, an Handhabspersonen; bei einem Betrage bis 500 M an Stiefkinder, öffentliche Anstalten, Armenvereine, Krankenanstalten, Krankenanstalten, Waisenanstalten und milde Stiftungen, an öffentliche Schulen, Universitäten, Museen u. dergl., sowie an deutsche Kirchen oder Religionsgesellschaften.

**Hermann Hiller,**  
85, Landsberger 85, Strasse

**Eleg. Costume,**  
in all. Farb. u. Welt, v. 18-36 M.  
Wolf-Aragen, mit schottischer  
in allen Stoffen  
Eleg. Aragen, in Seide u. an-  
gewebte Futter, v. 10-20 M.  
Eleg. Regen-Paletot, engl.  
u. glatten Stoffen, v. 10-20 M.  
Eleg. Regenmäntel, extra zu  
tragen, englische und glatte  
Stoffe, von 10.50-36 M.  
Battirtes Rad, mit Tubet,  
Feder,  
Kouffon, Opossum garnirt, in  
allen Farben und Weiten, von  
18-60 M. 3450\*

**Battirtes Abendmantel,**  
in allen Farben, mit und ohne  
Faltbesatz, von 6.50-18 M.

**Seiden-Blüsch-Aragen,**  
in glatt u. geschl., wattirt oder  
Französinlage, mit La Per-  
detteur abgefärbt, in jeder  
Breitlage, von 15-75 M.

**Federkriemler-Aragen,** mit  
ohne Battirtes Feder, von 10.50  
bis 30 M.

**Jaquet,** in allen neuen Farben u.  
Weiten, von 5-12 M.

**Eleg. Jaquet,** ein- und mei-  
reihig, in prima Satin, Double,  
in allen Farben und Weiten,  
von 8-15 M.

In prima Nachener Waare, in  
allen neuen Farben u. prima  
Battirt, Feder-Besatz, Schuß,  
Opossum u. s. w., v. 16-50 M.

**Eleg. Jaquet,** lose und an-  
liegend, in allen neuen  
Farben, von 12-20 M.

**Blousen,** nur Neuheiten in  
glatten, schottischen u. glatten  
Battirtes Stoffen, v. 3.50-9 M.

**Morgen-Röde,** arbeitung,  
in allen Farben und Weiten,  
von 6-25 M.

**Hermann Hiller,**  
85, Landsberger 85, Strasse

**Buchen- und Eichen-Abfall-  
Holz,** die beste Ofenheizung —  
billiger wie Kohle — liefert  
W. Jonantz, Bäckerstr. 64.

**Fertige Betten** von 9 Mk. an  
bis zu den feinsten Herrschaftsbetten,  
**Bellfedern und Daunen**  
in größter Auswahl spottbillig.  
E. Becker, Landsbergerstr. 45.

**Winterpaletots,** Remontoirhemd,  
Goldw., Operm.,  
spottbillig, Pfandbriefe, Reanderstr. 6.

**Baer Sohn**  
24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11.  
16 Gr. Frankfurterstr. 16.  
Fabrikation im grossen Maassstabe.  
Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

**Die 10<sup>te</sup> reich illustrierte Preisliste 1897/98**  
ist erschienen und wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

<b>Winter-Paletots,</b> weicher Double, in schönen glatten Farben, mit warmem Futter, 25.- 20.- 18.- 12.-	<b>Festtags-Anzüge,</b> Kammgarn, Kammgarn-Gewand u. elegant, durchwirft Stoff, 60.- 45.- 40.- 30.- 30.- 25.- 20.-
<b>10 Mk.</b>	<b>18 Mk.</b>
<b>Winter-Paletots,</b> Götting, Kammgarn, Cheviot, Hosiery in prächtigster Auswahl mit eleg. Futter, 45.- 36.- 25.-	<b>Gehrock-Anzüge,</b> zweitreibige, lange Tragen, mit vorzüglichem Schmitz, 60.- 50.- 40.- 36.-
<b>21 Mk.</b>	<b>33 Mk.</b>
<b>Winter-Hosen,</b> Schwere Velour-Waaren. — Besonders Leistungsfähigkeit, 6.- 5.- 4.-	<b>Loden-Joppen</b> mit warmem Futter, in enormer Auswahl, 18.- 15.- 12.- 9.-
<b>3 Mk.</b>	<b>6 Mk.</b>
<b>Hohenzollern-Mäntel</b> mit großer, vielfältiger Wollen-Pelleterie, in 21 Mk. feinen Ausführungen, 65.- 60.- 50.- 45.- 35.- 30.- 25.-	

**Schlaf-Röde** 24.- 18.- 15.- 12.- **8** M. 50

**Knaben-Mäntel** 12.- 8.- 6.- 4.- **3** M.

**Jünglings-Mäntel** 25.- 20.- 15.- 12.- **9** M.

Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neuankfertigung ohne  
Preis-Musschlag gewährt.

**Moderne Maass-Anfertigung.**  
Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

**HERREN- u. KNABEN-  
Bekleidung.**

**Lebende Hechte**  
pro Pfund 60 Pf.  
**Lebende Karpfen**  
pro Pfund 75 Pf.  
**Prima frische Zander**  
pro Pfund 50 Pf.  
**Pa. frischen Schellfisch**  
pro Pfund 20 Pf.  
**Pa. frische Rothzunge**  
pro Pfund 30 Pf.  
**Pa. frischen Seelachs**  
pro Pfund 20 Pf.

Alle anderen Fischsorten in  
reichster Auswahl zu Aus-  
nahmepreisen.  
**16 Dragoner-Strasse 16**

**Otto  
Gundermann**  
Fischgrosshandlung.  
Tägl. Versand nach ausserhalb

**Beste Brotschneide!**  
Neu! Preis Mt. 4.50. Neu!  
Zum Patent an- geneldet!  
Zum Patent an- geneldet!



**F. Sauer,**  
Schönebergerstrasse 18.

**Jede Dame  
spart Geld**  
beim Einkauf von  
**Damenmänteln,  
Winterjacken,  
hochleg. Modelle in  
Kragen, Capes,  
Stickerellen auf  
Seidenblüsch,  
Federkriemler,  
Seal von 5-45.  
Abendmäntel**  
auf Seide wattirt, mit  
eichten Straußfedern.  
Beide von 30. Stoff-Abend-  
mäntel. Gelegenheits-  
kauf 8 M., Kragen,  
Golf-Capes von 2-10 M.  
Landsbergerstr. 59 1 Treppe  
fein Laden

**Anzüge nach Maass für  
Herren u. Knaben**  
Grösste Auswahl in in- und aus-  
ländischen Stoffen für Paletots,  
Anzüge, Bekleidung etc. werden  
unter Garantie des guten Sitzes  
zu überaus billigen Preisen  
schneidern angefertigt im Ladengeschäft  
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Teilzahlung.** Monatlich 10 M.  
Nächst Herren-  
garderobe fertig und nach Maass.  
Gegen Barzahlung billige Preise.  
Temporowski, Fädenstr. 37, I.  
Gebr. Böhmerbank, neue Steu-  
erfen, Hill u. Herz. Wwe. Vehrenndt,  
Rydzki, Mühlentstr. 4. 1767b

Unfallfaden, Magen, Eingabert  
Putzger, Steglitzerstr. 65.

**Dr. Lehmig,**  
Spezialarzt f. Hautd., Krampf-  
aber-Geschwüre etc., 34411.  
An der Stadtbahn 24,  
gegenüber Bahnhof Alexanderplatz.  
Sprechst. 9-12 und 3-6.  
Sonntags bis 4. Freitag feine.  
Poliklinik: Donnerstag, 9-10 1/2

**Dr. Simmel Moritzplatz,**  
1 Haus v. Wöhlger  
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Bahn-Atelier.**  
Künstl. Zähne in tadelloser Aus-  
führung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.  
Schmerzlos, Zahnziehen mit. Cocain,  
Chloroform, Chloroform und Lachgas  
unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei  
Beschaffung v. künstl. Zähnen Zahn-  
ziehen, Zahnreinigung, Zahn-  
reinigung geschliffen, Woche 1 M.  
**Guckel, Kanfischer Platz 2,**  
Elosterstrasse 12, Steglitzerstrasse 71.

**Somnoopathische Poliklinik,**  
Brunnen-Strasse 14.  
für Haut, innere, Kinderkrankheiten etc.  
täglich (auch Sonnt.) von 12 1/2-2 Uhr

**Aluminium-Gebisse,**  
Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark  
**Kautschuk-Gebisse**  
Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark.  
Plomben 1.50 M., Zahnziehen 1 M.  
Schmerzlos, Ziehen eines od. mehrerer  
Zähne (Lachgas) od. Chloroformnarkose  
im Beisein eines Arztes 6 Mark.  
**Waldemar und Reinhold Haupt,**  
Brunnenstrasse 18 II,  
Frankfurterstrasse 112 II.

**Zahn-Atelier A. Jammer,**  
Radostr. 15. Künstliche Zähne 2 M.,  
auch Teilzahlung, Plomben etc.

**Harzer Kümmel-Käse,**  
äußert fein, fett u. pikant, 100 Stk  
3.50 M., verleiht gegen Raucher-  
die Halsdrüse von 3/15  
Stiege (Hart). **Fritz Weimann.**

**Betten,** Gardinen, Regulator, spottb.  
Reanderstr. 6, Pfandbriefe.

**Feinste Belgischer Kuckern,**  
Duzend 1.50, 100 10.- M. frei ins  
Haus. Tägliche Eilzustellung früher  
Schellische und Rorbier-Schollen.  
Pfund 25 Pf. Jedes Quantum frei  
ins Haus. Bestellkarte vergütet.  
**Gustav Goltz, Bäckerstr. 15,  
Reinickendorf. 1761b**

**Wer — Stoff — hat!**  
fertige Anzug 20 M., halbbare An-  
züge, andere Roharbeit, zwei An-  
proben, Dose 3.50 M. Winterpaletot  
18 M., schifffarbiger Sommertragen,  
Barmhuter, Kleider-Stocklager, We-  
legentheilung von 3 M. an pr. Meter.  
**Engel, Mühlentstr. 26, part.**

**Frach- und Gesellschafts-Anzüge**  
für jede Figur passend, werden ver-  
liehen. **Veruch, Kommandantenstr. 72 I,  
Ede Guckelstrasse. 1760b**

**Möbl. Zimmer f. 1 od. 2 P., 10 M.,  
Schreiner, Fädenstr. 5, II.**

**Möbl. zweifelh. Zimmer zu ver-  
mieten. Eilfertigstr. 112, v. I. Z. I.**

**Schlaf. Bibliothekstr. 82, v. IV. Schulz.**

Die neue Winter-Preisliste wird kostenfrei zugesandt.

# Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. III.

## Pelzmuffen.

- Schwarz Kanin 1,10 Mk.
- Blockmuff 1,00 Mk.
- Seal-Kanin Blockmuff 2,40 Mk.
- Schwarz Murrel Blockmuff 2,50 Mk.
- Nerz-Murrel Blockmuff 4,10 Mk.
- Biberschuppen Blockmuff 5,25 Mk.
- Seal-Bisam 5,50 Mk.
- Nutria 7 Mk.

## Pelzcolliers.

- Schwarz Kanin 1,10 Mk.
- Seal-Kanin 2,40 Mk.
- Schwarz Murrel mit Mechanik 2,90 Mk.
- Nerz-Murrel mit Mechanik 3,75 Mk.
- Seal-Bisam mit Mechanik 5,80 Mk.
- Nutria mit Mechanik 6 Mk.

## Pelzbaretts.

- Seal-Kanin in 3 neuen Façons 2,25 Mk.
- mit Pelzpompoms-Garnierung 2,10 Mk.
- mit verschiedener Garnierungen 2,75 Mk.
- mit imit. Biberrand 3,50 Mk.

## Pelzboas

ca. 120 cm lang, weiss und farbig, 1,20 Mk.

## Damen-Pantoffel 1,15 Mk.

- Filzschuhe 1,20 u. 1,75 Mk.
- Hausschuhe Melton 1/2 Absatz 2,15 Mk.

## Gummischuhe.

- Herren 3,30 u. 4,25 Mk.
- Damen 1,80, 2,70, 3,20 Mk.
- Kinder 1,40 u. 1,70 Mk.

## Damen-Lastingschuhe 1,80 Mk.

- Salonschuhe 2,40 Mk.
- Hausschuhe, Rossleder, 2,80 Mk.

# Warenhaus A. Wertheim

Möbel und Polsterwaren Franz Tutzauer, Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Blaue Anzüge C. Flach & Co., Köpnickstraße III, Enorm billig!

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33. 3 Edele, neu renoviert, sind für gute Sommerende zur Verfügung.

**Brunhilde! Roland Cheviot!**  
Unverwundliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma Carl H. Klippstein & Co., Mühhausen i. Thür. No. 11  
Weberei und Versand-Geschäft.  
Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch franko zur Verfügung.  
Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die Vorzüglichkeit unserer Stoffe.

**Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2**  
(früher Rosenbalestr. 13)  
Referat bürgerliche Wohnung-Einrichtungen (schon von 150 Mk. an).  
Konstante Zahlungsbedingungen, Lager gebraucht und vertrieben gewesener Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt.  
Künstl. Zähne 2M. Schmelz. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 U.

**Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:**  
Berkauf frisch gef. jähw. persf. und finn. Fleisches.  
Schweinefleisch pro Pfd. von 30 Pf. an.  
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof  
Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung.  
Olga Jacobson, Jussufstr. 145. 32139

### 16. Ziehung d. Klasse 197. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 8. November 1937, vormittags, für die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden Nummern in Querschläge beigefügt.  
(Cf. Nr. 197)

118 268 890 92 513 82 707 82 616 1216 305 443 508  
694 3084 171 305 43 56 (5000) 68 406 59 683 (3000) 63  
87 923 3004 99 138 43 424 699 966 95 (3000) 4006 10  
34 122 96 240 819 25 504 625 (3000) 46 741 69 5167 286  
312 484 644 95 97 708 90 991 6143 204 321 87 448 7010  
116 89 81 905 66 507 8 653 719 (3000) 76 851 8004 48  
145 902 339 79 680 785 9007 52 89 122 270 426 96 534  
778 819 (3000) 81 (500) 98 960  
140854 78 124 250 57 803 (3000) 95 44 53 92 (3000)  
414 (5000) 19 510 605 (3000) 799 (5000) 11012 27 216 693  
57 79 89 146 232 910 75 12071 (3000) 174 239 334 52  
602 (3000) 811 69 946 13028 158 261 376 547 620 66 703  
14089 11 22 295 323 78 461 69 77 566 814 18 (3000) 88  
(3000) 974 15098 88 94 170 324 32 415 (3000) 740 339  
15098 181 399 400 546 88 664 84 74 17902 90 869 429  
522 618 47 762 866 922 84 18209 39 50 396 455 609  
(3000) 62 693 760 841 42 68 74 19163 415 598 710 66  
801 96

32068 146 365 99 456 62 95 514 89 747 828 90 910  
75 93 21872 465 87 531 85 851 63 840 77 (3000) 923 83  
22204 18 417 560 87 680 29139 380 441 684 (3000) 506 26  
34226 (3000) 47 335 523 91 87 607 784 851 25181  
315 (5000) 19 92 370 430 1444 58 65 667 607 74 704 89 81  
839 96 30014 32 43 64 68 (3000) 135 231 97 674 737  
68 72 (5000) 429 230 (3000) 480 378 718 812 903 60 63  
225275 339 418 39 47 525 620 719 37 55 835 33 87  
22507 643 852

30081 149 395 668 801 85 31000 31 315 42 500 22  
30 655 (3000) 743 957 58 81 32021 69 198 250 332 443  
(3000) 598 654 30006 275 695 710 31 820 78 908 34063  
145 68 212 290 418 525 697 56 (3000) 35228 491 526 681  
69 777 819 82 902 16 30292 322 (3000) 56 507 81 669  
861 87118 (3000) 66 (3000) 283 59 552 85 621 746 68  
338 94 34 88 96 276 81 759 607 13 44 85 39186 211  
45 423 62 756 959 (3000)

40127 352 97 402 68 90 808 49 64 857 41167 86  
92 900 74 518 746 936 94 43384 474 83 638 157 71  
866 87 43122 276 (3000) 384 44028 352 99 488 91 615  
681 978 45056 123 71 804 40100 45 235 92 99 421  
49 585 (3000) 47060 162 282 314 71 831 784 887 48155  
88 821 503 65 62 608 9 714 49000 (3000) 232 67 70  
485 (5000) 639 649 879 81

40040 316 85 98 321 736 809 58 (3000) 51181 78  
225 613 47 705 10 (3000) 853 (5000) 970 52043 87  
115 29 89 360 426 46 85 834 634 735 53084 (3000) 39  
125 34 315 444 643 708 38 894 98 54152 360 61 316  
520 89 622 731 86 87 53004 156 811 469 85 611 666  
798 874 84 94 900 44 25020 170 380 361 437 89 870  
601 771 332 (5000) 85 613 25 57025 27 89 103 10 941  
58007 29 562 77 94 618 786 812 48 991 85 49 53 97  
59121 274 332 61 94 618 786 812 48 991 85 49 53 97

60013 30 65 167 242 10 471 501 2 653 91 881  
922 71 78 (3000) 61094 140 88 (5000) 941 78 504 70 876  
60388 95 106 302 5 683 940 51 76 93168 912 (3000)  
81 86 822 (3000) 34 58 424 561 (5000) 444 64037 271  
(5000) 398 (5000) 484 855 625 732 79 74 841 65028 126  
(3000) 367 78 676 614 804 11 939 66116 76 272 849  
923 56 67021 381 872 86 488 504 85 765 71 76 77  
87 (5000) 884 65 901 68004 397 456 85 592 629 749 83  
(3000) 886 65 60388 42 305 355 437 81 698 675

70016 73 75 140 449 92 519 93 975 71022 23 92291  
355 (5000) 503 711 325 79022 35 304 34 43 241 638 792  
369 24 72198 282 577 486 330 87 657 96 758 808 915  
68 74077 283 394 470 73 (5000) 810 53 75057 81 86  
125 90 421 630 755 95 76109 259 524 45 461 525 44  
70 75 766 862 909 25 81 77022 135 298 605 51 (5000)  
714 25 950 78022 (3000) 159 286 389 422 34 79085 85  
268 71 431 53 718 981

80187 847 60 435 593 (5000) 690 907 84145 48  
53 225 99 333 (10000) 413 (3000) 54 545 87 96 608  
(3000) 717 65 987 (5000) 22447 359 627 45 821 76 996  
84011 187 634 86 345 (3000) 60 915 84076 (300000)  
113 470 503 32 638 788 965 85009 65 88 214 (3000) 69  
392 455 962 781 803 6 860 84593 692 749 87043 97 230  
393 456 566 687 144 97 870 59 948 88064 291 908 30  
89313 54 414 43 580 677 765  
90228 69 14 517 97 672 88 811 935 43 91158 86 258  
283 867 (3000) 99 (5000) 944 92981 91 352 83 492 596  
728 895 980 30019 238 93 408 (3000) 658 717 19 802  
908 91022 139 304 43 74 280 508 98 759 972 93126  
24 339 51 52 647 832 81 96100 244 69 323 520 47 606  
77 728 50 60 (3000) 84 882 968 (5000) 86 97032 420 548  
90666 100 347 432 640 885 974 99035 94 303 26 450  
64 99 659 825

100117 50 465 641 781 101064 90 (5000) 189 296  
72 400 19 28 545 87 608 (3000) 45 727 861 62 67 930  
100141 45 256 75 478 768 87 835 109125 (5000) 894  
530 838 965 104010 174 617 714 910 86 (3000) 103064  
85 141 55 577 607 80 844 987 109007 68 82 471 84 92  
696 107022 84 77 82 269 340 552 94 108124 345 545  
790 (5000) 82 109479 82 573 828 908 16

### 110043 43 256 99 810 548 91 (3000) 97 820 91 23

(3000) 943 951 111071 123 385 416 512 87 744 984  
112845 838 99 112326 68 940 433 49 66 656 999  
114018 346 647 715 899 964 115127 49 401 97 318  
605 91 755 895 88 916 82 116125 243 863 688 49 91 880  
94 (3000) 327 84 847 43 117144 257 938 (3000) 463 88 735  
939 118121 525 451 538 844 119345 447 579 706 (3000)  
923 923

120002 81 242 304 (3000) 42 508 73 634 687 922  
121111 257 96 874 481 89 568 710 18 47 927 60 122029  
223 359 530 641 725 88 123062 97 141 78 389 887  
787 908 24 80 124147 63 335 549 692 125077 168  
90 920 810 97 126114 81 217 408 587 740 891 127004  
48 75 295 319 80 62 412 78 528 663 782 84 66 82  
128431 (3000) 93 771 570 904 129116 25 302 (5000) 416  
589 751 848 62

130073 96 399 428 70 547 (3000) 335 943 78 (3000)  
131070 181 324 442 83 (3000) 680 64 768 891 132087  
526 (5000) 606 (5000) 47 (10000) 62 (3000) 70 133073 264  
513 134383 420 620 61 734 57 88 876 992 135028 52  
(5000) 143 248 49 86 670 895 136147 989 79 956  
(5000) 137098 107 89 77 944 56 59 76 648 89 687 91  
767 828 51 988 72 74 138110 271 95 98 387 445 85 689  
716 (3000) 52 935 139018 96 129 297 641 922

140019 262 581 623 44 60 707 81 799 141046 340  
(5000) 406 (5000) 581 (5000) 625 79 799 805 59 910 77  
143231 40 87 426 513 600 1 740 (5000) 322 59 143175  
419 34 (5000) 607 36 33 144029 376 800 923 143273  
415 79 613 706 981 32 146026 376 478 98 845 6 831  
95 935 147028 370 402 507 70 807 935 148173 405  
519 22 611 743 895 964 149039 65 159 512 670 716 61  
(5000) 63 842 921

150097 109 437 40 95 611 (3000) 702 849 925  
151509 894 709 152016 18 307 74 554 634 153114  
256 90 574 644 759 154198 365 624 91 (5000) 791 941  
155014 59 111 47 201 32 317 80 444 72 628 156175  
330 93 896 655 64 (5000) 700 871 964 157099 130 44  
572 692 713 158090 200 (5000) 380 90 417 42 82 500  
628 886 995 159003 218 77 890 6 53 (5000) 59 446  
517 72 709 38 45 896 945

160034 64 438 (3000) 516 817 31 161040 156 278 488  
581 907 (3000) 18 162048 58 78 266 278 76 475 575  
618 878 99 929 163359 428 34 58 91 576 (5000) 77 727  
61 164247 326 54 626 44 778 888 944 (3000) 165089  
179 291 77 997 627 59 760 891 80 85 948 166040 56  
131 32 (3000) 211 39 48 389 67 653 167089 960 97  
(3000) 423 642 61 718 168442 93 223 52 618 960 928  
72 169071 79 (3000) 147 834 50 87 645 53 75 86 819 79  
101 833 734 65 937 172018 66 98 188 307 53 48 566  
688 728 82 822 89 173027 551 85 633 41 885 90474241  
468 (5000) 788 818 86 (5000) 65 934 173038 129 217 86  
(3000) 391 440 (3000) 787 851 910 176094 118 83 (3000)  
607 785 926 38 (5000) 98 911 95 177246 561 669 859  
604 88 178065 182 409 11 35 96 631 827 179137 304  
46 54 305 14 21 67 627

180140 (5000) 902 80 64 441 582 675 847 181019  
151 77 (3000) 354 529 28 87 91 614 85 999 182087 121  
53 256 64 382 46 508 641 710 24 983 183079 94 (5000)  
132 348 461 78 (3000) 584 49 898 227 33 (3000) 184267  
89 301 (5000) 28 80 820 812 381 185176 234 85 (3000) 307  
25 186054 57 688 861 77 976 187014 113 21 49 433  
35 91 527 613 35 728 (3000) 189095 99 416 884 909 816  
34 44 66 227 73 189018 155 356 403 (5000) 514 670

190042 87 345 73 679 723 90 911 74 87 191094 94  
112 58 76 89 345 61 479 527 67 (5000) 21 736 303  
52 78 192141 99 116 71 422 27 523 672 745 872 192100  
226 65 374 423 338 646 71 896 965 394054 64 178 232  
395 548 70 633 985 195023 150 220 78 613 (3000) 28 418  
92 608 8 52 60 63 757 859 958 81 196116 390 313 488  
615 608 87 63 80 751 892 936 94 197116 68 295 84 488  
61 (3000) 529 609 40 96 711 35 47 839 902 198023 (3000)  
54 86 192 81 235 321 533 813 199168 79 87 845 617 22  
726 986

200095 (5000) 204 254 85 627 43 754 69 838 901  
201023 178 96 294 242 409 81 556 (3000) 70 637 202110  
29 27 95 281 64 81 781 93 (5000) 891 203166 277 898  
518 778 79 800 923 204322 478 611 13 622 725 848 85  
902 (3000) 205016 99 120 28 82 231 518 59 782 800 11  
906 206140 77 270 91 380 91 744 97 908 207687 (5000)  
738 851 915 92 208008 574 (3000) 660 97 979 209046  
52 (3000) 205 7 24 (5000) 69 71 363 518 212 47 745

210257 74 246 48 98 708 610 14 211013 (3000) 61  
129 615 (5000) 885 212065 111 22 88 (3000) 795 213886  
640 904 (5000) 214081 84 267 348 875 887 215041 38  
101 332 89 800 72 707 64 (5000) 930 216001 61 38  
677 560 794 876 986 (5000) 96 217108 812 41 (3000) 65 91  
218100 (3000) 18 403 74 75 592 749 869 976 91 94

219085 188 320 629 48  
220299 891 829 22121 51 847 85 489 522  
671 (3000) 932 4022506 618 79 220 223098 328 326  
27 404 (3000) 83 906 30 902 46 224010 17 30 328 453  
50 4 681 225017 70 401 61 97 581

Die Gewinnschleife vertheilt: 1 Gewinn zu 500000 Mk.,  
2 zu 100000 Mk., 3 zu 50000 Mk., 4 zu 10000 Mk., 5 zu  
1000 Mk., 6 zu 500 Mk., 7 zu 200 Mk., 8 zu 100 Mk., 9 zu  
50 Mk., 10 zu 20 Mk.

### 16. Ziehung d. Klasse 197. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 8. November 1937, nachmittags, für die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden Nummern in Querschläge beigefügt.  
(Cf. Nr. 197)

109 36 79 348 500 96 647 745 1115 72 (5000) 81  
226 478 532 669 737 (5000) 64 91 2094 108 69 (3000) 349  
72 325 87 417 72 555 65 530 647 (3000) 8104 (3000)  
13 227 465 58 542 80 34 520 4067 129 56 (5000) 222  
368 465 71 500 (3000) 51 500 610 73 789 85 5145 259  
14000 (3000) 506 (5000) 96 98 638 752 848 961 66 4069 101  
49 237 314 528 28 686 828 7025 128 95 202 454 685 91  
740 72 (5000) 503 974 9077 94 (5000) 113 476 509 80 97  
928 45 927 925

140001 179 329 96 478 783 817 45 75 980 98 11017  
33 128 93 332 883 14110 360 887 532 79 678 (5000) 813  
13998 89 106 14 345 741 (3000) 945 (3000) 74408 89 809  
614 (5000) 961 90 15006 59 313 90 495 (3000) 524 16118  
94 320 50 476 87 649 67 716 44 829 17037 90 331 (5000)  
494 518 83 603 78 969 18049 85 98 285 610 38 636  
535 89 961 19025 130 94 383 813 480 555 68 689 (5000)  
727 51 71 872 924 67

200071 301 87 801 869 92 700 21075 230 318 566  
617 32 94 713 81 892 950 94 22372 (3000) 490 500 25  
48 74 625 708 27 807 948 54 88 98 22009 52 108 9 224  
(5000) 86 258 79 489 510 (5000) 881